

**HESSISCHER LANDTAG**

19. 03. 2013

**133. Sitzung**

Wiesbaden, den 19. März 2013

<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	9375	Nancy Faeser .....	9379
<i>Entgegengenommen</i> .....	9377	Kordula Schulz-Asche .....	9379
Präsident Norbert Kartmann .....	9375, 9377, 9377	<b>Frage 832</b> .....	9380
Mathias Wagner (Taunus) .....	9375, 9375, 9377	Klaus Dietz .....	9380
Holger Bellino .....	9375	Staatssekretär Mark Weinmeister .....	9380, 9380
Günter Rudolph .....	9376, 9376	Timon Gremmels .....	9380
Hermann Schaus .....	9377	<b>Frage 833</b> .....	9380
<b>18. Entschließungsantrag der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN betreffend TV-Ju- gendkanal von ARD und ZDF</b>		Peter Seyffardt .....	9380, 9380
– <b>Drucks. 18/6746</b> – .....	9375	Staatssekretär Mark Weinmeister .....	9380, 9381
<i>Zurückgezogen</i> .....	9375	<b>Frage 834</b> .....	9381
<b>1. Fragestunde</b>		Dr. Walter Arnold .....	9381
– <b>Drucks. 18/7089</b> – .....	9377	Staatssekretär Mark Weinmeister .....	9381
<i>Abgehalten</i> .....	9387	<b>Frage 835</b> .....	9381
<b>Frage 826</b> .....	9377	Claudia Ravensburg .....	9381, 9382
Dr. Walter Arnold .....	9377	Minister Stefan Grüttner .....	9381, 9382
Minister Florian Rentsch .....	9377	<b>Frage 836</b> .....	9382
<b>Frage 827</b> .....	9378	<b>Frage 837</b> .....	9382
Günter Schork .....	9378	Daniel May .....	9382, 9382
Minister Florian Rentsch .....	9378, 9378	Ministerin Eva Kühne-Hörmann .....	9382, 9382, 9382, 9382
Torsten Warnecke .....	9378	Marius Weiß .....	9382
<b>Frage 828</b> .....	9378	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) .....	9382
Alexander Bauer .....	9378	<b>Frage 838</b> .....	9382
Minister Florian Rentsch .....	9378	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) .....	9382
<b>Frage 829</b> .....	9379	Ministerin Eva Kühne-Hörmann .....	9383, 9383
Alfons Gerling .....	9379, 9379	Tarek Al-Wazir .....	9383
Minister Stefan Grüttner .....	9379, 9379, 9379, 9379	<b>Frage 839</b> .....	9383
		Timon Gremmels .....	9383, 9383, 9384

Staatssekretär Mark Weinmeister .....	9383, 9384, 9384, 9384		
Peter Seyffardt .....	9384		
<b>Frage 840</b> .....	9384		
Torsten Warnecke .....	9384		
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	9384		
<b>Frage 841</b> .....	9385		
Torsten Warnecke .....	9385, 9385		
Minister Boris Rhein .....	9385, 9385, 9386		
Sigrid Erfurth .....	9385		
<b>Frage 842</b> .....	9386		
Heike Habermann .....	9386, 9386		
Ministerin Nicola Beer .....	9386, 9386		
<b>Frage 843</b> .....	9386		
Heike Habermann .....	9386		
Ministerin Nicola Beer .....	9386		
<b>Frage 844</b> .....	9386		
Tobias Eckert .....	9386, 9387, 9387		
Minister Florian Rentsch .....	9387, 9387, 9387		
<b>3. Wahlen</b> .....	9387		
<b>a) Wahl des Präsidenten des Hessischen   Rechnungshofs</b> .....	9387		
<b>Wahlvorschlag der Landesregierung   – Drucks. 18/7128 –</b> .....	9387		
<i>Gewählt:</i>			
<i>Herr Dr. Walter Wallmann</i> .....	9388		
Holger Bellino .....	9388		
<b>b) Wahl des Vizepräsidenten des Hessischen   Rechnungshofs</b> .....	9388		
<b>Wahlvorschlag der Landesregierung   – Drucks. 18/7129 –</b> .....	9388		
<i>Gewählt:</i>			
<i>Herr Dr. Reinhard Cuny</i> .....	9388		
		<b>2. Regierungserklärung des Hessischen Minis- ters des Innern und für Sport betreffend „Sportland Hessen – und alle gewinnen“</b> .....	9388
		<i>Entgegengenommen und besprochen</i> .....	9410
		Minister Boris Rhein .....	9389
		Günter Rudolph .....	9394
		Helmut von Zech .....	9397
		Daniel Mack .....	9401
		Hermann Schaus .....	9405
		Horst Klee .....	9407
		<b>4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Lan- desregierung für ein Gesetz zur Verlagerung der Zuständigkeit nach dem Energiever- brauchskennzeichnungsgesetz auf die Hessi- sche Eichdirektion – Drucks. 18/7121 –</b> .....	9410
		<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> .....	9410
		Staatssekretär Mark Weinmeister .....	9410
		<b>5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Lan- desregierung für ein Gesetz zu dem Abkom- men zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik – Drucks. 18/7122 –</b> .....	9411
		<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirt- schaft und Verkehr überwiesen</i> .....	9411
		Staatssekretär Steffen Saebisch .....	9411
		<b>6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Frakti- on der SPD für ein Gesetz über die Neurege- lung schulischer Inklusion in Hessen (GENE- SIS) – Drucks. 18/7125 –</b> .....	9411
		<i>Nach erster Lesung dem Kulturpolitischen Aus- schuss überwiesen</i> .....	9419
		Heike Habermann .....	9411, 9413
		Günter Schork .....	9412
		Barbara Cárdenas .....	9413
		Mathias Wagner (Taunus) .....	9415
		Mario Döweling .....	9416
		Ministerin Nicola Beer .....	9417

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund  
Michael Boddenberg  
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein  
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer  
Kultusministerin Nicola Beer  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch  
Sozialminister Stefan Grüttner  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier  
Staatssekretär Horst Westerfeld  
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher  
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz  
Staatssekretär Ingmar Jung  
Staatssekretär Steffen Saebisch  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Lisa Gnadl  
Irmgard Klaff-Isselmann  
Jochen Paulus  
Astrid Wallmann



(Beginn: 14:02 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich begrüßen zur heutigen Landtagssitzung, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße Sie alle, begrüße die Regierung und begrüße die Gäste auf der Tribüne.

Ich stelle zunächst fest, dass das Haus beschlussfähig ist. – Dem widerspricht niemand. Dann ist das so.

Bevor ich in die Formalitäten des heutigen Tages und der Woche einsteige, begrüße ich herzlich auf der Tribüne eine Delegation aus Namibia.

(Allgemeiner Beifall)

Ich war schon da; ich weiß nicht, ob Sie auch schon da waren. – Ich freue mich, die Delegation der Association for Regional Councils der Republik Namibia zu begrüßen, eine Vertretung einer regionalen Gebietskörperschaft

(Unruhe)

– vielleicht können Sie zuhören; das wäre ganz gut; und Sie könnten bitte schön hier vorn ein bisschen Platz machen, Herr Kollege –, unter der Leitung von Herrn Hafeni Ludwig Ndemula. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zur Tagesordnung.

(Anhaltende Unruhe – Günter Rudolph (SPD): Wir haben Zeit!)

– Ja, bis Donnerstagabend.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Auch länger, wenn es sein muss!)

Ich bitte doch wirklich einmal zu beachten, dass ich ein bisschen Ruhe brauche. Nachher könnt ihr wieder laut sein, wenn ihr debattiert.

Die Tagesordnung vom 12. März 2013 und ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 47 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können, haben wir unter den Tagesordnungspunkten 43 bis 47 fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde, die wir am Donnerstag, wie gehabt, entsprechend unserer Geschäftsordnung um 9 Uhr aufrufen.

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mit den übrigen Fraktionen vereinbart, dass ihr Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 9 nicht dem Sozialpolitischen Ausschuss, sondern dem Rechts- und Integrationsausschuss überwiesen wird.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt mit, dass sie den Entschließungsantrag betreffend TV-Jugendkanal von ARD und ZDF, Drucks. 18/6746, der unter **Punkt 18** auf der Tagesordnung steht, zurückzieht, da es zu demselben Thema unter Tagesordnungspunkt 35 einen gemeinsamen Entschließungsantrag mit den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP gibt.

Und es wurde interfraktionell vereinbart, dass der Antrag unter Tagesordnungspunkt 37 entgegen der ausgedruckten

Tagesordnung dem Rechts- und Integrationsausschuss überwiesen wird.

Ich komme noch zu einigen Anträgen, die eingegangen sind. Zunächst ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend EU-Kommission auf richtigem Weg – Merkel-Regierung auf frauenpolitischen Abwegen, Drucks. 18/7154. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird er Tagesordnungspunkt 48 mit fünf Minuten Redezeit.

Bitte, Herr Kollege Wagner.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Wir bitten, diesen Tagesordnungspunkt unmittelbar nach Tagesordnungspunkt 43 ohne Aussprache aufzurufen und abzustimmen. Das ist die Aktuelle Stunde zu einem ähnlichen Thema.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Widerspricht jemand dem Begehren? – Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so. Vielen Dank.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schwarz-Gelb muss endlich einen Masterplan „Null Verkehrstote“ vorlegen, Drucks. 18/7155. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann machen wir ihn zu Tagesordnungspunkt 49 bei fünf Minuten Redezeit.

(Günter Rudolph (SPD): Auch das können wir zuordnen!)

Herr Kollege Wagner.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Wir bitten, diesen Tagesordnungspunkt mit Tagesordnungspunkt 39 zu verbinden. Dann sparen wir auch Redezeit.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dem Begehren wird auch nicht widersprochen. Dann werden wir so verfahren.

Dann ist eingegangen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend SPD in Hessen in der Frage eines Flugverbotes in den Nachtrandstunden völlig zerstritten – Täuschungsversuch auf Kosten der Menschen dient ausschließlich parteipolitischer Taktik, Drucks. 18/7156. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird er Tagesordnungspunkt 50. Fünf Minuten Redezeit.

Herr Kollege Bellino, zur Geschäftsordnung.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Dringliche Antrag, dessen Titel eben hier verlesen wurde, muss unseres Erachtens in dieser Plenarwoche beraten und entschieden werden. Es geht um das Flugverbot, und es geht um die Nachtrandstunden, zu denen die SPD

hoffnungslos zerstritten ist. Das muss in dieser Plenarwoche beraten und entschieden werden; darauf haben Hessens Bürger und vor allem die Anrainer am Rhein-Main-Flughafen ein Anrecht.

(Allgemeiner Beifall)

Warum? – Wir haben ein klares Mediationsergebnis. Wir haben einen klaren Richterspruch aus Leipzig.

(Zurufe von der SPD: Geschäftsordnung!)

Wir haben ein entschiedenes Handeln der Landesregierung. Und wir haben eine klare Stellungnahme der hessischen SPD und ihres Vorsitzenden Schäfer-Gümbel, dass eine Ausweitung des Nachtflugverbots eben nicht möglich ist, dass am Mediationsergebnis und am Richterspruch nicht zu rütteln ist.

(Günter Rudolph (SPD): Zur Geschäftsordnung!)

Jetzt melden sich – zur Geschäftsordnung, das ist die Dringlichkeit, Herr Kollege Rudolph – vier Oberbürgermeister aus Ihrer Partei zu Wort und fordern für die SPD Gegensätzliches. Hier wollen wir wissen: Was gilt, Herr Schäfer-Gümbel?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen wissen: Hat Schäfer-Gümbel seine Partei im Griff, oder soll hier eine Wählertäuschung vorbereitet werden? Deshalb soll dieser Tagesordnungspunkt in dieser Plenarwoche aufgerufen und entschieden werden. Wir schlagen vor und erheben das zum Antrag: am Mittwoch nach den Setzpunkten der SPD und der CDU.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Warum denn so spät?)

Um Ihnen etwas entgegenzukommen, sind wir auch bereit, unseren Setzpunkt auf fünf Minuten Redezeit zu begrenzen, damit wir ausreichend Gelegenheit haben, über diesen Punkt zu sprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Regierungserklärung!)

Außerdem freuen wir uns gemeinsam mit Ihnen – weil dieser Zwischenruf kommt – auf die Regierungserklärung unseres Innenministers und wollen Ihnen als Opposition noch bis morgen Zeit geben, sich ausreichend vorzubereiten, um diesen Widerspruch aufzuklären. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Gleich! Jetzt! – Gerhard Merz (SPD): Nach der Regierungserklärung! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Statt der Regierungserklärung!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Rudolph.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn der Plenarwoche erfreuen uns die Kollegen von CDU und FDP mit diesem originellen Entschließungsantrag.

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Bellino, es ist schön, wenn man Oberbürgermeister hat, die der eigenen Partei angehören. Das ist bei Ihnen nicht mehr ganz so ausgeprägt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich finde es mutig: Die Parteien, die bei dem Ausbau des Flughafens Frankfurt Wortbruch betrieben haben, meinen, hier die Backen aufblasen zu müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Innenminister, der nachher die bedeutende Regierungserklärung zum Sport abgeben wird, ist einer der Leidtragenden des Wortbruchs. Unter anderem deshalb hat er zu Recht die Oberbürgermeisterwahl verloren, Herr Kollege Rhein.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Kollege Bellino, deswegen: Zu jeder Tages- und Nachtzeit – Herr Kollege Schäfer-Gümbel braucht wenig Schlaf – sind wir bereit, mit Ihnen über das Thema Nachtflugverbot, Ausbau des Flughafens Frankfurt und die Auswirkungen zu reden.

Damit auch das klar ist: Die SPD stand seit Anbeginn der Auseinandersetzungen und Diskussionen zu dem Mediationsergebnis – im Gegensatz zu dem Wortbruch von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU)

Deswegen sind wir ganz gelassen und jederzeit bereit. Deswegen beantrage ich auch für unsere Fraktion, statt der Regierungserklärung über diesen Antrag zum Ausbau des Flughafens zu reden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: Sportfeind! – Zurufe von der CDU und der FDP)

– Das mit dem „Sportfeind“ nehme ich Ihnen übel, Herr Ministerpräsident. – Nein, wir sind vorbereitet – hier, heute und jetzt. Sie aber müssen die Rede bis morgen erst noch schreiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Lachen bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vor.

Es gibt einen Antrag von Herrn Rudolph, den Punkt so zu setzen, dass er statt der Regierungserklärung aufgerufen wird. Sie beantragen also Streichung?

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Was denn nun? – Weitere Zurufe)

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Der Ministerpräsident hat ja recht, ich möchte nicht als Sportfeind erscheinen. Darum vor der Regierungserklärung.

(Heiterkeit)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wer ist dafür, dass dieser Punkt vor der Regierungserklärung aufgerufen wird?

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, wundern Sie sich nicht, wenn wir alle öffentlich gut kommentiert werden. – Wer ist dagegen, dass er aufgerufen wird?

(Zurufe)

– Entschuldigung, ich meine: vor der Regierungserklärung. Herr Kollege Dr. Wagner, ich habe aufgrund des Lärms noch nicht weiter ausgeführt, Sie haben schon reflexartig die Hand gehoben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich frage noch einmal: Wer ist dagegen, dass dieser Punkt vor der Regierungserklärung aufgerufen wird? – Enthält sich jemand der Stimme? – Ich stelle fest, dass Ihr Antrag keine Mehrheit gefunden hat, Herr Rudolph.

Wer dafür ist, dass wir diesen Punkt nach den Setzpunkten am morgigen Mittwoch aufrufen, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass bei Nichtbeteiligung von SPD und GRÜNEN bei Zustimmung von CDU, FDP und LINKEN dieser Punkt morgen nach den Setzpunkten aufgerufen wird.

Eingegangen ist noch: Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Zukunftsinvestitionen schnell und transparent umsetzen, Drucks. 18/7157. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 51, und wir können ihn mit Tagesordnungspunkt 36 aufrufen. Einverstanden? – Dann ist das so beschlossen.

Kann ich die Tagesordnung genehmigen lassen? – Herr Schaus, zur Geschäftsordnung.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, wir beantragen, nach Tagesordnungspunkt 46, Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Arbeitsplatzabbau bei der „Frankfurter Rundschau“ beweist: soziale Gerechtigkeit und Hessen-SPD schließen sich aus), den Dringlichen Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 24 aufzurufen und ohne Aussprache direkt abzustimmen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Widerspricht jemand diesem Begehren? – Dann ist das so beschlossen.

Herr Kollege Wagner, zur Geschäftsordnung.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich glaube, wir müssen noch die Redezeiten klären: einmal zum Antrag von CDU und FDP hin-

sichtlich des Flughafens, zudem hatte der Kollege Bellino angeboten, die Redezeit für den Setzpunkt der CDU auf fünf Minuten zu reduzieren. Auch darüber haben wir noch nicht entschieden. Wir könnten dieses großzügige Angebot gern annehmen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das ist richtig. Beantragt sind fünf Minuten und die Reduzierung beim Setzpunkt ebenfalls auf fünf Minuten. Damit ist das Angebot gemacht. – Es wird nicht widersprochen, dann verfahren wir so.

Meine Damen und Herren, wir tagen heute bis ungefähr 19 Uhr. Tagesordnungspunkt 1 ist die Fragestunde, danach kommt die Wahl des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs gemäß den ausgedruckten Drucksachen.

Frau Ministerin Puttrich ist ganztägig entschuldigt.

Heute Abend tagt im Anschluss an die Plenarsitzung der Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Raum 510 W sowie der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in Raum 204 M.

Ich gratuliere nachträglich zu seinem 70. Geburtstag dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Herrn Dr. Wagner. Lieber Herr Dr. Wagner, im Namen des ganzen Hauses alles Gute und Gottes Segen für Ihre nächsten Jahre.

(Allgemeiner Beifall – Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) erhebt sich von seinem Platz.)

Meine Damen und Herren, ich rufe damit **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Fragestunde – Drucks. 18/7089 –**

**Frage 826**, Herr Dr. Arnold.

**Dr. Walter Arnold (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie gestaltet sich der Feldversuch des Forschungsprojektes „Sichere Intelligente Mobilität – Testfeld Deutschland (simTD)“ auf hessischen Straßen ein halbes Jahr nach seinem Start?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rentsch.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung – Herr Abg. Beuth wollte noch etwas zu einer Windkraftanlage wissen. Das war sozusagen ebenfalls eine mündliche Frage.

Der Feldversuch des Forschungsprojekts simTD „Sichere Intelligente Mobilität – Testfeld Deutschland“ fand nach dreijähriger Vorbereitung planmäßig im Zeitraum zwischen dem 1. Juli 2012 und dem 14. Dezember 2012 statt.

In dieser Zeit wurde ein umfangreiches Versuchsprogramm mit einer Versuchsflotte von 120 Fahrzeugen deutscher Automobilhersteller im simTD-Versuchsgebiet durchgeführt. Dieses Gebiet umfasst Autobahnen und Bun-

desstraßen im Rhein-Main-Gebiet sowie ein städtisches Teilnetz in der Stadt Frankfurt.

Die Versuchsfahrzeuge und die von Hessen Mobil entwickelte kooperative Verkehrszentrale waren dazu miteinander vernetzt. Die Versuche selbst wurden im DRIVE-Center Hessen, dem der Verkehrszentrale Hessen angegliederten Forschungszentrum für kooperative Verkehrssysteme, gesteuert und gelenkt.

Der Verlauf des europaweit größten Feldversuchs kann als erfolgreich angesehen werden. Die entwickelte und aufgebaute Technologie funktionierte planmäßig, und es gab keine nennenswerten Störungen. Eine Beeinträchtigung des Verkehrsflusses war durch die Versuchsplanung und ein umfassendes Sicherheitskonzept ausgeschlossen.

Während des Feldversuchs wurden umfangreiche und aussagekräftige Versuchsdaten gesammelt, die zurzeit einer intensiven Auswertung unterzogen und geprüft werden. Darauf aufbauend wird die Gesamtbewertung erstellt, die Erkenntnisse zur Wirkung der neuen Verkehrstechnologie hinsichtlich Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz sowie zur Nutzerakzeptanz der neuen Technologie liefern wird.

Die Evaluationen werden noch bis Mitte des Jahres 2013 dauern. Die Ergebnisse werden in einer öffentlichen Abschlussveranstaltung im Sommer dieses Jahres in Frankfurt vorgestellt. Ich hoffe, dass viele Abgeordnete dabei sein werden.

(Beifall des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 827,** Herr Abg. Schork.

**Günter Schork (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die kürzlich durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgestellte Grundkonzeption des neuen Bundesverkehrswegeplanes 2015 (BVWP) im Hinblick auf die klare Priorisierung der Verkehrsinvestitionen und die Beteiligung der Öffentlichkeit?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Wirtschaft.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Schork, die Hessische Landesregierung begrüßt die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gewählte Öffentlichkeitsbeteiligung in Form eines Online-Konsultationsverfahrens bei der Erarbeitung der Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015 im Sinne des Leitgedankens einer kontinuierlichen Bürgerbeteiligung bei der Planung von Verkehrsinfrastrukturprojekten und der Einbeziehung von Bürgern von Anfang an. Die Priorisierung von Projekten im Bundesverkehrswegeplan 2015 soll zur bedarfsgerechten Steuerung von Investitionsmitteln im Bundesfernstraßenbau führen. Es bleibt abzuwarten, ob diese sich im ersten Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2015 widerspiegeln werden.

Aber grundsätzlich ist dieses Vorgehen, wie gesagt, sehr positiv.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zur nächsten Frage. – Entschuldigung, ich habe Sie übersehen. Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Eine Vorbemerkung: Herr Staatsminister Rentsch, ich höre ein bisschen Skeptizismus.

Mit wie viel zusätzlichem Geld rechnen Sie für den Bundesverkehrswegeplan?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wirtschaftsminister.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Warnecke, wäre ich Hellseher, wäre ich heute nicht hier. Insofern kann ich Ihnen leider nicht genau sagen, mit wie viel wir rechnen können.

Aber ich glaube, dass wir gemeinsam dafür kämpfen müssen, dass die Verteilung für große Verkehrsprojekte so ausfällt, dass das wichtige und aus meiner Sicht wichtigste Infrastrukturland, das Bundesland Hessen, dieses Mal überproportional mit Mitteln versorgt wird, weil wir wissen, dass verschiedene Projekte Auswirkungen auf die Gesamtverkehrssteuerung der Bundesrepublik haben. Es ist der Aussage von Bahnchef Grube nichts hinzuzufügen, der gesagt hat: Hessen ist das Herz der Deutschen Bahn. – Hessen ist damit auch das Herz der deutschen Straße, alleine aufgrund unserer Lage.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt kommen wir zu **Frage 828.** Herr Abg. Bauer.

**Alexander Bauer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der geplanten Erweiterung der Parkplätze an der Tank- und Rastanlage in Lorsch an der A 67?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Bauer, am 22. April 2010 ist der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der Anlage ergangen. Hiergegen haben die Stadt Lorsch sowie zwei Mitglieder einer Bürgerinitiative Klage erhoben. Das Verfahren ist inzwischen abgeschlossen. Die Klagen sind rechtskräftig durch

das Urteil des VGH vom 26.06.2012 abgewiesen worden. Der Planfeststellungsbeschluss ist damit bestandskräftig. Zurzeit wird von Hessen Mobil die Ausführungsplanung für die Maßnahme erstellt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 829, Herr Abg. Gerling.

**Alfons Gerling (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wir beurteilt sie eine mögliche Fusion des Klinikums in Frankfurt am Main-Höchst mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, die geplante Fusion ist eine begrüßenswerte Reaktion auf das von der Landesregierung entwickelte Konzept zum Erhalt öffentlicher Klinikträgerschaften in Hessen. Dies haben die beiden beteiligten Gebietskörperschaften, in diesem Fall der Main-Taunus-Kreis und die Stadt Frankfurt, auch immer wieder betont. Sie sehen es als einen ersten Schritt und möchten das entsprechende Verbundmodell mit vorantreiben.

Ich denke, dass dieses Beispiel wie auch andere Beispiele, die zurzeit in Hessen in der Diskussion sind, für öffentliche Krankenhausträger ein Signal sein sollte, sich der Verbundlösung positiv zu öffnen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Gerling.

**Alfons Gerling (CDU):**

Herr Minister, wie würde sich eine Fusion auf den Zeitplan des geplanten Neubaus in Höchst auswirken?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, im Hinblick auf den Zeitplan meine ich, dass es zu keinerlei Verzögerung kommen könnte, sobald die entsprechenden bewilligungsfähigen und bewilligungsreifen Bauunterlagen eingereicht worden sind. Allerdings wird eine solche Fusion nur dann einen Sinn machen, wenn die Frage einer Konzentration von Abteilungen, welche medizinischen Leistungen an welchem Standort angeboten werden können, beantwortet ist und sich bemerkbar macht. Dies kann Auswirkungen auch auf den Neubau des Klinikums Höchst haben. Insofern sind diese Maßnahmen dann mit zu berücksichtigen. Das kann vielleicht zu zeitlichen Verzögerungen führen. Ansonsten ist

das Neubauvorhaben Klinikum Höchst im Bauprogramm des Landes als förderungsfähig eingestuft.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Faeser.

**Nancy Faeser (SPD):**

Ich frage die Landesregierung, inwieweit das ein erster Schritt in eine Verbundlösung sein soll, wie Sie eben gesagt haben. Können Sie das noch einmal ausführen und sagen, ob die Landesregierung in irgendeiner Form daran beteiligt ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, bei der Verbundlösung ist die Landesregierung nicht nur beteiligt, sondern sie ist Initiator eines solchen Konzeptes. Sie moderiert in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Veranstaltungen, die durchaus erfolgversprechend in diese Richtung sind, um die Grundlagen für eine Verbundlösung zu schaffen.

Meine Aussage eben war, dass die Fusion der beiden Kliniken von den Verantwortlichen aus der Stadt Frankfurt und dem Main-Taunus-Kreis dahin gehend interpretiert worden ist, dass dies kein Gegenmodell zu der angestrebten Verbundlösung ist, sondern dass man erst einmal diesen Schritt geht und, wenn dieser Schritt keinen Erfolg hat, sich dann der Verbundlösung öffnet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, Sie hatten angekündigt, dass Sie bis zum März dieses Jahres die Ergebnisse bezüglich Ihrer Verbundlösung vorstellen werden. Deswegen meine Frage: Wie viele kommunale Träger sind im Moment überhaupt daran interessiert, in das Holdingmodell einzutreten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, die Erklärungsfrist läuft noch bis Ende des Monats. Es ist ein mehrstufiges Verfahren. Das nächste Verfahren ist eine indikative Bewertung der einzelnen Krankenhäuser. Das ist Grundvoraussetzung für den Eintritt in einen Verbund. Diese indikative Bewertung muss vonseiten der Klinikträger selbst in Auftrag gegeben werden. Wir geben allerdings die Kriterien vor, unter denen sie durchgeführt wird.

Die Erklärungsfrist, die, wie gesagt, noch bis Ende März läuft, stimmt mich positiv, dass ein nicht unbedeutender

Anteil von Kliniken in öffentlicher Trägerschaft sich indikativ bewerten lässt – als nächster Schritt in Richtung einer Verbundlösung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 832,** Herr Abg. Dietz.

**Klaus Dietz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Mitglieder aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hat die Umweltallianz Hessen derzeit?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Umweltallianz Hessen hat derzeit 1.139 Mitglieder aus den verschiedensten Bereichen. Das geht von großen Wirtschaftskonzernen bis hin zu kleinen und mittelständischen Unternehmen. Das geht aber auch von Vereinigungen und Verbänden, die sich im Umweltbereich besonders engagieren, über Städte und Gemeinden als Träger des kommunalen Gedankens und Krankenhäuser, Ver- und Entsorger in kommunalen Trägerschaften. Die sind dabei in der Umweltallianz. Wir sind seit dem Jahr 2000 auf eine große Zahl angewachsen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Gremmels.

**Timon Gremmels (SPD):**

Ich frage die Landesregierung, ob sie Quantität und Qualität in der Frage in Übereinstimmung bringt und wie sie die Arbeit der Umweltallianz in der Ära des Ministerpräsidenten Bouffier bewertet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Wir haben in der Umweltallianz eine große Zahl von Betrieben und von Mitwirkenden, allerdings auch qualitativ hervorragend. Soweit ich die Arbeit in meiner Zeit als Staatssekretär von 2009 bis heute überblicken kann, hat sich zwischen der Zeit, als Herr Koch Ministerpräsident in Hessen war, und jetzt, unter Ministerpräsident Bouffier, nichts verändert, sondern wir sind mit gleichem Engagement, mit großem Engagement an der Sache, um das gemeinsam voranzutreiben. Von daher sehe ich da überhaupt keinen Unterschied.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 833,** Herr Abg. Seyffardt.

**Peter Seyffardt (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Position vertritt sie beim Bund und der EU zur Forderung der hessischen Weinbauverbände nach einer Beibehaltung der bestehenden Pflanzrechtsregelungen für Weinreben in der kommenden Förderperiode der Europäischen Union?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Seyffardt, die Pflanzrechte für den Weinbau sollen nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission liberalisiert werden. Das bedeutet, die strenge Einteilung nach Weinbauregionen bzw. nach Weinbauflächen soll aufgehoben werden. Das bedeutet im Extremfall, dass natürlich für die Lagen, die nicht so gut bewirtschaftet werden, wie Steillagen, die uns in besonderer Weise am Herzen liegen, nicht nur die Fragen des Umwelt- und Naturschutzes und der Biodiversität, sondern auch die Fragen des biologischen Bereichs dadurch vielleicht wegfallen könnten.

Das wollen wir gern verhindern. Deswegen haben wir mit den hessischen Winzerinnen und Winzern, aber auch mit den anderen Weinbau treibenden Ländern in der Bundesrepublik Deutschland – also Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Saarland – darauf hingewirkt, dass die bisherige Regelung auf europäischer Ebene beibehalten bleiben soll. Wir sind uns innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auch einig. Wir haben dazu bereits im Jahre 2011 eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die auch so verabschiedet worden ist. Wir sind als Hessische Landesregierung daran interessiert, dass die bisherigen Pflanzregelungen beibehalten werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Seyffardt.

**Peter Seyffardt (CDU):**

Die Europäische Kommission plant, die bestehende Betriebsprämienregelung im Agrarbereich auch auf den Weinbau auszudehnen. Das wird von den hessischen Weinbauverbänden kritisiert. Kann sich die Landesregierung vorstellen, diese Position der Weinbauverbände, eben Kritik an dieser Ausweisung der Betriebsprämienregelung, zu unterstützen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Auch dort haben wir gesagt, dass wir die bisherige Regelung gern beibehalten wollen und damit die hessischen Weinbauverbände unterstützen. Wir warten jetzt darauf, wie die genaue Ausweitung im sogenannten Trilogverfahren zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten ist, und werden dort noch einmal auf die deutsche Seite einwirken, dies auch so umzusetzen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage ist **Frage 834**. Herr Abg. Dr. Arnold.

**Dr. Walter Arnold (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Auf welche Faktoren führt sie die insgesamt positive Entwicklung des Waldes in Hessen zurück, wie sie im Waldzustandsbericht 2012 dargestellt ist?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

In diesem Fall bin ich der festen Überzeugung, dass die Landesregierung für vieles Gute verantwortlich ist, aber nicht für alles.

(Gerhard Merz (SPD): Das ist neu! – Dr. Walter Arnold (CDU): Mehr Selbstbewusstsein!)

Deswegen muss man an dieser Stelle deutlich sagen: Ein Wald ist von vielen Faktoren abhängig. Auch der Zustand ist von vielen Faktoren abhängig, Herr Kollege Arnold. Was wir in den letzten Jahren machen konnten, haben wir getan.

Wir haben sowohl bei der Waldkalkung als auch bei der Bodenvorsorge und bei der Frage der Nachbauflächen mit standortangepassten Hölzern die Förderung vorgenommen, um einen Wald umzubauen, der den klimatischen Verhältnissen und auch den Veränderungen durch den Klimawandel gerecht wird. Auf der anderen Seite muss man allerdings ehrlicherweise gestehen, dass bei den Buchen der Rückgang der Zahl der Kronenlichtungen auch etwas damit zu tun hat, dass das letzte Jahr kein Buchenmastjahr war und sich dadurch die Bäume erholen konnten. Bei den Eichen hatten wir im letzten Jahr gerade bei den älteren die Problematik mit einem hohen Schmetterlingsfraß. Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Insgesamt hat sich der Waldzustand im letzten Jahr deutlich verbessert. Das ist ein gutes Zeichen. Nichtsdestotrotz gibt es in Hessen Teile im Wald – wenn ich mir das Hessische Ried anschau –, wo ich noch Sorgen habe. Wo kein oder nur bedingter Grundwasseranschluss ist, merkt man deutlich, dass die Bäume unter Stress stehen. Dort müssen wir zu neuen Lösungen kommen.

(Beifall der Abg. Dr. Walter Arnold (CDU) und Heinrich Heidel (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 835**, Frau Kollegin Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Fördermöglichkeiten für Familienhebammen haben die Kommunen aus Landes- und/oder Bundesmitteln?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, Grundlage für die Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Bundesinitiative Familienhebammen sowie Aus- und Aufbau der Netzwerke Frühe Hilfen ist die zwischen Bund und Ländern geschlossene Verwaltungsvereinbarung Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen 2012 bis 2015. Der Einsatz von Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen wird unter der Voraussetzung gefördert, dass in der Kommune ein lokales Netzwerk Frühe Hilfen besteht oder sich im Aufbau befindet, und eine Koordinierungsstelle vorhanden ist.

Weiterhin müssen die Familienhebammen durch eine Fortbildung des hessischen Hebammenverbandes, der bereits in den Jahren 2007 bis 2012 im Auftrag des Hessischen Sozialministeriums 205 Hebammen zu Familienhebammen fortgebildet hat, entsprechend dem Kompetenzprofil des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen qualifiziert und in ein für frühe Hilfen zuständiges Netzwerk eingebunden werden.

Die Verteilung der Fördergelder auf die einzelnen Kommunen richtet sich nach der Zahl der Kinder unter drei Jahren und auch der Zahl der Kinder unter drei Jahren im Transferbezug, also derer, die auch Leistungen nach dem SGB II bekommen. Die Höhe des vorgesehenen Budgets wird jährlich vom Hessischen Sozialministerium mit dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Landkreistag abgestimmt und dann bekannt gegeben. Aus Landesmitteln werden die Fortbildungen für Familienhebammen weiterhin finanziert.

Derzeit erfolgt eine Fortbildungsanfrage, auf die hin Konzepte und Angebote von Trägern für Fortbildungsmaßnahmen im Bereich Kinderschutz, Prävention und frühe Hilfen bis spätestens zum 31. März 2013 eingereicht werden können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Herr Minister, können Sie eine Aussage darüber treffen, wie viele Mittel den Kommunen nach dem Kinderschutzgesetz in Hessen zur Verfügung stehen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, im Jahre 2012 waren das 1,9 Millionen €, davon 50 % für Kinder unter drei Jahren und 50 % für Kinder unter drei Jahren im SGB-II-Bezug. In der gleichen Aufspaltung 50 : 50 sind es im Jahre 2013 2,8 Millionen €. Dazu kommen noch die entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen, die seitens des Sozialministeriums finanziert werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 836** ist zurückgenommen.

**Frage 837**, Herr Abg. May.

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Hat sie die letzte Förderrate zum Aufbau der Law School der European Business School bzw. den Zuschuss für den laufenden Betrieb der EBS für das Jahr 2012 bzw. für das Jahr 2013 ausgezahlt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abgeordneter, nein. Die Mittel sind bislang nicht ausgezahlt worden. Die eingereichten Unterlagen werden derzeit überprüft.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. May.

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Staatsministerin, ist bei den eingereichten Unterlagen die beantragte Landesbürgerschaft mit berücksichtigt? Bis wann werden Sie mit der Prüfung fertig sein?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatssekretärin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abgeordneter, die Unterlagen sind eingereicht, und – wie ich eben schon gesagt habe – die Mittel werden ausge-

zahlt, wenn die Unterlagen überprüft sind. Mehr kann ich dazu zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Weiß.

(Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frage Bürgerschaft beantworten!)

**Marius Weiß (SPD):**

Frau Ministerin Kühne-Hörmann, liegt inzwischen ein testierter Jahresabschluss der EBS für das Jahr 2011 vor?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Nein, der liegt noch nicht vor.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Frau Ministerin, können Sie mir beantworten, ob es in Ihrem Ministerium eine Auflistung gibt, wie oft diese Frage des Kollegen May schon gestellt worden ist?

(Heiterkeit bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir werden die so lange stellen, bis es endlich eine Antwort gibt!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich kann diese Frage nicht auswendig beantworten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen damit zu **Frage 838** des Herrn Abg. Müller aus Gelnhausen.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Konzepte zur Prävention, Entdeckung und Sanktionierung von Plagiatsfällen haben die hessischen Hochschulen entwickelt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir haben bei den Hochschulen eine Abfrage gemacht. Dabei muss man zunächst unterscheiden, dass Hochschulabschlussarbeiten und Dissertationen zu betrachten sind.

Bei den Hochschulabschlussarbeiten messen die Hochschulen der Aufklärung und der Information der Studierenden und der übrigen Hochschulmitglieder eine hohe Bedeutung zu. So wurde an der Hochschule Darmstadt ein allgemeiner und IT-gestützter Informationsservice zur Beratung der Hochschullehrer und der Studierenden im Plagiatkontext eingerichtet. Die Technische Hochschule Mittelhessen bereitet aktuell eine Informationsbroschüre zum Thema Plagiat vor und hat im November letzten Jahres einen Workshop durchgeführt, der „Umgang mit Täuschung und Plagiaten“ hieß. Das geschah an der Technischen Hochschule Mittelhessen. Andere tun mehr.

Ich will jetzt auf Folgendes hinweisen: Hinsichtlich der Beurteilung und Überprüfung der Dissertationen und anderer wissenschaftlicher Hochschularbeiten werden von den Universitäten die von der Hochschulrektorenkonferenz im Jahr 1998 verabschiedeten Grundsätze zur Sicherung einer guten wissenschaftlichen Praxis sowie die im Jahr 1997 formulierten Empfehlungen der Kommission zur Selbstkontrolle der Wissenschaft in der deutschen Forschungsgemeinschaft berücksichtigt. Diese wurden von den Universitäten in eigene Verfahrensgrundsätze überführt, welche jeweils auf den Homepages der Hochschulen abgerufen werden können.

Danach gilt: Kommt der mit dem Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens befasste Ombudsmann nach erster kurzer Prüfung zu dem Ergebnis, dass der Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens begründet ist, legt er den Fall unverzüglich der Ständigen Kommission vor. Diese überprüft den Verdacht zunächst noch einmal selbst und eröffnet bejahendenfalls das förmliche Untersuchungsverfahren, indem sie Mitglieder des Promotionsausschusses des betroffenen Fachbereichs ohne Stimmrecht kooptiert. Ferner zieht sie eine externe Expertise und ein oder zwei Gutachten bei.

Die förmliche Untersuchung endet mit einer Feststellung zu der Frage, ob ein wissenschaftliches Fehlverhalten vorliegt. Des Weiteren gibt sie Empfehlungen zum weiteren Vorgehen für die Hochschulleitung und den Fachbereich.

Das Aberkennungsverfahren ist dann eine Angelegenheit des Fachbereichs, dem die Empfehlungen der Kommission vorliegen. Die Hochschulleitung wird über die einzelnen Verfahrensschritte unterrichtet. Ich will darauf hinweisen, dass die Hochschule Fulda bereits im Jahr 2011 entschieden hat, in allen Fachbereichen zur Prüfung der Abschlussarbeiten eine Plagiatsoftware einzuführen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Al-Wazir stellt eine Zusatzfrage.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, das Stichwort lautet: eigene Leistung. Können Sie sagen, ob diese Frage an die Regierung in Ihrem Ministerium oder in Eigenverantwortung des Abg. Dr. Rolf Müller entstanden ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abg. Al-Wazir, mündliche Fragen werden von den Abgeordneten in deren Verantwortung gestellt. Einem Abgeordneten zu unterstellen, dass das nicht so wäre, das müssen Sie untereinander ausmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Gibt es noch Zusatzfragen? – Das ist nicht mehr der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 839** des Herrn Abg. Gremmels.

**Timon Gremmels (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann werden dem Landtag die beiden von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Fracking-Gutachten – zum einen eine hessenspezifische Auswertung der Studien von NRW und vom Umweltbundesamt durch das HLUg, zum anderen das Gutachten der Universität Marburg zu den kommunalen Einwänden zum Erkundungsantrag von BNK-Petroleum – vorgelegt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Gremmels, beide Gutachten werden voraussichtlich zur nächsten regulären Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 11. April 2013 vorgelegt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Gremmels stellt eine Zusatzfrage.

(Günter Rudolph (SPD): Los, hake nach!)

**Timon Gremmels (SPD):**

In der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen“ vom 19. März 2013 schreibt der Kasseler Stadtverordnete Norbert W.:

*Auch im Fall einer Wahlniederlage wird die schwarz-gelbe Landesregierung nicht in letzter Minute einen Weg für die Gasförderung per Fracking freimachen.*

Darf Herr Norbert W. für die Landesregierung sprechen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Bei Norbert W. handelt es sich um den Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion im Kasseler Rathaus. Er ist natürlich in seinen Äußerungen frei. Er darf sich als Abgeordneter im Kasseler Stadtparlament frei äußern. Dass er mit seinen Gedanken nicht so weit von unseren entfernt ist, ist eine schöne Sache.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Gremmels stellt eine Zusatzfrage.

**Timon Gremmels (SPD):**

Teilen Sie die Einschätzung des Herrn Norbert W., dass die Landesregierung die Landtagswahl verlieren wird?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Es spricht für die Klugheit eines jeden Abgeordneten, sich mit dem Gedanken auseinanderzusetzen, dass eine Regierung wiedergewählt werden kann und dass sie auch nicht wiedergewählt werden kann. Ich gehe davon aus, dass diese Regierung wiedergewählt werden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zuruf: Schauen wir einmal!)

Nichtsdestotrotz ist es klug und weise, auch über andere Möglichkeiten nachzudenken. Es zeichnet einen Parlamentarier aus, dass er nicht engstirnig ist, sondern einen weiten Horizont hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Seyffardt stellt eine Zusatzfrage.

**Peter Seyffardt (CDU):**

Ich frage die Landesregierung: Gibt es in anderen Bundesländern bereits Genehmigungsverfahren zum Einleiten des Frackings?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Weinmeister.

**Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Im Gegensatz zu Hessen gibt es in anderen Bundesländern bereits sogenannte Erlaubnisse. Die gibt es dort, wo die sogenannte Claim-Absteckung stattfindet.

In Nordrhein-Westfalen hat zuletzt die Bezirksregierung in Arnsberg im Juli 2012 ein solches Erlaubnisverfahren eingeleitet. Soweit ich unterrichtet bin, geschieht das auch in Rheinland-Pfalz. Mit dem Gutachten, auf das Herr Kollege Gremmels hingewiesen hat, werden wir versuchen, eine rechtliche Begründung dafür zu finden, nicht so vorgehen zu müssen, wie es in den anderen Bundesländern geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als Nächstes kommt **Frage 840** des Herrn Abg. Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Teilt sie die Einschätzung, dass die von Schweizer Banken ausgehende Initiative, die Kundenberatung bundesdeutscher Steuerstraftäter auf Selbstanzeigen auszurichten, auf Druck des bilateralen Steuerabkommens USA-Schweiz und des nicht zustande gekommenen Amnestieabkommens Schweiz-Deutschland zurückzuführen ist?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Warnecke, die Landesregierung tut sich naturgemäß etwas schwer, Fragen mit einem solch absoluten Inhalt so absolut zu beantworten, zumal dann, wenn es um die Motivforschung beim Handeln Dritter geht. Aber natürlich ist klar, dass die gesamte Diskussion um die künftige Behandlung der Kapitalerträge in der Schweiz sicherlich auch das Handeln der betroffenen Akteure am Finanzplatz mitbestimmt.

Das ist jetzt wirklich eine Einschätzung. Ich glaube, dass sowohl die Diskussion um die Frage des Zustandekommens des deutsch-Schweizer Steuerabkommens als auch weitere internationale Verabredungen dort eine Rolle gespielt haben. Denken Sie dabei an die Verabredung zwischen der Europäischen Union und der Schweiz.

Ich nehme aber sehr wohl auch wahr, dass diejenigen, die sich in der Schweiz in der Vergangenheit für eine Weißgeldstrategie eingesetzt haben, es keineswegs als Hilfe für ihre Arbeit empfunden haben, dass die Bundesrepublik Deutschland das Steuerabkommen nicht ratifiziert hat. Denn sie tragen vor, dass diejenigen unter den Schweizer Banken, die ihren Kunden geraten haben: „Behaltet nur die Nerven, die Deutschen werden am Ende dem Abkommen nicht zustimmen“, aufgrund dieses Weges zumindest temporär aus deren Sicht recht bekommen haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als Nächstes folgt **Frage 841** des Herrn Kollegen Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich darf noch eine Frage stellen, die nicht von der Landesregierung kommt. Ich frage die Landesregierung:

*Werden alle Kommunen Hessens mit unausgeglichenem Haushalt kommunalaufsichtlich auf den „100-€-Konsolidierungspfad“ (Kolidiepf) geschickt werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, sehr geehrter Herr Abg. Warnecke! Dieser in der Frage angesprochene 100-€-Konsolidierungspfad gilt unmittelbar nur für die vom Gesetzgeber als besonders konsolidierungsbedürftig qualifizierten sogenannten Schutzschirmgemeinden. Dabei handelt es sich um eine Zielgröße. Individuelle Gegebenheiten einer Kommune können es rechtfertigen, dass davon abgewichen werden kann.

Diese Zielgröße kann auf zweierlei Wegen erreicht werden: durch Maßnahmen auf der Ertragsseite oder/und durch Maßnahmen auf der Aufwandsseite.

Der jahresbezogene Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt erzielt werden, allerspätestens aber – das wissen Sie – im Haushaltsjahr 2020.

Vor diesem Hintergrund wurde mit allen teilnehmenden Schutzschirmgemeinden ein individueller Konsolidierungsvertrag mit höchst unterschiedlichen Defizitabbau-Zeiträumen geschlossen. Manche Gemeinden schaffen es im Jahr 2013, andere erst zum letztmöglichen Zeitpunkt 2020. Unter Berücksichtigung der individuellen örtlichen Verhältnisse wurde im Übrigen in nicht wenigen Fällen von der Zielgröße von 100 € pro Einwohner abgesehen.

Nach § 92 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung sind die hessischen Gemeinden grundsätzlich zum jahresbezogenen Haushaltsausgleich verpflichtet. Auch die ständige Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs verpflichtet die Gemeinden nicht nur zu äußerster Sparsamkeit, sondern eben auch dazu, sämtliche Einnahmequellen auszuschöpfen. Darüber hinaus hat eine defizitäre Gemeinde nach § 92 Abs. 4 ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Wenn Sie diesen Maßstab anlegen, dann kann die in der Schutzschirmverordnung genannte Zielgröße von 100 € pro Einwohner eine sinnvolle Orientierung für alle konsolidierungsbedürftigen Gemeinden sein, den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich zeitnah vorzunehmen.

Ob und inwieweit darüber hinaus diese Zielgröße ein künftiges Element der finanzaufsichtlichen Beurteilungen sein sollte, ist eine Frage, die die Regierungspräsidenten mit den Landräten und den Kommunalen Spitzenverbänden unter Einbeziehung des Innenministeriums derzeit beraten. Ich will es aber nochmals sehr deutlich sagen: Wir reden

da über eine Zielgröße. Sie kann eine sinnvolle Orientierung sein. Am Ende wird es immer um die Berücksichtigung der individuellen örtlichen Verhältnisse gehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Staatsminister, habe ich Sie insofern richtig verstanden, dass – bei aller individuellen Unterschiedlichkeit – im Prinzip alle Kommunen auf dem Abbaupfad gleich behandelt werden sollen, ob sie unter den Schutzschirm gegangen sind oder nicht, sodass diese 100-€-Konsolidierungspfad-Konstruktion für alle Kommunen gilt, obwohl es – wie wir in der vorangegangenen Landtagssitzung erfahren haben – sehr unterschiedliche Bewertungen durch das Finanzministerium oder das Innenministerium zur Liquidität bzw. Leistungsfähigkeit, beispielsweise der Kommune Wildeck, gibt? Der eine sagt, die haben eine zu hohe Verschuldung, der andere sagt, ihre Verschuldung sei noch zu gering, um beispielsweise unter den Schutzschirm kommen zu können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Ich habe nicht das gesagt, was Sie versuchen, in meine Antwort hineinzudeuteln.

Ich habe gesagt, dass dann, wenn man den rechtlichen Maßstab anlegt – insbesondere den von § 92 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung, aber auch natürlich, wenn wir über das Haushaltssicherungskonzept nach § 92 Abs. 4 reden –, die in der Schutzschirmverordnung genannte Zielgröße 100 € durchaus eine sinnvolle Orientierung für alle konsolidierungsbedürftigen Gemeinden sein kann; ich betone: sein kann.

Es ist aber vollkommen klar, dass wir für die Instrumente a) der Finanzaufsicht, b) des Kommunalen Schutzschirms, c) des Landesausgleichsstocks und d) der Haushaltsgenehmigung sehr gleichmäßige Beurteilungsmaßstäbe haben sollten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage – –

(Wortmeldung der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Entschuldigung, ah ja. Mich blendet die Sonne. Ich bitte Sie.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, wenn Sie sagen: „Das kann ein Maßstab sein, es kommt auf die Kommune an“, streben Sie dann an, dass, ähnlich wie für die Schutzschirmkommunen, auch für alle anderen Kommunen mit Haushaltsdefizit Vereinbarun-

gen mit der Kommunalaufsicht geschlossen werden, auf welchem Wege sie den Haushalt ausgleichen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Nein, da wird es keine individuellen Vereinbarungen geben. Das ist nicht der Weg. Der Weg ist das Gesetz. Das Gesetz habe ich eben zitiert. Es ist die Hessische Gemeindeordnung, die klare Vorgaben darüber macht, dass es eine Verpflichtung zum jahresbezogenen Haushaltsausgleich gibt. Ich habe auch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs dazu zitiert. Sie macht eine klare Ansage zur Sparsamkeit und zur Ausschöpfung von Einnahmequellen. Ich habe ebenfalls gesagt, dass es natürlich § 92 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung, das Haushaltssicherungskonzept, gibt. Da ist kein Raum für individuelle Vereinbarungen. Hier gibt es klare Regelungen. Diese klaren Regelungen sind einzuhalten. Das ist zu unterscheiden von dem, was in den genannten Schutzschirmvereinbarungen getroffen wurde.

Nichtsdestoweniger können wir nach meiner festen Überzeugung nicht alles über einen Kamm scheren. Auch das ist mir klar. Aber wir brauchen schon – ich sage nicht: gleiche, aber jedenfalls – gleichmäßigere Beurteilungsmaßstäbe.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 842**, Frau Abg. Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welches sind die Gründe für die Einstellung des Leseförderprojekts „Bibliothek in der Kiste“?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Beer.

**Nicola Beer, Kultusministerin:**

Das Projekt der Landesarbeitsgemeinschaft Schulbibliothek in Hessen endete als Projekt plangemäß nach 20 Jahren. Es wurde kein Antrag auf eine Verlängerung gestellt. Die Schulen haben jedoch weiterhin die Möglichkeit, die Inhalte und Themen der Bücherkisten bei der Landesarbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken abzurufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

In welchem Umfang wurde denn bisher die Leistung dieses Projekts bzw. diese „Bibliothek in der Kiste“ in Anspruch genommen? Gibt es darüber Daten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Nicola Beer, Kultusministerin:**

Frau Abgeordnete, darüber gibt es sicherlich Daten. Allerdings habe ich die im Detail jetzt nicht hier. Die müssten erst abgefragt werden.

Wichtig ist mir, es aber nochmals zu betonen: Das ist nicht mit Einsparungen verbunden, sondern es gibt eine Absprache mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken. Das ist ein gemeinnütziger Verein aus Lehrkräften, Eltern, Bibliothekaren und anderen. Die sechs Abordnungsstunden, die wir bisher zur Unterstützung des Projekts aus dem Ministerium gegeben haben, wurden zur Verstärkung der Servicestelle Schulbibliotheken umgesetzt. Daher sind dort weiterhin Abordnungen von auf sieben Personen aufgeteilt 64,7 Abordnungsstunden möglich.

Das andere kann ich gerne nachreichen, wenn Sie das möchten.

(Heike Habermann (SPD): Das wäre meine Bitte!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Okay, alles klar, danke.

Dann haben wir **Frage 843**, erneut Frau Kollegin Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Haben sich zu den bereits bekannten elf Gymnasien in der Nachmeldefrist weitere Gymnasien in Hessen um eine Teilnahme an dem Modellversuch „G 8/G 9 unter einem Dach“ gemeldet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Beer.

**Nicola Beer, Kultusministerin:**

Gemäß einer Abfrage im Landesschulamt und hier in den Staatlichen Schulämtern im Januar 2013 hatten insgesamt elf Gymnasien die Absicht, einen Antrag auf Teilnahme am Schulversuch zum Parallelangebot G 8/G 9 zum Schuljahr 2013/2014 zu stellen. Bis zum Ablauf der Antragsfrist am 1. März 2013 sind bei uns im Kultusministerium insgesamt elf Anträge eingegangen, und zwar von zehn Gymnasien und einer kooperativen Gesamtschule. Es sind also nach wie vor elf Schulen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 844**, Herr Abg. Eckert.

**Tobias Eckert (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Aufgrund welcher Zuständigkeit informiert der Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung*

*die Eltern von Grundschulkindern in der 4. Klasse mit dem Faltblatt „Das Ende der Grundschulzeit naht. Welche Schule ist nun die richtige für Ihr Kind?“ über die Wege zum Schulabschluss?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rentsch.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Eckert, vielen Dank für diese interessante Frage. Sie wissen vielleicht, dass die berufliche Bildung in die Zuständigkeit des hessischen Wirtschaftsministeriums fällt. Im Rahmen der dualen Berufsausbildung gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten zum Erwerb weiterführender Schulabschlüsse. Diese sind oftmals wenig bekannt.

Am Ende der Grundschulzeit ihrer Kinder stehen Eltern vor der entscheidenden Frage, den geeigneten weiterführenden Bildungsweg auszuwählen. Bei Eltern besteht häufig die Auffassung, ein möglichst hoher Schulabschluss für ihr Kind sei die beste Strategie, um gute Zukunftschancen für den beruflichen Werdegang zu schaffen. Deshalb fällt die Entscheidung häufig zugunsten eines gymnasialen Schulzweigs aus.

Tatsächlich aber ist das nicht der einzige und nicht für jeden Jugendlichen der beste Weg. Auch eine duale Ausbildung bietet zahlreiche Chancen und hervorragende berufliche Perspektiven, bis hin zum Erwerb der Hochschulreife.

Um Eltern von Grundschulkindern und Schüler frühzeitig über die Zukunftschancen einer beruflichen dualen Ausbildung und über die damit möglichen Bildungswege zu informieren, hat das Wirtschaftsministerium in enger Abstimmung mit dem Hessischen Kultusministerium den Informationsflyer „Das Ende der Grundschulzeit naht. Welche Schule ist nun die richtige für Ihr Kind?“ herausgegeben.

Abgängerinnen und Abgänger der Sekundarstufe I werden mit dem Flyer „Wie geht es weiter? Weiterhin Schule oder betriebliche Ausbildung?“ informiert. Ein dritter Flyer richtet sich mit der Überschrift „Erwerb von Schulabschlüssen in der dualen Berufsausbildung“ an hessische Ausbildungsbetriebe. Die Flyer werden in deutscher, russischer, griechischer, polnischer, türkischer, spanischer, italienischer und englischer Sprache angeboten.

Im März dieses Jahres wurde der Flyer an Hessens Grundschulen verteilt und hat eine sehr positive Resonanz erhalten, wie auch Ihre Frage beweist. Er steht den Adressaten ab sofort auch als Download zur Verfügung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Eckert.

**Tobias Eckert (SPD):**

Herr Minister, wie erklären Sie sich dann, dass diese Broschüre z. B. im Landkreis Limburg-Weilburg in den Schulen, die dafür überhaupt infrage kamen, erst verteilt wurde, als die Anmeldefristen zu den nächsten Jahrgängen bereits liefen? Wie mir Schulleiter berichtet haben, kamen

diese Broschüren mit deutlichem Zeitverzug und waren in der Praxis eigentlich nicht mehr einsetzbar.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rentsch.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Eckert, da das ja eine Dauer-Informationenkampagne ist, waren bereits früher Informationsbroschüren zu diesem Thema vorhanden. Wir gehen der Sache aber gerne nach. Wenn Sie mir die Schule und den Schulleiter nennen, will ich dem Sachverhalt gerne auf den Grund gehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Eckert.

**Tobias Eckert (SPD):**

Können Sie die Kosten für die Broschüre und die Informationskampagne beziffern?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rentsch.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Eckert, das kann ich aus dem Stand nicht. Ich bin aber gerne bereit – sollte das eine weitere Frage sein –, auch dies entsprechend zu beantworten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Fragestunde, weil keine Fragen mehr übrig sind.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 3:**

**Wahlen**

**a) Wahl des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs**

**Wahlvorschlag der Landesregierung – Drucks. 18/7128 –**

Meine Damen und Herren! Nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über den Hessischen Rechnungshof vom 18. Juni 1986 wird die Präsidentin oder der Präsident des Hessischen Rechnungshofs vom Landtag auf Vorschlag der Landesregierung mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seine Mitglieder ohne Aussprache gewählt.

Mit der Ihnen vorliegenden Drucks. 18/7128 – Wahlvorschlag der Landesregierung für die Wahl des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs – hat die Landesregierung am 11. März 2013 beschlossen, auf Vorschlag des Ministers der Finanzen für das Amt des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs Herrn Dr. Walter Wallmann vorzuschlagen.

Diese Wahl ist grundsätzlich nicht geheim. Da aber geheime Wahl gewünscht wird – so wurde es mir mitgeteilt –,

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

sind wir zur Durchführung einer geheimen Wahl verpflichtet. Dafür brauchen wir Wahlhelfer.

Ich bitte nun von jeder Fraktion eine Wahlhelferin bzw. einen Wahlhelfer an den Ausgabentisch zu meiner rechten Seite. Die Fraktionen haben folgende Wahlhelfer vorgeschlagen: Frau Abg. Wallmann, Herrn Abg. Eckert, Herrn Abg. Mick, Frau Abg. Hammann und Frau Abg. Schott. – Herr Kollege Bellino.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident! Frau Kollegin Wallmann ist erkrankt. Wir dürfen Ihnen stattdessen Herrn Landau vorschlagen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann wird Herr Landau Wahlhelfer. – Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ist jemand hier, der nicht aufgerufen wurde?

(Günter Rudolph (SPD): Frau Gnagl ist erkrankt!)

– Wir haben nur registriert, dass wir alle aufgerufen haben, die auf unserer Liste stehen. Die Kranken sind aufgerufen worden; sie sind aber nicht anwesend. Okay?

Damit ist der Wahlgang beendet. Ich darf jetzt die Zählkommission bitten, die Stimmen auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 15:20 bis 15:27 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich möchte die Sitzung wieder eröffnen. Ich darf Ihnen allen das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs mitteilen: Zahl der anwesenden und stimmberechtigten Abgeordneten 114, Zahl der ausgegebenen Stimmzettel 114, Zahl der abgegebenen Stimmzettel 114, Zahl der gültigen Stimmzettel 114, Zahl der ungültigen Stimmen 0.

Auf den Vorschlag Dr. Walter Wallmann entfielen 79 Stimmen, Neinstimmen 7, Enthaltungen 28. Damit hat dieser Wahlvorschlag die erforderliche Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags erzielt. Somit ist Herr Dr. Walter Wallmann zum Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs gewählt worden.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Dr. Wallmann, ich darf Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzlich gratulieren und wünsche Ihnen eine gute Amtszeit. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu

**b) Wahl des Vizepräsidenten des Hessischen Rechnungshofs**

**Wahlvorschlag der Landesregierung – Drucks. 18/7129 –**

Gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über den Hessischen Rechnungshof vom 18. Juli 1986 werden der Präsident und sein Stellvertreter auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder ohne Aussprache gewählt – also gleiches Verfahren wie eben. Ihnen liegt der Wahlvorschlag der Landesregierung, Drucks. 18/7129, für die Wahl des Vizepräsidenten vor. Diesbezüglich hat die Landesregierung am 11. März 2013 einen Beschluss gefasst und schlägt auf Vorschlag des Finanzministers für dieses Amt Herrn Dr. Reinhard Cuny vor. Die Wahl ist grundsätzlich nicht geheim. Aber auch hier gibt es den Wunsch auf geheime Abstimmung, sodass wir ebenso verfahren wie eben. Die Erläuterungen entsprechen denen bei der Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs.

Die Urnen sind wieder leer? Alles in Ordnung bei der Wahlkommission? – Ich bedanke mich herzlich. Ich bitte, wieder die Türen zu schließen und auf die geheime Wahl zu achten. Ich bitte nun um den Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, haben alle ihren Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann darf ich bitten, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 15:45 bis 15:50 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis über die Wahl des Vizepräsidenten des Hessischen Rechnungshofs bekannt. Zahl der anwesenden stimmberechtigten Abgeordneten 114, Zahl der ausgegebenen Stimmzettel 114, Zahl der abgegebenen Stimmzettel 114, Zahl der gültigen Stimmzettel 114; keine ungültigen Stimmzettel.

Auf Dr. Reinhard Cuny entfielen 62 Stimmen, mit Nein haben 51 Abgeordnete gestimmt, bei einer Enthaltung. Damit hat dieser Wahlvorschlag die erforderliche Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags erzielt, und somit ist Herr Dr. Reinhard Cuny zum Vizepräsidenten des Hessischen Rechnungshofs gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter Herr Dr. Cuny, ich darf Ihnen ganz herzlich auch im Namen des Hauses gratulieren und wünsche auch Ihnen eine glückliche Hand und alles Gute im neuen Amt. Danke schön für die Kandidatur.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport betreffend „Sportland Hessen – und alle gewinnen“**

Wir haben eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart. Herr Minister, tendenziell gilt das auch für Sie.

Ich erteile das Wort dem Hessischen Minister des Innern und für Sport, Herrn Rhein. Bitte schön.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werte es einmal als gutes Omen, dass wir nach der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Hessischen Rechnungshofs eine solche sportpolitische Debatte führen können. Meine große Bitte an Sie, lieber Herr Dr. Wallmann, wie auch an die Kollegen im Hessischen Rechnungshof ist, dass Sie mit Milde und Großzügigkeit über die Dinge des Sports in Hessen wachen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Allein die Tatsache, dass mit dem heutigen Tage nach der Regierungserklärung des damaligen Sportministers Volker Bouffier am 11. Dezember 2002 in der Geschichte des Hessischen Landtags erst die zweite Regierungserklärung zum Sport in Hessen stattfindet – wie im Übrigen auch der Umstand, dass am gestrigen Tage das erste Mal seit 60 Jahren ein Landeskabinett beim Landessportbund getagt hat –, zeigt, welche Bedeutung diese Landesregierung dem Sport in Hessen beimisst.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dass man gern etwas für den Sport tut, darüber reden viele; das gehört zum guten Ton, insbesondere an Sonntagen. Der Unterschied aber ist: Wir handeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schauen Sie sich die Zahlen an. Allein in den vergangenen 14 Jahren haben wir die Mittel für den Sport in Hessen vervierfacht. Heute stehen dem Sport in Hessen Jahr für Jahr rund 50 Millionen € zur Verfügung – 50 Millionen € pro Jahr, während im Übrigen in fast allen anderen Bundesländern eine Reduktion der Mittel für den Sport stattfindet. Das ist eine vornehme Umschreibung für die massiven Kürzungen, die um uns herum in anderen Bundesländern stattfinden.

Hessen ist in Deutschland das einzige Bundesland, das trotz natürlich auch angespannter und schwieriger Lage der öffentlichen Haushalte die Mittel für den Sport in diesem Umfang ansetzt. Ich war eigentlich auf eine friedliche Regierungserklärung eingerichtet, die die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellt und die nicht das in den Mittelpunkt stellt, was uns trennt. Das haben wir bislang auch immer so gehandhabt beim Sport, bei allem Streit, den wir sonst bei den Themen haben. Wir haben immer Einigkeit erzielt über die Fragen des Sports. Umso verärgert war ich, als ich gestern Günter Rudolph in der „Hessenschau“ sah.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer ist denn das?)

Ich meine, dass Günter Rudolph in der „Hessenschau“ ist, das wollen wir ihm zugestehen. Das ist keine Frage.

(Beifall des Abg. Dieter Franz (SPD))

Aber das, was er gesagt hat, hat mich schon ein bisschen geärgert. Er sagte: Die Rahmenbedingungen für den Sport haben sich in den letzten Jahren in Hessen verschlechtert.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Mein lieber Kollege Günter Rudolph, das Gegenteil ist der Fall. Ich will es noch einmal zum Mitschreiben sagen: Wir haben seit 1999 die Mittel für den Sport in Hessen vervierfacht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Günter Rudolph darüber redet, dass gekürzt worden sei, dass die Rahmenbedingungen sich verschlechtert hätten, dann meint er wahrscheinlich die sozialdemokratisch regierten Bundesländer um uns herum, von denen ich eben gesprochen habe: Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen oder Bremen. Die haben uns exemplarisch vorgemacht,

(Zurufe von der SPD)

was passiert, wenn Sozialdemokraten für die Themen zuständig sind. Ich will Ihnen das beispielsweise an Nordrhein-Westfalen zeigen: „Landessportbund verärgert über Politik – Sport-Pakt in Schieflage ... Die Empörung ist groß beim Landessportbund NRW.“

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist Rot-Grün! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich will bei Nordrhein-Westfalen bleiben: „Sportbund fürchtet Millionen-Kürzungen ... Die Streichung von Millionen-Zuschüssen an den Landessportbund ... sorgt bei den Sportvereinen im Kreis Paderborn für dicke Luft.“ „Unser Vertrauen in die Regierung [SPD] als Förderer der Sportentwicklung ist deutlich gestört.“

(Zurufe von der CDU und der FDP: Hört, hört!)

Ich komme wieder zu unseren Lieblingsnachbarn, den Rheinland-Pfälzern. Da heißt es: „LSB-Präsidium wehrt sich gegen Kürzung der Sportförderung“.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist richtig peinlich! – Zurufe von der SPD)

Gehen wir noch ein bisschen weiter in den hohen Norden, nach Bremen. Dort heißt es: „LSB Bremen lehnt Entwurf für Sporthaushalt ... ab“. Dort sagt der Präsident: „Angesichts dieser Zahlen und der Perspektiven ... könne von einer Sportförderung keine Rede mehr sein.“

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Aha!)

Lieber Günter Rudolph, das ist die Welt um uns herum. So machen das Sozialdemokraten. Wir machen das anders. Deswegen wiederhole ich noch einmal: Wir haben die Mittel für den Sport seit 1999 vervierfacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er meint vermutlich den Automaten-sport!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt können wir wieder friedlich miteinander sein. Wir haben nicht nur einfach mehr Geld gegeben, als das in Hessen jemals der Fall gewesen ist. Nein, wir haben den Sport in allen Facetten gesellschaftlich aufgewertet, wie es ihm zusteht, weil Sport Kultur ist und weil Sport Teil unserer kulturellen Identität ist. Deswegen ist Sport in Hessen Staatsziel. Sport ist Teil unserer Verfassung, er ist Teil unserer Gemeindeordnung, er ist Teil unserer Landkreisordnung, mit all den damit auch finanziell verbundenen Folgen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Rudolph meint den Automaten-sport!)

Wir tun das, weil Sport mehr ist als nur körperliche Betätigung. Sport ist mehr als Laufen, Schwimmen, Ballspielen oder Turnen. Sport ist eine Lebensschule. Sport bietet ein lebensstaugliches Wertegerüst für alle, und Sport gibt insbesondere positive Kraft, die weit über das eigentliche Sport-treiben hinausgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leben in einer Gesellschaft, in der die Wertediskussionen je nach aktuellem Anlass mit ganz großem Eifer geführt werden und immer wieder der Frage gelten: Was sind eigentlich unsere Werte? Was sind die uns tragende Werte? Was sind die Werte, die wir erfolgreich vermitteln wollen?

Ich verfolge die Diskussion von vielen Experten, die sich am liebsten in Talkshows den Menschen mitteilen, immer mit großem Interesse. Die eigentliche und so einfache Antwort ist: Der Sport vermittelt diese Werte, die unsere Gesellschaft braucht: Disziplin, Trainingsfleiß, Durchhaltevermögen, Teamgeist, Fair Play, Toleranz, Rücksichtnehmen auf andere, insbesondere Rücksichtnehmen auf Schwächere. Das sind die Werte, die das Leben einfach machen, und das sind natürlich auch die elementaren Werte des Sports.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wer Sport treibt, der muss nach Regeln kämpfen. Er lernt, dass Leistung und eben nicht Stand oder Herkunft zählt. Er lernt, dass man nach einem Sieg bescheiden ist und dass man bei der Niederlage, weil sie zum Sport und zum Leben dazugehört – wenn immer alle gewinnen würden, wäre es langweilig –, nicht die Flinte ins Korn wirft oder aggressiv um sich schlägt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Übt schon mal!)

Er lernt, dass man ohne den Mannschaftskameraden verloren ist. Vor allem lernt er, dass der Wert eines Menschen nicht nach Einkommen, nicht nach sozialer Herkunft, nicht nach Religion oder Hautfarbe zu bemessen ist, sondern dass es um Können geht und insbesondere darum, wie er sich seinen Mitstreitern und seinen Gegnern gegenüber verhält.

Wir stimmen selten mit Otto Schily überein. Trotzdem ist es richtig, wenn er gesagt hat

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Immer mehr!)

– immer mehr, ja; wir wollen ihn nicht allzu oft zitieren, trotzdem ist es richtig –: Wer den Sport vernachlässigt, der schadet der inneren Sicherheit, weil der Sport – das ist die Feststellung die dahintersteht und bei der er vollkommen recht hat und die wir unterstützen und unterstreichen – das größte dauerhafte Präventionsprogramm ist, das es in Deutschland in der Gesellschaft gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Ich bin erst am Freitag wieder beim Boxcamp der Sportjugend in Frankfurt am Main gewesen. Ich muss sagen: Was dort geleistet wird und was bei den vielen anderen Einrichtungen, die Prävention betreiben, geleistet wird, ist einfach unbezahlbar. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass jeder einzelne Euro, den wir in diese Projekte beim Sport investieren, mehrfach zurückkommt. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Fanprojekte im Fußball. Deswegen unterstützt diese Landesregierung Fanprojekte in einem Umfang, wie das in Hessen bislang noch nicht da gewesen ist.

Ich will mir das Thema Fußball für den morgigen Tag aufsparen. Herr Mack, wir können morgen über das Thema

Fußball diskutieren. Wir haben morgen noch ein bisschen Zeit für den Sport, was mich sehr freut.

Deswegen will ich zu einem anderen Thema übergehen, was auch mit dem Thema Prävention, Boxcamp und Sport zu tun hat. Das ist das Thema Integration.

Meine Damen und Herren, viele reden einfach nur über das Thema Integration. Viele fabulieren darüber, was man einmal machen müsste, was man machen könnte, was man machen sollte. Aber dort, wo die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammen Sport treiben, ist Integration einfach kein Thema, weil sie es stattfinden lassen, weil sie es praktizieren, und zwar tagtäglich. Integration gelingt im Sport am besten. Wer gemeinsam für den Sieg trainiert und gemeinsam für den Sieg kämpft, der überwindet genauso schnell kulturelle Hürden und ethnische Barrieren. Genau deswegen sind Sportvereine die Organisationen und Institutionen, die Integration, und zwar ohne erhobene Zeigefinger, tagtäglich und ganz praktisch betreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin deswegen der festen Überzeugung, dass es richtig und wichtig ist, wenn das Land Hessen eine Fülle von entsprechenden Programmen fördert und investiert, um das Sporttreiben auch von Migranten zu erleichtern. Nehmen Sie Projekte wie beispielsweise „Start“, mit dem die Ausbildung von Übungsleitern unterstützt wird. Oder nehmen Sie das Projekt „Bunter Mädchenfußball“. Sie sind aus meiner Sicht der Dinge beispielhaft. Sie sind vorbildhaft. Und sie sind weiter zu fördern. Ich unterstütze nachdrücklich diese Projekte, weil sie die richtigen Projekte sind.

Das Grundwesen dieses freiheitlich-demokratischen Staates, in dem wir leben, lebt vor allem davon, dass Bürgerinnen und Bürger an seiner Gestaltung mitwirken und sich für die gemeinschaftlichen Ziele einsetzen. Wenn wir über Hessen und den Sport reden, reden wir zunächst einmal über 2 Millionen Menschen, die Sport im Verein treiben. Wir reden über weitere 2 Millionen Menschen, die im nicht organisierten Bereich Sport treiben.

Aber wir reden insbesondere – und das finde ich die herausragende Zahl – über mehr als 200.000 Bürgerinnen und Bürger, die im Sport ehrenamtlich tätig sind, sei es als Jugendleiterinnen und Jugendleiter in irgendeinem Verein oder auch in einem Sportfachverband. Das sind diejenigen, die den Sport tragen. Das sind diejenigen, die den Sport möglich machen. Denjenigen haben wir jeden Tag dafür zu danken, dass sie das machen. Sie machen es ehrenamtlich. Sie machen das neben all dem, was sie leisten. Ich sage von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön an die 200.000, die das möglich machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Zahl macht auch eines deutlich. Sie ist nämlich ein ganz hervorragendes Beispiel, wie gesellschaftliche Herausforderungen in eigener Verantwortung gemeistert werden können, ohne dass immer sofort nach dem Staat gerufen wird. Insoweit ist die Förderung des ehrenamtlichen Engagements auch ein ganz deutliches Bekenntnis zur Subsidiarität, weil der Staat längst nicht mehr alle Aufgaben übernehmen kann. Er sollte insbesondere auch davor zurückschrecken, die Aufgaben zu seinen eigenen zu machen. Der ehrenamtliche Bereich und die Zahl 200.000 zeigen, was und wie es möglich ist.

So verstanden ist der Sport eine wesentliche Grundlage für die gedeihliche Entwicklung einer Gesellschaft. Weil das

so ist und weil es auch richtig ist, dass es so ist, ist es auch richtig, dass wir das Ehrenamt und den Sport breit fördern, aber insbesondere, dass wir Rahmenbedingungen setzen.

Wir können das Ehrenamt nicht verordnen. Wir wollen das Ehrenamt nicht verordnen. Aber wir haben Rahmenbedingungen zu setzen. Das ist unsere Aufgabe. Daher kommt das neue Gesetz der Bundesregierung zur Stärkung des Ehrenamtes gerade richtig.

Mit Wirkung zum 01.01.2013 hat der Bundestag einige Gesetzesänderungen beschlossen, die die Arbeit von Vereinen erleichtern und unterstützen sollen. Ich nenne insbesondere die Anhebung der Übungsleiterpauschale von 2.100 € auf 2.400 € jährlich. Ich nenne die Anhebung der sogenannten Ehrenamtspauschale von 500 € auf 720 € jährlich. Und ich nenne auch einen Bereich, der den Vereinen und den Ehrenamtlichen natürlich Kopfzerbrechen bereitet hat, nämlich die Erleichterung bei Haftungsbeschränkungen für Vorstandsmitglieder.

Hessen braucht diese starke Unterstützung des Ehrenamtes in den Vereinen, weil sie das Fundament des Sports sind. Das ist deswegen eine richtig gute Tat gewesen, die aus Berlin gekommen ist. Wir begrüßen sie hier in Hessen ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gute Turnhallen, intakte Sportplätze und moderne Schwimmbäder sind unabdingbar für den Sport. Der Tod des Ehrenamtes und das Ende aller Bemühungen sind marode Infrastrukturen, weil sie eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Erst gehen die Anlagen kaputt. Dann bleiben die Sportler aus. Und schließlich ist es so, dass die Vereine sterben.

Deswegen haben wir hier in Hessen von Anfang an, seit 1999, die Sportstätten in den Mittelpunkt unserer Sportförderungs politik gestellt. Es gibt unterschiedlichste Programme, mit denen wir in den letzten zehn Jahren enormste Anstrengungen unternommen haben, die Sportlandschaft nachhaltig zu entwickeln und den Sport insbesondere in den Vereinen zu sichern und in seinem Stellenwert noch höher zu gewichten. Im Zeitraum von 2002 bis 2012 haben wir in die hessischen Sportanlagen allein 133 Millionen € investiert.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Hervorragend!)

Ich würde die halbe Stunde vollkommen ausschöpfen, wenn ich alle die einzelnen Maßnahmen, die wir hier gemacht haben, aufzählen würde.

(Günter Rudolph (SPD): Nur zu, machen Sie das ruhig, ich habe Zeit! – Gegenruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir auch!)

Ich will zwei Bereiche ganz besonders herausgreifen. Einen ganz besonderen Stellenwert hat das Hallenbadinvestitionsprogramm in den letzten fünf Jahren eingenommen. 50 Millionen € haben wir in Hessen investiert. 105 Maßnahmen haben wir gefördert. Das bedeutet, dass die Hälfte aller Hallenbäder in Hessen mit diesem Programm saniert, modernisiert oder sogar erweitert worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben damit Voraussetzungen für den Schwimmsport in Hessen geschaffen. Wir haben damit so manche Schließung von Hallenbädern abgewendet und verhindert. Wir haben für die Grundsportart Schwimmen eine Basis ge-

schaffen, wie es sie in keinem anderen Bundesland in Deutschland gibt.

Unsere 50 Millionen € haben natürlich weitere Förderungen insbesondere von der kommunalen Ebene ausgelöst, der ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön dafür sage, dass sie mit uns an diesem Strang zieht und die Förderung möglich macht. Sie kommt am Ende vornehmlich dem heimischen Handwerk zugute. Insgesamt sind das 250 Millionen €, die inzwischen vom Land und den Kommunen in diesem Bereich investiert worden sind. Das kann sich sehen lassen. Darauf können wir als Hessen stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein absoluter Renner ist das Sonderprogramm „Sportland Hessen“. Jeder Vereinsvorsitzende in diesem Raum – sei es Hans-Jürgen Irmer oder Horst Klee – weiß, dass das der absolute Renner ist, weil mit ihm mittlerweile mehr als 1.100 Vereine finanziell bedacht worden sind. In ganz unterschiedlicher Weise haben wir Anlagen saniert, modernisiert, erweitert. Und wir haben in einem Ausmaß in ehrenamtliches Engagement investiert, wie das vor Jahren noch nicht für möglich gehalten worden ist.

Mit der Mittelbereitstellung in den Vereinen ist das Engagement deutlich gewachsen, Sportanlagen zu sanieren, Sportanlagen zu verschönern und die Attraktivität generell zu steigern. Deswegen gibt es die klare Ansage, die der Haushaltsgesetzgeber hier gemacht hat: Das Programm wird fortgeführt, weil es ein erfolgreiches Programm ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe erwähnt, dass das Hallenbadinvestitionsprogramm Ende 2012 ausgelaufen ist. Wir haben weiterhin Finanzierungsbedarf. Wir haben weiterhin Finanzierungsbedarf für herausragende Investitionsmaßnahmen in Sportanlagen. 2013, mit Beginn dieses Jahres, bis 2015 sollen mit dem neuen Sonderprogramm, das wir aufgelegt haben, für den Sport hessenweit herausragende Anlagen mit 30 Millionen € gefördert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Programm haben wir mit dem Haushaltsgesetz bereits 2012 beschlossen. Ich möchte mich bei dem Hessischen Landtag dafür bedanken, dass Sie diese 30 Millionen € obendrauf – on top auf den Sporthaushalt des Einzelplans 03 – beschlossen haben. Das ist eine wirkliche Maßnahme, die segensreich wirkt und jetzt schon erste Erfolge zeigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nehmen Sie einmal die 1,4 Millionen €, mit denen das Land die Modernisierung und den Ausbau der Skischanze in Willingen unterstützt. 1,4 Millionen € tragen dazu bei, dass dort weiterhin hochklassiges, erstklassiges Skispringen stattfinden kann. Wenn die Maßnahme nicht gefördert worden wäre, wenn das Geld ausgeblieben wäre, wäre das das Aus für das Skispringen in Willingen in Hessen gewesen – mit Auswirkungen für die Wirtschaft, mit Auswirkungen für die Arbeitsplätze.

Ich will gar nicht über die Auswirkungen reden, die für die nordhessische Region entstanden wären. Insbesondere will ich nicht über den Kollateralschaden sprechen, der in sportlicher Hinsicht für den Skisport in Hessen entstanden wäre, wenn diese 1,4 Millionen € nicht zur Verfügung gestellt worden wären.

Der SV Wehen Wiesbaden hat 700.000 € aus diesem Programm für den Bau des Nachwuchsleistungszentrums erhalten.

(Peter Beuth (CDU): Das ist sehr gut!)

Das ist in Taunusstein-Wehen. Herr Abg. Beuth hat sehr dafür gestritten, dass wir die 700.000 € aus diesem Programm zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Lieber Günter Rudolph, es ist natürlich eine der Aufgaben der Abgeordneten, dafür zu streiten, dass Investitionen in den Sport stattfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin den Abgeordneten dankbar, dass sie dafür streiten, dass solche Investitionen stattfinden. Dort wird eine außerordentliche Nachwuchsarbeit geleistet. Sie muss gefördert werden. Das soll auch mit unserem Geld geschehen. Wir sind darauf stolz, es gemacht zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Gleiche gilt natürlich auch für die 2 Millionen €, die das Land in die Sanierung des Stadions am Brentanobad investiert. Es ist Trainings- und Wettkampfstätte nicht nur für den 1. FFC Frankfurt. Das „nur“ sage ich in Anführungsstrichen. Sie spielen wirklich den beeindruckendsten Frauenfußball in Deutschland. Ich glaube, das können wir als Hessen sehr deutlich sagen.

Das Stadion ist auch für den Breitensport eine Wettkampf- und Trainingsstätte. Die SG Rot-Weiss Frankfurt trainiert dort. Auch beim Schulsport wird im Stadion am Brentanobad trainiert.

Dieser große Brocken mit 2 Millionen € macht wieder deutlich, wie wichtig es ist, Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen. Denn das hilft beidem. Das kommt beidem gleichermaßen zugute, nämlich dem Breitensport und dem Spitzensport. Das haben wir gemacht. Darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Sport bedeutet natürlich auch Vorsorge hinsichtlich der Gesundheit. Das ist eine Binsenweisheit. Wir wissen das mittlerweile. Die Untersuchungen zeigen es. Wir haben beispielsweise erschreckende Zahlen aus den Grundschulen.

Große Teile der Bevölkerung bewegen sich zu wenig. Große Teile der Bevölkerung ernähren sich falsch. Bewegungsmangel und Übergewicht verursachen Folgekosten, die einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden darstellen. Das könnte verhindert werden, wenn Sport getrieben würde.

Ich habe eben die Schulen angesprochen. Das beginnt aber schon im Kindergarten. Schon dort gibt es Bewegungsmangel. Knapp die Hälfte unserer Kinder hat schon einen Haltungsschaden, bevor sie in die Schule kommen.

Umso dankbarer bin ich, dass wir mit der Sportjugend Hessen, deren erfolgreiche und vielfältige Arbeit wir auch weiterhin mit 300.000 € pro Jahr fördern werden, einen Partner gefunden haben, um mehr Bewegung in die Kindergärten zu bringen. Mit Stand von heute haben wir mittlerweile 530 Kooperationen zwischen den Kindergärten und den Vereinen durch dieses Programm initiiert. Ich glaube, das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Paralympics in London haben dem Behindertensport den Schub verliehen, den er verdient hat. Jeder, der einmal die Faszination erlebt hat, die von einem Rollstuhlbasketballspiel ausgeht – dabei geht es um die Geschwindigkeit, aber auch um die Kraft –, weiß, dass die Förderung des Behindertensports auch in Zukunft einen hohen Stellenwert haben muss. Sie hat bei dieser Landesregierung einen hohen Stellenwert.

Dazu gehört beispielsweise die Förderung des Hessischen Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbandes mit 350.000 €, die wir Jahr für Jahr vornehmen. Das schafft den Rahmen für einen ganz großartigen Verband.

Dazu gehören drei paralympische Trainingsstützpunkte und eine Landestrainerin, die dauerhaft finanziert wird und werden wird. Dazu gehört aber auch etwas, was es bislang nirgendwo in Deutschland gibt. Wenn am 7. Juli 2013 die Europameisterschaft im Rollstuhlbasketball in der Eis-sporthalle in Frankfurt am Main stattfinden wird, dann wird Hessen als erstes deutsches Bundesland analog zur Sportfördergruppe der Polizei für Spitzensportlerinnen und -sportler eine Sportfördergruppe für behinderte Spitzensportlerinnen und -sportler auf den Weg gebracht haben. Bisher gibt es in keinem anderen Bundesland eine solch spezifische Ausbildung paralympischer Sportler. Deswegen können wir auch da sagen: Da ist Hessen ganz vorne dabei.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin damit beim Thema Spitzensport. Die Diskussion, ob man Spitze oder Breite, oder Breite oder Spitze machen soll, ist leidig. Das ist eine Diskussion, die wir in Hessen längst nicht mehr führen. Denn unser Credo lautet: ohne Breite keine Spitze, und ohne Spitze keine Breite.

Das ist doch ganz einfach: Natürlich ist es nach wie vor so, dass von den Vorbildern aus dem Spitzensport eine hohe Motivation für die Kinder ausgeht, Sport zu treiben. Das gibt Motivation, um in die Sportvereine einzutreten.

Umgekehrt sind es natürlich die Vereine, die die Grundlage für die Spitzenleistungen bieten, die die Talente fördern und sie erst hervorbringen. Deswegen ist die Förderung des Leistungssports ein integraler Bestandteil unserer Sportförderung in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das gilt für die Internate und Eliteschulen des Sports. Die fördern wir. Das gilt für die sportmedizinische Versorgung. Diese Landesregierung hat von Anfang an das Sportmedizinische Institut für seine wichtigen Aufgaben beim Spitzen-, aber auch beim Breitensport mit jährlich 650.000 € unterstützt.

Das gilt auch und vor allem für die Sportfördergruppe der Polizei. Die Hessen waren die Ersten. Volker Bouffier, der damals Innen- und Sportminister war, war der Erste, der diesen Gedanken umgesetzt hat. Er hat das realisiert. Wir waren Vorreiter und beispielgebend für andere Bundesländer. Andere Bundesländer machen uns heute diesen Weg der dualen Ausbildung für die Sportlerinnen und Sportler im Spitzensport nach.

Die Studie der Deutschen Sporthilfe zeigt, dass viele Spitzensportlerinnen und -sportler Sorgen hinsichtlich der Zeit plagen, nachdem der Spitzensport vorbei ist. Wer Spitzen-

athlet ist und wer Spitzenathletik betreibt, investiert viel und verzichtet auf verdammt viel in seinem Leben. Deswegen ist das Konzept der dualen Karriere exakt der richtige Weg. Ich habe es eben gesagt: Wir werden das auf den Behindertenleistungssport übertragen.

Ganz wichtig ist auch die Stiftung Sporthilfe Hessen. Wir müssen sie erwähnen, weil sie in ganz großem Umfang, nämlich 600.000 €, Fördergelder an Sportlerinnen und Sportler ausschüttet. Das Land Hessen und der Landessportbund Hessen sind der gemeinsame Träger der Stiftung Sporthilfe Hessen. Sie stellt einen wichtigen Teil der hessischen Förderung des Leistungssports dar.

Wie gesagt: Allein im Jahr 2012 hat die Stiftung Sporthilfe Hessen rund 600.000 € an Fördergeldern ausgeschüttet. Das ist eine große Leistung. Ich dank all denjenigen, die sich da engagieren. Wir sind dankbar, dass wir diesen Bereich so aufgestellt haben, wie wir ihn aufgestellt haben. Die Stiftung Sporthilfe Hessen läuft richtig gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich will nicht verschweigen, dass natürlich auch Hausaufgaben gemacht werden müssen.

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

– Lieber Günter Rudolph, natürlich müssen auch Hausaufgaben gemacht werden.

(Günter Rudolph (SPD): Sie machen doch alles richtig!)

– Ja, natürlich, aber wir haben noch fünfeinhalb Jahre vor uns. Lieber Günter Rudolph, deswegen haben wir noch ein paar Pläne, die wir umsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer fünfeinhalb Jahre noch vor sich hat, der hat natürlich auch Ziele.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Lieber Jürgen Frömmrich, ich will natürlich auch über ein paar der Ziele reden. – Über die Seiten des Sports, die uns keine Freude machen, werden wir vielleicht morgen in einer verbundenen Debatte auch zum Thema Fußball ein bisschen reden können.

Ich will etwas zu den Zielen sagen. Natürlich bleiben Hausaufgaben, die zu erledigen sind. Weil das der Dreh- und Angelpunkt für die Sportlerinnen und Sportler ist, die eine Spitzenleistung erbringen, nenne ich ausdrücklich die Ausweitung des Landestrainerprogramms und die Aufgabe, den Verbänden zumindest eine mittelfristige Sicherheit bei der Beschäftigung der Landestrainer zu geben.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

– Ich bedanke mich bei dem Präsidenten des Hessischen Landessportbundes sehr, der wohl weiß, wovon ich rede. Wenn wir über die Sportlerinnen und Sportler und deren Trainerinnen und Trainer reden, dann reden wir darüber, dass wir die Besten der Besten in unserem Bundesland haben wollen. Da müssen wir eine Perspektive geben. Sie sollen nicht von Jahr zu Jahr hoffen und bangen müssen, dass sie einen neuen Vertrag bekommen, sondern sie müssen, wie ich es eben gesagt habe, eine mittelfristige Sicherheit hinsichtlich der Beschäftigung der Landestrainer haben.

Ich habe heute eine Fülle an Maßnahmen angesprochen. Eine solche Fülle an Maßnahmen können Sie nur mit Partnern umsetzen. Das gilt in ganz besonderem Maße für den Landessportbund Hessen. Ich habe dessen Präsidenten eben angesprochen. Er hat Sportfachverbände, Sportkreise und Sportvereine, die nach wie vor die wertvolle Basis darstellen.

Das gilt aber auch für den Olympiastützpunkt Hessen im Landessportbund Hessen, den wir unter anderem gestern besucht haben. Dort wurde uns gezeigt, welche außergewöhnliche Arbeit unter Werner Schaefer geleistet wird.

Das gilt aber auch für die Kommunen. Ich will hier die Kommunen überhaupt nicht außer Acht lassen, weil sie einen erheblichen Teil zur Sportförderung in unserem Land beitragen.

Auch wenn wir oft miteinander diskutieren und manchmal auch miteinander streiten, wie es hinsichtlich des Geldes weitergeht und wie mit dem Geld umgegangen werden muss, ziehen wir da immer gemeinsam an einem Strang. Deswegen gilt mein deutliches Dankeschön den Kommunen, die in Fragen des Sports eine großartige Arbeit auch für unser Land Hessen leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das gilt aber natürlich auch für diesen Hessischen Landtag. Das will ich sehr deutlich sagen: Ich empfinde es als wohltuend, wenn wir den Sport aus parteipolitischen Grabenkämpfen ausklammern und ihn immer als einen wertvollen Bereich behandeln. Deswegen gilt ein deutliches Dankeschön auch dem Kreis der Freunde des Sports hier im Hessischen Landtag, der eine großartige Arbeit leistet und dafür sorgt, dass dieser Hessische Landtag mit dem Sport, dem Wertvollsten, was Menschen tun können, so umgeht, wie er das macht. Ein herzliches Dankeschön an die Freunde des Sports hier im Hessischen Landtag.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

In den vergangenen zehn Jahren haben wir das Sportland Hessen in gemeinsamer Anstrengung weit nach vorne gebracht. Im Ländervergleich hat Hessen eine anerkannte Spitzenposition. Die Rahmenbedingungen für den Sport in Hessen haben wir deutlich verbessert. Meine Damen und Herren, das Netzwerk Sport haben wir noch enger geknüpft.

Als sie angetreten ist, hat sich diese Landesregierung vorgenommen, dem Sport eine neue, herausragende Stellung beizumessen. Meine Damen und Herren, ich bin stolz, dass ich heute, im Jahr 2013, sagen kann, dass uns das gelungen ist.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Ringelnatz schließen. Er hat zum Thema Sport das gesagt, was ich in 30 Minuten versucht habe herüberzubringen. Sie können das auch in wenigen Versen. Deswegen will ich sehr gerne zum Abschluss Ringelnatz zitieren. Er sagt:

Sport macht Schwache selbstbewusster,  
Dicke dünn, und macht  
Dünne hinterher robuster,  
gleichsam über Nacht.

Sport stärkt Arme, Rumpf und Beine,  
kürzt die öde Zeit,

und er schützt uns durch Vereine vor der Einsamkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so ist es.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Herr Minister, es geht aber noch weiter! Er hat noch zwei Verse!)

In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank. Fast hätte ich gesagt: Frohe Ostern. Ich bedanke mich für das gemeinsame Engagement für den hessischen Sport. Wenn das so weitergeht, dann sind wir da außergewöhnlich gut aufgestellt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Rhein. Das war von der Redezeit her eine Punktlandung, vielen Dank dafür.

Wir eröffnen die Aussprache. Das Wort hat der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Herr Günter Rudolph. Für die Zuschauer: Es sind 30 Minuten Redezeit vereinbart.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

### Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, mit diesem bekannten Zitat von Ringelnatz haben Sie eigentlich den Beginn Ihrer Regierungserklärung geschmückt. Es wäre schön gewesen, wenn Sie das zu Beginn gebracht hätten. Das wäre ein guter Einstieg in diese Debatte gewesen. Stattdessen kam sie mir am Anfang ein bisschen krawallig vor.

(Zuruf des Minister Boris Rhein)

Zunächst einmal haben Sie andere Bundesländer beschimpft. – Wir reden über die Sportpolitik in Hessen. Föderalismus heißt: Jedes Bundesland entscheidet über seine Politik. Hören Sie also auf, andere Bundesländer zu beschimpfen.

(Beifall bei der SPD)

In der Tat ist Sport die größte Bürgerbewegung in Deutschland. In über 90.000 Vereinen sind rund 28 Millionen Menschen engagiert. In der Tat hat der Sport eine große gesellschaftspolitische Bedeutung. Im Sport werden Werte wie Toleranz und Fairness vermittelt. Er führt Menschen unterschiedlicher Kulturen und sozialer Hintergründe zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung.

Meine Damen und Herren, das kann jeder hier im Haus unterstreichen. Das ist gut so, denn das ist nicht falsch, sondern richtig. Das sollte unsere gemeinsame Leitlinie sein.

Zu Beginn will ich an die Tradition der Sportpolitik anknüpfen. Sie haben das am Schluss wenigstens noch partiell geschafft: Es gibt eine Tradition der Sportminister in Hessen: Herbert Günther, Gerhard Bökel, Volker Bouffier, Boris Rhein, mit unterschiedlichen Ausprägungen und Schwerpunkten. Der eine war ein starker Hammerwerfer, der andere wohl ein ordentlicher Basketballspieler. Die Parteizugehörigkeit spielt da keine Rolle. Das ist auch gut so. Deswegen, Herr Innenminister, bin ich froh, dass es einen breiten Konsens in weiten Teilen des Sports gibt.

Den muss und kann man bei tagespolitischen Auseinandersetzungen außen vor lassen, ohne deswegen nicht auf Problemlagen und unterschiedliche Lösungsansätze hinzuweisen. Denn alles zuzuschütten – das brauchen wir an dieser Stelle auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, zu Beginn haben Sie den Rechnungshof erwähnt: Wir sind schon mit Ihnen der Meinung, dass der Rechnungshof seine Prüfarbeit unabhängig erledigt. Sie habe das in Ihrem Ressort auch schon erlebt: Das Präsidium für Logistik beispielsweise wurde vom Rechnungshof ordentlich geprüft. Das war für Sie nicht ganz erfreulich. Der Rechnungshof arbeitet in Unabhängigkeit, und das ist auch so in Ordnung.

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

Meine Damen und Herren, Aufgabe der Landespolitik ist es in der Tat, Rahmenbedingungen für die Sportpolitik eines Bundeslandes festzulegen. Zu Recht haben Sie darauf hingewiesen, dass der überwiegende Teil der sportlichen Aktivitäten in unseren Städten und Gemeinden stattfindet. Bund, Länder und Kommunen geben im Jahr fast 4 Milliarden € für den Sport aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Davon entfallen fast 80 % auf den Kommunalbereich.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben dabei Dinge angeschnitten, die unstrittig sind. Natürlich brauchen wir Rahmenbedingungen. Dazu gehören Sportstätten, dazu gehört die Möglichkeit, Übungsleiter zu beschäftigen. Sie haben dazu Programme aufgeführt, die in Ordnung sind und die auch unsere Zustimmung finden. Das ist überhaupt kein Problem – etwa, wenn wir in dem überparteilichen Gremium „Freunde des Sports“ Dinge besprechen. Das haben wir nicht zu kritisieren, und das haben wir übrigens auch nie kritisiert, und ich glaube, auch zu Zeiten unserer Regierung haben Sie das nicht kritisiert. Diese Traditionen sollten wir fortsetzen.

(Peter Beuth (CDU): Wann war das?)

– Herr Kollege Beuth, da waren Sie noch nicht im Landtag, und das war auch kein Nachteil.

(Beifall bei der SPD)

Es gab auch schon vor 1999 Politik, denn man wurde gewählt – auch, wenn Sie das nie glauben.

Herr Innenminister, an einer Stelle bin ich entspannter als Sie heute. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten: Sie an Ihrem Wahlerfolg, wir an unserem. Es entscheiden schlicht und ergreifend die Wählerinnen und Wähler am 22. September in demokratischer Wahl.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): So ist das!)

Wer dann regiert, werden wir danach sehen. Wenn wir es sind, dann freue ich mich, denn so wird es kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch dran.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das ist aber nicht sportlich! – Peter Beuth (CDU): Das ist jetzt eine neue Variante! – Weitere Zurufe)

– Ja, aber ich finde sie ganz gut.

Dann reden wir einmal über Geld. Herr Rhein, nach meinem Eindruck bemessen Sie in Ihrer Regierungserklärung die sportlichen Aktivitäten der Landesregierung ausschließlich in Geld. Reden wir also einmal über Rahmenbedingungen.

Sie haben sich für die vielen Programme gelobt. Den Ausdruck „Leuchtturm“ haben Sie dabei nicht gebraucht. Das ist auch vernünftig, denn alle „Leuchttürme“ der Regierung Koch sind mittlerweile relativ abgebrannt und haben sich in Luft aufgelöst. Deswegen reden Sie nicht mehr von „Leuchttürmen“.

(Widerspruch bei der CDU)

Es gibt Programme wie den Sportstättenbau und das Hallenbadinvestitionsprogramm. Machen wir es doch jetzt ein bisschen konkreter: Wie sieht eigentlich die Realität in Hessen aus – Sein und Schein?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich eben sagte, 80 % der Investitionen in den Sport finden in den Städten und Gemeinden statt, dann frage ich jetzt: Wie sieht es denn in Hessen aus? Wir haben über 100 Kommunen, die dem Rettungsschirm unterworfen sind. Wenn sie das Geld des Landes bekommen wollen, müssen sie harte Sanierungseinschnitte hinnehmen.

Ich nehme das Beispiel Hallenbäder. Sie haben sich für das 50-Millionen-€-Programm gelobt. Nun gibt es die Gemeinde Wildeck im schönen Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Die wollte ein kleines Hallenbad sanieren und hat dafür einen Zuschuss des Landes, aus dem Innenministerium, bekommen. Der oberste Dienstherr sitzt hier am Ministerisch. Aber die Kommunalaufsicht in Hersfeld-Rotenburg lehnt das ab, weil die Kommune nicht die finanziellen Möglichkeiten hat. Was also soll das? In der Hessischen Verfassung steht: Sport ist eine Pflichtaufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir die Stadt Darmstadt, eine Rettungsschirmkommune. Sie erhöht die Hallenbenutzungsgebühren.

Nehmen wir die Stadt Spangenberg im wunderschönen Schwalm-Eder-Kreis, eine der höchstverschuldeten Gemeinden – Herr Staatssekretär Weinmeister –, mit über 50 Millionen € Schulden. Die Gemeinde geht unter den Rettungsschirm. Jetzt werden Sie feststellen – der Bürgermeister hat es angekündigt –: Da stehen Hallenbänder, da steht das Freibad zur Disposition; die Vereinsförderung wird eingeschränkt oder abgeschafft.

Gehen Sie in die Gemeinde Nidderau im Main-Kinzig-Kreis. – Ich könnte die Palette dieser Beispiele fortsetzen. Die Vereinsförderung wird reduziert oder auf null gesetzt. Es werden Hallenbenutzungsgebühren eingeführt. Die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige, und damit für Vereine und Mitglieder, werden sich drastisch verschlechtern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, was heißt denn das? Können sich zukünftig nur noch die wenigen reichen Gemeinden eine adäquate Sportförderung leisten? Oder wie machen sie es?

(Beifall bei der SPD)

Diesen Widerspruch müssen Sie an dieser Stelle schon einmal auflösen.

In Frankfurt gibt es eine drastische Erhöhung der Eintrittsgebühren für den Besuch von Hallenbädern.

Das Erlernen des Schwimmens ist gerade für junge Menschen wichtig. Sie haben zu Recht auf die gesundheitliche Problematik hingewiesen, dass viele Kinder mittlerweile übergewichtig sind. Deshalb müssen wir ein Interesse daran haben, dass sie sich sportlich betätigen können. Dann ist aber auch die Frage, ob sich die Eltern den Besuch solcher Einrichtungen leisten können.

Ich will damit darauf hinweisen, dass die Welt eben nicht ganz so rosarot ist. Es gibt in der Praxis vor Ort das Problem, dass die Städte und Gemeinden eine so wichtige Aufgabe nicht mehr wahrnehmen können. Wenn der Satz gilt, dass Prävention wichtig ist und dass der Sport hierzu einen wichtigen Beitrag leistet, müssen Sie die Vereine und die Kommunen allerdings auch in die Lage versetzen, solche gesellschaftspolitischen Aufgaben in Angriff zu nehmen und umzusetzen. Herr Innenminister, dazu kein Wort von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auf einen zweiten Punkt hinweisen, der sicherlich auch etwas mit Geld zu tun hat. Sie haben zu Recht den Landessportbund angesprochen. Der Landessportbund ist die Dachorganisation des organisierten Sports in Hessen mit rund 2 Millionen Mitgliedern. Sie waren ja gestern beim Landesportbund zu Gast. Ob es dem Sport in Hessen tatsächlich hilft, wenn das Kabinett beim Landessportbund tagt und Herr Bouffier mit Erfolg Tischtennis spielt, darüber können wir streiten.

(Zurufe von der CDU)

Das habe ich zur Kenntnis genommen. Ich werde mir den Bericht in der „Hessenschau“ noch einmal anschauen. Wenn Sie mich vorhin dafür beschimpft haben, habe ich es richtig gemacht. Auch das habe ich verstanden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der Landessportbund hat am Wochenende die sogenannte Gründauer Erklärung abgegeben. Herr Innenminister, ich nehme an, Sie kennen die Gründauer Erklärung. Sie haben sie gestern wahrscheinlich erörtert. Wenn Sie sagen, der Sport brauche Unterstützung, dann ist insbesondere für den organisierten Sport wichtig, dass er planen kann. Wir haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages eingebracht, mit dem wir dem Sport, aber auch den Destinatären, die in anderen gesellschaftspolitischen Bereichen in genauso wichtiger Funktion tätig sind – das haben Sie völlig ignoriert –, Planungssicherheit geben wollen, indem wir ihnen eine Mindestsumme an Zuwendungen gewährleisten.

(Minister Boris Rhein: Wer zahlt das?)

– Wer das zahlt? Herr Innenminister, Sie führen in der gedruckten Version Ihrer Regierungserklärung aus, dass Sie darüber nachdenken, das Darlehen in Höhe von 800.000 €, das der Landessportbund bekommt, in einen verlorenen Zuschuss umzuwandeln, wenn die Mittel in den nächsten Jahren nicht ausreichen sollten. Wer zahlt denn diesen verlorenen Zuschuss in Höhe von 800.000 €, Herr Innenminister? Darauf erwarten wir hier im Hessischen Landtag von Ihnen eine Antwort. Was machen Sie mit den anderen Destinatären, die ebenfalls finanzielle Probleme haben?

Bekommen auch die einen verlorenen Zuschuss? Wird auch bei denen das Darlehen umgewandelt? Was ist das für eine merkwürdige Argumentation?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es bisher abgelehnt, unserem Änderungsantrag zum Glücksspielstaatsvertrag zuzustimmen. Der Landessportbund schreibt in seiner Gründauer Erklärung, man gehe davon aus, der organisierte Sport sei nur zu finanzieren, wenn es in Zukunft Zuwendungen in Höhe von 21,1 Millionen € gibt. Nach unserem Vorschlag wären wir bei 18,6 Millionen €. Wir wissen, dass die Geldmenge endlich ist – jedenfalls die meisten in diesem Hause wissen es –, aber Planungssicherheit ist für den Landessportbund ganz wichtig.

Eine weitere Forderung des Landessportbundes: Die Landesregierung sowie die Genehmigungsbehörden und die Mitglieder des Landtags – die für die kommunalen Haushalte nicht zuständig sind – sollen bei ihren Entscheidungen zur Schuldenbremse und zum kommunalen Rettungsschirm negative Folgen für die kommunale Sportförderung und die Sportvereine ausschließen. – Herr Minister, wir warten darauf, dass Sie das in der Praxis machen und nicht nur in Sonntagsreden versprechen. Das ist durchaus ein Problem, das bisher noch nicht angeschnitten worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es darum geht, über die Rahmenbedingungen und nicht nur über das Geld zu reden – obwohl das Geld sicherlich eine Voraussetzung ist –, will ich einen weiteren Punkt ansprechen, der sehr problematisch ist und den wir, Herr Kollege Klee, in Landessportkonferenzen und bei den Freunden des Sports wiederholt angesprochen haben. Welche Auswirkungen haben G 9 und G 8 – Abitur nach acht Jahren – auf die Vereine? Die damalige Kultusministerin, Frau Henzler, wurde sogar einmal gebeten, in einer Landessportkonferenz anwesend zu sein, weil die Vereine massiv Beschwerde über die Verdichtung des Unterrichts führen – teilweise an vier oder fünf Tage in der Woche Unterricht bis 17 Uhr –, was dazu führt, dass die Eltern ihre zehn-, elf-, zwölfjährigen Kinder reihenweise aus den Sportvereinen und den Jugendfeuerwehren abmelden, weil der Leistungsdruck so hoch ist, dass es nicht anders geht. Meine Damen und Herren, das ist fatal. Wir versündigen uns an der jungen Generation, wenn wir einen so hohen Leistungsdruck aufbauen und kaum noch Zeit für körperliche Bewegung ist, weil die Kinder irgendwann platt sind.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, was der Sport alles leisten kann: Integration, körperliche Bewegung, soziales Lernen. Deshalb ist die Teilhabe in Sportvereinen so wichtig – manchmal vielleicht sogar wichtiger als die Vermittlung reinen Wissens. Das ist aber durch Ihre verfehlte Bildungspolitik nicht möglich, die Sie als Mitglied der Landesregierung zu vertreten haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt können Sie sagen: Es ist ja klar, der ist von der Opposition. – Einverstanden.

(Michael Boddenberg (CDU): Das hätte ich gesagt!)

– Herr Boddenberg, wir kennen uns. Sie sind ein so dankbarer Stichwortgeber.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Immer

wieder gern, Herr Kollege! Denken Sie an den 11. Juli!)

– Ich bin darauf vorbereitet. – Ich will auf eine Studie zu sprechen kommen. Vielleicht können Ihre Mitarbeiter sie Ihnen besorgen. Der Deutsche Bundesjugendring hat eine Studie in Auftrag gegeben. Die Überschrift lautet: „Keine Zeit für Jugendarbeit!“ Das Ergebnis der Studie, die demnächst vorgestellt wird, zeigt, dass vor allem die Faktoren Ganztagschule und G 8 auf das Engagement junger Menschen negativ wirken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss man ernst nehmen. Es gibt dafür auch keine Patentlösung.

(Zuruf des Staatssekretärs Mark Weinmeister)

– Herr Staatssekretär, bleiben Sie doch ganz ruhig. Ich bin doch ganz entspannt, wie Sie sehen. Ich kann auch anders. Aber bei dem Thema bin ich ganz entspannt, weil es uns – wie Ihnen – um die Sache geht.

Wie können wir junge Menschen an ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft heranführen? Da ist die Übernahme von Verantwortung in den Vereinen ein wichtiges Feld. Herr Innenminister, junge Menschen brauchen Freiräume, um sich zu entfalten. Deswegen ist der Ansatz, den Sie bei G 8 gewählt haben, der falsche. Die Studie belegt das nachdrücklich und eindeutig. Deswegen fordern wir Sie auf: Ändern Sie Ihre Bildungspolitik, geben Sie jungen Menschen den Freiraum, den sie brauchen, um sich zu entfalten.

(Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie die Zwangsganztagschule nicht mehr?)

Aus der „Offenbach-Post“ vom 13. März: „Teilweise Rückkehr zu G 9 trifft auf Zustimmung ... Nachwuchsarbeit wurde massiv beeinträchtigt ... Sportvereine atmen auf“. Aber: Weite Teile des Landes können nicht zu G 9 zurückkehren; die Angebote doppelgleisig für G 8 und G 9 vorzuhalten ist in Teilen des Landes überhaupt nicht umsetzbar, weil die Schülerzahlen zu gering sind. In Städten wie Kassel, Wiesbaden und Darmstadt kann man gar nicht zu G 9 zurückkehren, weil es die Angebote gar nicht gibt. Die Probleme sind bei dieser Schülergeneration schon Realität geworden. Die Vereine bestätigen das nachdrücklich: Die Schüler werden abgemeldet, es fehlt der Nachwuchs. Das ist der falsche Ansatz. Zu einer vernünftigen Sportpolitik gehören nämlich auch die richtigen Rahmenbedingungen.

(Peter Beuth (CDU): Grober Unsinn, Herr Kollege!)

– Das können Sie ignorieren, aber die Fakten bleiben. Herr Beuth, von Ihnen sind wir Unsinn gewöhnt. Auch für dieses Stichwort bin ich Ihnen dankbar.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, ich will zu einem weiteren Punkt etwas sagen, weil ich da einen Widerspruch zwischen Worten und Taten sehe. Sie haben gesagt, das Ehrenamt sei für die Gesellschaft wichtig. Es gibt viele Menschen in Hessen, die ehrenamtlich tätig sind. Diese Menschen brauchen wir, denn mit hauptamtlichen Kräften, Jugendleitern usw., könnten wir all das gar nicht leisten, was in der Gesellschaft gemacht wird. Ich habe hohen Respekt vor den Jugendleitern, die z. B. in der Integrationsarbeit einen ganz tollen Job machen. Dafür bekommen die Vereine ein paar Euro Zuwendung. Das Geld, das wir dort investieren, brau-

chen wir später aber nicht für Folgemaßnahmen auszugeben.

Die ehrenamtliche Tätigkeit in Hessen wird von der Landesregierung erschwert. Dieser Innenminister legt im zweiten Gesetzentwurf zur Modernisierung des Dienstrechts eine Änderung des § 215 HBG vor. Es geht in diesem Paragraphen um die Dienstbefreiung. Das ist eine Regelung, die auch für Tarifbeschäftigte gilt. Das wollen Sie abschaffen. Der für den Sport zuständige Innenminister, gleichzeitig Beamtenminister, will eine eher weitgehende, freundliche Regelung für ehrenamtlich Tätige – nicht nur im Sport, sondern das betrifft auch kommunalpolitisch Tätige – abschaffen. Die meisten Abgeordneten haben das überlesen, aber in der Anhörung haben wir und auch der Städte- und Gemeindebund diese Bestimmung thematisiert. Wenn Sie diese Regelung abschaffen, machen Sie es Beschäftigten im Tarifbereich zukünftig unmöglich, sich ehrenamtlich zu engagieren, z. B. an Lehrgängen und Ähnlichem teilzunehmen. Herr Innenminister, ist das wirklich Ihr Ernst? Wollen Sie das Ehrenamt fördern, oder wollen Sie es behindern? Auch da müssen Sie sich entscheiden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Christian Heinz (CDU))

– Herr Heinz, das wollen Sie?

(Christian Heinz (CDU): Sie wissen ganz genau, dass das nicht stimmt!)

– Das ist aber genau der Punkt. Den müssen Sie im Rahmen der Erörterung der Anhörung darlegen. Sie müssen eine rechtliche Klarstellung vornehmen, dass Sie den jetzigen Zustand beibehalten wollen. Okay, wir nehmen Sie an der Stelle beim Wort.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was wir nicht brauchen, sind Sonntagsreden. Wir brauchen vielmehr eine Anerkennungskultur für diejenigen, die sich gesellschaftspolitisch engagieren. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, dass wir, da in 15 der 16 Länder der Sport in der Verfassung verankert ist, darüber nachdenken, ob die Rolle des Sports auch dadurch gewürdigt werden sollte, dass sie im Grundgesetz verankert wird.

Das ist zumindest eine Forderung, die wir auf der Bundesebene erheben. Ich finde, das ist ein lohnenswerter Ansatz. Dass allein im Sport mehrere hundert Millionen Arbeitsstunden ehrenamtlich geleistet werden, muss man honorieren. Eine unglaublich große Zahl von Menschen ist von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter ehrenamtlich tätig – das ist es, was der Sport möglich macht.

Herr Innenminister, deswegen brauchen wir neben den finanziellen Rahmenbedingungen, die Sie dargelegt haben, auch inhaltliche Regelungen, die die ehrenamtliche Tätigkeit erst ermöglichen. Darauf sind Sie leider die Antworten schuldig geblieben.

Der Sport ist ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft. Ihm kommt für das Gemeinwohl in Deutschland – also auch in Hessen – eine zentrale Bedeutung zu. Deswegen ist es in Ordnung, was Sie am Schluss gesagt haben, nämlich dass sich der Sport nicht für tagespolitische Auseinandersetzungen eignet. Es gibt kaum ein Thema, bei dem es solche Auseinandersetzungen gibt – wenn ich einmal den Glücksspielstaatsvertrag ausnehme, zu dem wir in

der Tat möglicherweise unterschiedliche Auffassungen haben. Da liegen wir weit auseinander.

Aber das betrifft nicht die Problemfelder: Wie gehen wir mit der Leistungsverdichtung und dem Leistungsdruck um? Wie gehen wir mit der ehrenamtlichen Tätigkeit um? Wie statten wir die Städte und Gemeinden aus, damit sie die Aufgaben wahrnehmen können? Ich habe einen Vorschlag: Sie nehmen die Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 344 Millionen € zurück. Dann haben die Städte und Gemeinden ausreichend Geld, um Sportförderung zu betreiben. Das ist eine ganz konkrete Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sollte man in Bezug auf den Sport nicht nur in Geld denken. Dass Sportstätten sowie Hallen- und Freibäder vorhanden sind, ist eine Voraussetzung. Aber wir brauchen auch Menschen, von jung bis alt, die diese Einrichtungen besuchen können. Wir wollen keine Anlagen, die verrotten, sondern wir wollen, dass aktiv Sport betrieben wird; denn Sport in allen seinen Facetten ist ein wichtiger Bestandteil. Ich nenne nur den gesundheitspolitischen Aspekt. Es ist notwendig, dass Kinder von klein auf an den Sport herangeführt werden.

Deswegen sage ich: Herr Innenminister, wir haben die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen. Sie enthält Elemente, denen wir zustimmen können. Aber zu zentralen Herausforderungen haben Sie leider nicht Stellung genommen. Das müssen wir gegebenenfalls an anderer Stelle nachholen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn von Zech das Wort erteilen.

#### **Helmut von Zech (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Begriff „Sport“ geht wortgeschichtlich auf das lateinische „disportare“ – sich zerstreuen – zurück. In der Tat fußt der Sport in all seinen Ausprägungen im Grunde auf Aktivitäten, die der Zerstreuung und dem Zeitvertreib dienen.

In einem anderen Sinne ist Sport jedoch das genaue Gegenteil von Zerstreuung; denn er führt auch zusammen. In Hessen leben Millionen sportinteressierte Menschen, die beinahe täglich über den Sport zusammenfinden und Erlebnisse teilen: gute wie schlechte, Siege wie Niederlagen. Dazu zähle ich nicht nur die vielen Menschen, die in Sportvereinen aktiv Sport betreiben. Der Sport begeistert und aktiviert auch die zahlreichen Fans: vom Breitensportler auf der lokalen Ebene bis zu den Zehntausenden von Zuschauern bei sportlichen Großereignissen, wie den Spielen unseres Bundesligisten Eintracht Frankfurt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Vereine, insbesondere Sportvereine, wecken und bündeln ehrenamtliches Engagement und schaffen so ein Potenzial an freiwilliger Beteiligung von Menschen für Menschen, das seinesgleichen sucht. Das Vereinswesen im Sport hat Berührungspunkte mit den Schulen und Universitäten. Im Gesundheitswesen existieren Kooperationen mit den Kran-

kenkassen oder mit der Wirtschaft über das Sponsoring und die Durchführung von sportlichen Veranstaltungen.

Besonders positiv wirkt Sport im Rahmen der Integration und der Jugendarbeit. Menschen, die aus aller Welt nach Deutschland kommen, oder die Kinder dieser Menschen lernen im Rahmen von sportlichen Veranstaltungen in den Vereinen vor Ort Einheimische kennen und umgekehrt. Der Sport fördert Verantwortung, bildet den Charakter und führt Menschen aus verschiedenen Kulturen dort zusammen, wo sie einander auf Augenhöhe begegnen können. Der Sport hat somit eine enorm positive Ausstrahlung in die Gesellschaft hinein, die über das bloße athletische Ereignis oder den Wettkampf weit hinausgeht.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist aus Sicht des Staates eine Förderung des Sports aus öffentlichen Mitteln wichtig und geboten.

Der Landessportbund Hessen ist ein Garant dafür, dass alle Sportarten gleichwertig nebeneinanderstehen. Als Dachorganisation des hessischen Sports vertritt er den Sport in allen Altersklassen in seiner gesamten Bandbreite: vom Leistungs- über den Breiten- und Freizeitsport bis zum Gesundheitssport, von den olympischen Disziplinen bis zu den Trendsportarten. So werden z. B. die Übungsleiter der Vereine in Form von qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Gesundheitssektor geschult, um auf diese Weise die Qualität des Vereinsangebots aufrechtzuerhalten und auszubauen. Zu den vielfältigen Aufgabenbereichen im Breiten- und Freizeitsport zählt die Weiter- und Neuentwicklung von Sportangeboten, die der Bevölkerung zu bewegungs- und körperorientierten ganzheitlichen Entwicklungen der Persönlichkeit dienen.

Die Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen ist der größte Jugendverband im Land. Sie vertritt die Interessen von jungen Menschen im Sport, in der Gesellschaft und gegenüber der Politik. Sie qualifiziert für die Jugendarbeit im Sport durch Aus- und Fortbildungen, unterstützt die Sportvereine und fördert die außerschulische Jugendbildung sowie die internationale Jugendarbeit. Sie setzt sich mit vielfältigen Programmen aktiv für die Integration im und durch den Sport ein.

Als Träger des Olympiastützpunkts Hessen schafft der Landessportbund Hessen ein umfangreiches Betreuungsangebot für die hessischen Leistungssportlerinnen und -sportler. 2 Millionen Einzelmitglieder innerhalb der 35 Sportkreise und der 53 Sportverbände bzw. der 13 Verbände mit besonderer Aufgabenstellung sind in 7.800 Sportvereinen im Landessportbund Hessen organisiert. Die Hessische Landesregierung leitet aus den Spiel- und Wetteinsätzen jährlich rund 20 Millionen € direkt an den Landessportbund Hessen weiter und sichert auf diese Weise die Basis des organisierten Sports.

(Günter Rudolph (SPD): Aber großzügig aufgerundet!)

Aber auch die etwas problematischeren Seiten des Sports möchte ich nicht unter den Tisch fallen lassen. Gerade Großereignisse wie Fußballspiele benötigen häufig Polizeiaufgebote zu ihrer Absicherung, die den nüchternen Beobachter mit Skepsis erfüllen. Ursache hierfür sind Gefährdungen, die in der Regel zwar nur von kleinen gewaltbereiten Gruppierungen oder Einzeltätern ausgehen, die große Mehrheit der friedlichen Fans und auch unbeteiligte Anwohner aber belasten und beeinträchtigen. Angesichts des-

sen wird berechtigterweise die Frage gestellt, ob der Nutzen des Spitzensports diesen Aufwand bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung rechtfertigen kann.

(Beifall bei der FDP)

Nach liberalem Verständnis führt an der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit aber kein Weg vorbei, auch wenn es sich um eine kleine Veranstaltung handelt. Dies ist eine der vorrangigen Aufgaben des Staates. Es darf nicht darauf ankommen, ob ein Sportereignis viele oder wenige Zuschauer hat.

Aber selbstverständlich kann die Lösung auch nicht allein in der Konfrontation liegen. Wir werden in diesem Plenum noch speziell über die Fankultur im Fußball beraten. Es ist schade, dass kein gemeinsamer Antrag mehr zustande gekommen ist, in dem die Wege aufgezeigt sind, die wir in Hessen im Dialog mit den Fans beschreiten, um solche Veranstaltungen für alle sicherer zu gestalten.

Hessens Sportrenommee geht selbstverständlich über den Fußball hinaus. Was die Eintracht für das Rhein-Main-Gebiet ist, ist z. B. der SC Willingen mit seinen Sportlern und dem Weltcup-Skispringen für Nordhessen. Innenminister Rhein hat das schon angesprochen; wir hatten bei der Vorbereitung unserer Reden fast die gleichen Gedanken.

(Timon Gremmels (SPD): Nein, was für ein Zufall!)

Ein wichtiges Ziel der hessischen Sportförderung ist, für Menschen aller Bevölkerungsschichten und Altersgruppen Chancen und Anreize zu aktiver sportlicher Betätigung zu schaffen. Dies setzt ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Sportstätten voraus. Vor diesem Hintergrund gewährt das Land Hessen Sportvereinen, die Mitglieder im Landessportbund Hessen sind, Zuwendungen für den Bau vereinseigener Sportstätten. Die Zuwendungen werden für den Neu-, den Ersatzneu- oder den Erweiterungsbau von Sportstätten, den Aus- und Umbau von Sportstätten, die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten sowie die Ausstattung von Sportstätten gewährt.

Sportstätten dienen der Selbstentfaltung des Einzelnen. Sie sind Orte sozialer Begegnung und ermöglichen Leistungs-, Breiten- und Freizeitsport. Sie sind eine wichtige Säule der Sportinfrastruktur. Art, Zahl, Größe und Differenziertheit der Sportstätten bestimmen wesentlich die Entwicklungsmöglichkeiten des Sports. Vor diesem Hintergrund ist die Förderung des Sportstättenbaus von zentraler Bedeutung. Zusammen mit den Kommunen und Sportvereinen konnte in den vergangenen Jahren ein insgesamt zufriedenstellender Bestand an Sportstätten geschaffen werden. Durch neue Zielgruppen, neue Sportarten, und um traditionelle Sportarten auch im Winter ausüben zu können, ist der Bedarf an Hallen deutlich gewachsen. Mit dem Hallenbadinvestitionsprogramm hat das Land in den Jahren 2008 bis 2012 insgesamt 50 Millionen € für die Sanierung und den Neubau von Hallenbädern zur Verfügung gestellt. Hiermit wurden der dringend notwendige Sanierungsbedarf in diesem Bereich weitgehend gedeckt und die Voraussetzungen geschaffen, der steigenden Anzahl von Nichtschwimmern insbesondere im Kindesalter entgegenzuwirken.

In meiner nordhessischen Heimat gibt es zahlreiche weitere Beispiele dafür, wie das Land mit vergleichsweise überschaubaren Mitteln eine immense positive Wirkung erzielen kann.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Ich komme noch einmal auf Willingen zurück. Vom 8. bis zum 10. Februar dieses Jahres fand dort das internationale Weltcup-Skispringen statt. Das Land Hessen hat den Ausbau der Sportstätten und der Mühlenkopfschanze, übrigens der größten Großschanze der Welt, gefördert, wie ich schon zuvor ausgeführt hatte.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Im Dezember letzten Jahres erst hat Hessen über 1,4 Millionen € bewilligt, um die Weltcup-schanze nach den Anforderungen des Internationalen Skiverbandes FIS zu modernisieren. Das Projekt umfasst die Neuerrichtung des Kampfrichterturms und eine fest installierte Flutlichtanlage. Die Bauarbeiten sind bei entsprechender Wetterlage ab Anfang April geplant. Sie sollen bis zum Herbst und damit rechtzeitig vor dem nächsten Weltcup im Februar 2014 abgeschlossen sein.

Auch hier ist das große Engagement des Skiclubs Willingen hervorzuheben, der sich durch die Aktion „Bausteine für die Mühlenkopfschanze“ mit einer beträchtlichen Summe aus Eigenmitteln finanziell an den Sanierungsmaßnahmen beteiligt hat. Diese Maßnahmen sind die Bedingung dafür, dass Willingen als Weltcupstandort der FIS auch in Zukunft erhalten bleibt. Wie wichtig dieser Wettbewerb für die gesamte Region ist, davon konnten wir uns im Februar persönlich überzeugen. Profitiert doch der Ort über das ganze Jahr von dem internationalen Wettbewerb und ist dadurch mit der gesamten Umgebung eine gute und bekannte Adresse für Besucher und Urlauber weit über Hessen hinaus. Man könnte sagen, in Willingen funktioniert es im Skispringen, während Sozialdemokraten im Motorsport durch verirrte Gigantomane am Nürburgring Hunderte Millionen Euro in den Sand bzw. Beton gegossen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Marius Weiß (SPD): Ei, ei, ei!)

Von einem weiteren Beispiel erfolgreicher Sportstätten- und Vereinsförderung kann ich aus Ahnatal im Landkreis Kassel berichten. Der dortige Radsportverein RSC Weimar-Ahnatal e. V. hat dort für die seit 2008 olympisch anerkannte Radsportart BMX auf dem Gelände der zentralen Sportanlage an der Rasenallee eine Wettkampfstrecke angelegt. Diese Wettkampfstrecke ist für internationale Wettbewerbe ausgelegt und im Umkreis von über 200 km einzigartig. Mit einem Gesamtaufwand von 120.000 €, davon 45.000 € vom Land, sowie über 8.000 Stunden Arbeitsleistung von ehrenamtlichen Helfern entstand eine Sportanlage mit absolutem Alleinstellungsmerkmal.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Timon Gremmels (SPD) – Timon Gremmels (SPD): Herr Rhein wollte Probe fahren! – Gegenruf des Ministers Boris Rhein: Das können wir machen!)

– Das schauen wir uns an. – Dieses Alleinstellungsmerkmal lockt immer mehr sportbegeisterte Besucher in die Region Nordhessen. Nicht nur aus dem ganzen Bundesgebiet, sondern sogar aus dem Ausland reisen Sportler nach Ahnatal, um auf der Strecke zu trainieren und Rennen zu fahren.

Ich kann mich noch erinnern, dass Innenminister Boris Rhein, damals noch als Staatssekretär, im Frühjahr 2010 den ersten Förderbescheid übergeben hatte.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Ich empfand die Pläne des Vereins damals als außerordentlich ehrgeizig, wenn man sich das Gelände vorher angesehen hatte. Umso mehr hat es mich gefreut, als die Anlage im letzten Sommer eröffnet wurde – Timon Gremmels war auch dabei – und dass sie inzwischen als Landesleistungszentrum für Hessen vom Landesradfahrerverband anerkannt worden ist. Der nationale Verband, aber auch die internationalen Verbände möchten sehr gerne, dass in Ahnatal in Zukunft auch internationale Wettbewerbe ausgetragen werden. Dazu bedarf es noch einiger infrastruktureller Maßnahmen und vor allem etwas politischen Rückenwinds vom Land Hessen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dass es sich um eine herausragende, international populäre Sportart handelt, weiß auch der Deutsche Olympische Sportbund. Ich sagte es bereits: Seit 2008 ist der BMX-Rennsport olympisch. BMX hat sich aus den früheren Bonanza-Fahrrädern entwickelt. Ich weiß nicht, ob der eine oder andere diese Fahrräder noch kennt.

(Heiterkeit – Minister Boris Rhein: Mit Fuchschwanz!)

Im Jahr 2012 nahmen die ersten Athleten aus Deutschland in London teil.

Ein weiteres gutes Beispiel – auch da hatten wir Gedankenübertragung – ist das Boxcamp Gallus,

(Minister Boris Rhein: Ja!)

welches ich im Rahmen einer Veranstaltung der hessischen Sportjugend kennenlernen durfte. Das Boxcamp Gallus ist seit seinem Bestehen eine wichtige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten und mit Hintergründen aus fast 20 verschiedenen Nationen der Welt. Früh hat sich herausgestellt, dass der Boxsport eine gute Möglichkeit bietet, Vertrauen zu Jugendlichen aus sozial schwachen Familien aufzubauen. Dies hilft bei der späteren pädagogischen Betreuung der Familien. Jugendlichen und Familien, die es benötigen, wird eine umfangreiche praktische und pädagogische Hilfe angeboten.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Dies schließt z. B. Elterngespräche und Hausbesuche des Trainers ein. Außerdem knüpfen die Trainer die Teilnahme am Training an befriedigende schulische Leistungen der Teilnehmer. Zu diesem Zweck werden die Zeugnisse aller Schülerinnen und Schüler eingesammelt und denen, die es benötigen, zweimal in der Woche Hausaufgabenhilfe gegeben. Das habe ich auch schon bei einem anderen Verein erlebt, dass man sich als Verein sehr stark auch um die schulischen Dinge kümmern muss, damit die Eltern das Bewusstsein haben: Meine Kinder können in den Verein gehen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Holger Bellino (CDU))

In der Regel sind bei Kindern, die regelmäßig an der Hausaufgabenbetreuung teilnehmen, in den nächsten Zeugnissen verbesserte Leistungen in der Schule zu sehen. Der Erfolg des Konzepts zeigt sich an der kontinuierlich steigenden Mitgliederzahl des Boxcamps. Fast alle Teilnehmer sind durch Mundpropaganda und Empfehlung auf das Projekt aufmerksam geworden. Die Teilnehmer des Boxcamps lernen allerdings nicht nur die richtige Technik zum Boxen. Genauso wichtig ist den Betreuern die Vermittlung

von Werten, die viele Kinder von zu Hause aus gar nicht kennen. Dazu gehören Disziplin, Respekt, Toleranz, aber auch Teamgeist und gegenseitige Hilfsbereitschaft.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hessen hat im Rahmen der Sportförderung viel erreicht. Die Zahlen und vielfältigen Initiativen, die Innenminister Boris Rhein hier vorgestellt hat, sind beeindruckend und zeigen: Mit der Sportstättenförderung hat Hessen unter christlich-liberaler Regierung auch noch eine Menge vor.

Die Vereine sind das Rückgrat des Sports in Hessen. Sie tragen die Hauptlast, damit der Sport seine breiten Möglichkeiten positiv für die Bürger unserer Gesellschaft entfalten kann. Die Bedeutung der Sportvereine für die Entwicklung, Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Nimmt man dabei die positiven Effekte zusammen, die der Sport im Rahmen seiner gesamtgesellschaftlichen Wirkungen entfaltet, so bin ich fest überzeugt, dass von jedem Euro öffentlicher Sportförderung ein Vielfaches an Nutzen für die Gesellschaft und für den Staat zurückgegeben wird. Die überwiegend ehrenamtlich erbrachten Leistungen in den Sportvereinen wären allerdings rein staatlich nicht zu organisieren und zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen das Engagement der Bürger und müssen dafür Sorge tragen, dass staatliche Förderung aktiviert wird, aber eigenes Engagement nicht ersetzen kann.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem weiteren Thema, das dem Sport insgesamt als übergeordnetes Prinzip innewohnt wie kaum ein anderes. Gerechtigkeit – im Sportjargon auch als Fairness bezeichnet – ist für den Sport so entscheidend, dass ohne sie schon die Einordnung einer bestimmten Aktivität als Sport kaum möglich erscheint. Alle Sportarten haben klare Regeln, über deren Einhaltung gewacht werden muss. Das Prinzip der Gerechtigkeit ist im Sport von integraler Bedeutung.

Worum geht es jedoch dabei? Was ist gerecht? – Wir kennen aus anderen politischen Bereichen, was sich andere darunter vorstellen. Es wird oft von Chancengerechtigkeit geredet; gemeint ist dann aber eher Ergebnisgleichheit. Gerecht ist danach, wenn jeder irgendwie ein bisschen gewinnt und es keine Verlierer mehr gibt. Das widerspricht aber diametral dem sportlichen Wettbewerbsverständnis und dem Gerechtigkeitsbegriff der Fairness im Sport.

Im Sport ist gerecht, wenn derjenige, der die 100 m im fairen Wettkampf am schnellsten läuft, auch gewinnt. Gerecht ist, wenn jeder die Chance hat, in einem Wettkampf anzutreten und sich mit anderen zu messen. Gerecht ist, wenn das Team, das mehr leistet als andere, seine Chancen nutzt und am Ende die Punkte erzielt, auch gewinnt.

Gerecht ist nicht, wie ich neulich bei Dieter Nuhr gehört habe, wenn wir sieben Milliarden Goldmedaillen pressen und am Ende jeder Weltmeister ist, egal wie schnell er laufen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was natürlich zunächst einmal Kabarett ist, birgt aber ein Körnchen Wahrheit. Aus sportlicher Sicht würde es wohl

jeder Athlet, der sich mit Entbehrung und Anstrengung auf einen Marathonlauf vorbereitet hat, als zutiefst ungerecht empfinden, wenn am Ende jeder einen Platz auf dem Treppchen und identische Medaillen um den Hals gehängt bekommt.

Wir müssen also dafür sorgen, dass die Regeln nicht absurdum geführt werden. Es muss aber ganz klar Regeln geben. Denn wenn man von einem fairen Wettbewerb spricht, muss für jeden klar sein, was damit gemeint ist.

Deshalb darf der staatlich unterstützte Kampf gegen Doping nicht vernachlässigt werden. Wer sich unlautere Vorteile verschafft, muss mit Konsequenzen rechnen. Gerade neulich musste der – man muss inzwischen sagen – ehemalige siebenfache Gewinner der Tour de France, Lance Armstrong, erfahren, was es heißt, wenn man beim Verstoß gegen elementare Regeln der Fairness erwischt wird und rückwirkend seine sportlichen Erfolge, ja seine gesamte Sportlerkarriere zu Staub zerfallen sieht.

Das sind harte Konsequenzen. Allerdings ist Doping auch ein fundamentaler Angriff auf das Selbstverständnis des Sports – unmittelbar für Mitbewerber, mittelbar für die zahlreichen Sportinteressierten, die vom Sport auch als Zuschauer erwarten, dass es sich beim Wettkampf um eine faire Veranstaltung handelt, die allein auf dem Können der Athleten beruhen soll.

Zu guter Letzt sind Sportveranstaltungen auch Gegenstand von wirtschaftlicher Betätigung, vor allem im Bereich der Sportwetten. Auch hier ist eine ehrliche und faire Handhabung Grundvoraussetzung dafür, dass z. B. das Konzept der Sportwetten überhaupt tragfähig bleibt.

Dies bringt mich zu der Frage nach der Finanzierung der Sportförderung durch das Land. Bekanntermaßen erfolgt ein großer Teil der Finanzierung der Förderung in Hessen aus den Lotterie- und Totoeinnahmen. Diese werden auch für kulturelle und soziale Förderzwecke verwendet, aber speziell im Sport wird mit den Einnahmen aus Glücksspiel viel gute Arbeit geleistet. Hier müssen wir uns grundsätzlich darüber unterhalten, wie diese Einnahmen einerseits für die Destinatäre zuverlässig planbar bleiben können sowie andererseits für die Zukunft des Glücksspielwesens unter diesem Gesichtspunkt aussehen sollten.

Ich finde persönlich schade, dass die in Schleswig-Holstein gefundene europarechtskonforme Lösung von der neuen Regierung dort nicht die Chance bekommen hat, sich zu bewähren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch für die Sportstättenförderung wären dauerhafte, planbare Einnahmen durch Konzessionen und Steuern aus Sicht der Destinatäre attraktiv. Wir bauen in dieser Frage allerdings auf die bewährte Praxis, gemeinsam mit allen Fraktionen eine Lösung zu finden. Die Bedeutung des Sports sollte die Verlockung bremsen, sportliche Themen kontrovers für den Wahlkampf zu instrumentalisieren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Und was machen Sie heute? – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE): Alles Zufall!)

Hessen hat unter CDU und FDP im Sport schon viel geschafft, und für uns steht noch eine Menge auf dem Programm. Das können auch Sie von der Opposition nicht bestreiten, auch wenn Sie sich in einigen Detailfragen andere

oder größere Vorstellungen machen. Wichtig ist, dass wir alle zusammen darin einig sind, dass Sportpolitik eine Politik ist, die Hessen nach vorn bringt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr von Zech, vielen Dank. – Ich darf Herrn Mack für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

#### **Daniel Mack (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Innenminister prahlt mit einer Regierungserklärung zum Thema Sport, um sich im Glanz anderer zu sonnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Eigenlob – wir alle wissen, wie es sich damit verhält. Denn gäbe es die olympische Disziplin „Untersuchungsausschüsse überleben, Postengeschachere und Planlosigkeit“ – diese Landesregierung hätte den Medaillenspiegel längst gewonnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Ministers Boris Rhein)

Sie alle haben sicher auch die wichtigste und neueste Erfolgsmeldung der Landesregierung zum Thema Sport gestern gelesen. Ich zitiere:

Die Hessische Landesregierung hatte im Rahmen der Aktionswochen „Sport“, die unter dem Motto „Wir handeln: Sicherheit und Zukunft in der hessischen Sportpolitik“ stehen, beim Landessportbund getagt. ... Dabei konnte sich der Ministerpräsident mit dem Weltklasse-Tischtennispieler Timo Boll in einem packenden Spiel messen, und der Laufstil des Chefs der Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, wurde von der deutschen Rekordhalterin im Hochsprung, Ariane Friedrich, beispielhaft analysiert. Marco di Carli und Jan-Philip Glania, beides Teilnehmer an den Schwimmwettkämpfen der Olympischen Spiele 2012 in London, stellten den Kabinettsmitgliedern Möglichkeiten der Schwimmtechnikverbesserungen mit modernen diagnostischen Möglichkeiten vor.

(Timon Gremmels (SPD): Abtauchen können sie schon!)

Meine Damen und Herren, wie peinlich ist das denn? Selbst wenn man den Ironiemodus einschaltet, muss man sich für so viel Promigeilheit und Namedropping ins Bodenlose fremdschämen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Karin Wolff (CDU): Ist das Neid?)

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Wolff, wir alle sind erfreut über die Erfolge der hessischen Sportlerinnen und Sportler. Man ist immer gern bereit, sich mit den Erfolgreichen zu identifizieren, mit denen man zumindest einen kleinen gemeinsamen Nenner hat, sei es nur die Herkunft oder sei es die Residenz in der gleichen Region. De facto ist es aber deren Erfolg. Nehmen wir etwa die drei WM-Ti-

tel des Heppenheimer Formel-1-Weltmeisters Sebastian Vettel. Das ist kein Erfolg hessischer Sportpolitik, und ich hoffe, Sie bilden sich das auch nicht ein.

Umso mehr sollten wir uns über Siege und Titel freuen und müssen uns doch immer klarmachen: Wir sollten Erfolg nicht daran messen, wer Medaillen oder Titel gewinnt. Denn gerade im Sport gilt: Der Weg ist das Ziel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein jeder, der sich selbst zu sportlicher Aktivität und Leistung überwindet, ist erfolgreich und verdient unsere Anerkennung. Denn Sport ist gut für jede und für jeden, weil sportliche Aktivität das Herz-Kreislauf-System und damit die Gesundheit in Schwung hält, weil sportliche Leistung uns zeigt, dass wir besser werden, etwas schaffen und Ziele erreichen können, wenn wir bereit sind, dafür zu arbeiten, und weil uns der sportliche Wettkampf Fairness und Respekt lehrt, auch wenn es manchmal schwerfällt.

Wegen dieser vielen positiven Aspekte des Sports ist es auch eine Aufgabe des Staates, den Sport zum Wohle der Bevölkerung zu fördern; denn der Sport hat auch gesellschaftliche Funktionen. Als Breitensport dient er der Gesundheit und der Bildung eines jeden Einzelnen, als Spitzensport schafft er Vorbilder und stiftet Identität, und als Massenveranstaltung ist er Kultur und Entertainment. Das sind ganz unterschiedliche Phänomene und Bereiche des Sports, die jeweils wichtige Bedeutung haben und die man dementsprechend auch mit spezifischen Ansätzen unterstützen muss.

Wir freuen uns sehr darüber, dass die erfolgreiche Sportfördergruppe der hessischen Polizei Athleten die Möglichkeit gibt, ihren Sport konsequent und erfolgreich auszuüben und das nicht nur mit einer beruflichen Qualifikation, sondern auch mit einer Karriere zu verbinden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist nicht mehr sehr vielen Spitzensportlern möglich und war früher auch anders. Aber seit die Leistungsdichte in der Spitze so enorm gestiegen ist und die Sporthilfe so erheblich gekürzt wurde, kann man an eine erfolgreiche Verbindung von Studium und Sport gar nicht mehr denken.

Fragen Sie einmal die hessische Leichtathletin und Olympiateilnehmerin Gesa Krause. Sie hat gerade in der „FAZ“ erklärt, dass sich die Anforderungen eines Bachelorstudiums mit Training und Wettkampf auf internationalem Spitzenniveau nicht erfolgreich vereinbaren lassen. Sie wird das Studium erst einmal aussetzen.

Leider ist der Job nicht alles; denn auch von anderen Olympiateilnehmern kann man ganz erhebliche Klagen hören. So ist insbesondere das Trainingszentrum der Leichtathleten einerseits überlastet und andererseits in einem so bedauernswerten Zustand, dass das Training wegen baulicher Mängel oft nicht möglich ist. Von dem in den Medien vermeldeten Nager-Befall in einer Frankfurter Hochsprunganlage will ich gar nicht weiter reden.

Ich will mir auch nicht vorstellen, wie Hochspringerin Ariane Friedrich im Winter ihre Läufe mit einer Berglampe absolviert, weil es für sie keine Sportanlage mit Flutlicht zum Trainieren gibt. Sie sagt, das sei mehr als blöd. Ich kann ihr dabei nur recht geben.

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

Leider nimmt man Hessen und den hessischen Sportminister aber generell nicht dort wahr, wo es um solche Interessen der Athleten geht, die nicht als Glanz von Medaillen auf ihn abstrahlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat irgendwer ein Wort von ihm gehört, als das Internationale Olympische Komitee beschlossen hat, die olympische Kernsportart Ringen aus seinem Programm zu streichen? Eine Sportart, die Regel und Kampf verbindet, die nicht nur fit hält, sondern deren Wurzeln europäische Identität bis in die Antike definieren? Eine Sportart, die Breiten- und Spitzensport vorlebt? Herr Minister, haben Sie eine Vorstellung, wie viele Ringer es in Hessen gibt? Es sind über 7.000. Mehr als 7.000 Menschen, die trainieren, kämpfen, Wettkämpfe organisieren und ihr Vereinsleben pflegen, die wichtige Basis- und Integrationsarbeit leisten, obwohl ihr Sport in der medialen Wahrnehmung quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. 7.000 ist eine stattliche Zahl, und das ist Sport. Es wäre schön, wenn Sie als Sportminister zumindest eine Solidaritätsadresse an die hessischen Ringer gesendet hätten.

Nehmen wir ein anderes Thema: das Thema Doping. Das aktuelle System unangemeldeter Kontrollen außerhalb des Wettkampfs zu jeder vorstellbaren Tages- und Nachtzeit ist absolut unmenschlich. Dass sich Amateursportler einer permanenten Meldepflicht unterwerfen sollen, sich Eingriffe in die Intimsphäre und körperliche Integrität gefallen lassen müssen und der zuständige Minister – anders, als es etwa der Hessische Datenschutzbeauftragte tut – dieses System nicht einmal öffentlich kritisiert, zeigt, dass es Ihnen eigentlich nicht um die Athleten geht, sondern nur um deren Medaillen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade an dieser Stelle hätten Sie ansetzen können, Herr Minister. Das haben Sie aber nicht. Ich muss sagen, diese Landesregierung ist ein sportpolitischer Chancetod.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedauere es sehr, dass wir gerade einmal 30.000 € für Dopingprävention ausgeben. Diese Summe ist ein Witz; denn Prävention ist das Wichtigste, weswegen mehr Mittel in die Prävention investiert werden müssen. Hat dazu irgendwer einmal irgendetwas von dieser Landesregierung gehört? Wurde irgendetwas Innovatives getan, und sei es nur eine Kampagne gegen Doping und pro Fair Play? Immerhin wird der Keim des Dopings im Spitzensport bereits in der Jugend gelegt, wenn dort als einzig relevante Maßstäbe Siege und Bestleistungen gepredigt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Fakten liegen auf dem Tisch. Laut einer aktuellen Studie der Stiftung Deutsche Sporthilfe haben 6 % der Sportlerinnen und Sportler in Deutschland zugegeben, regelmäßig Dopingmittel zu nehmen. 40 % der Befragten sind einer Antwort ausgewichen. Herr Minister, Sie sind beim Anti-Doping-Kampf in den Startblöcken stecken geblieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Was wir bräuchten, wäre eine Zukunftskonzeption für die Entwicklung von Sportstätten und Bewegungsräumen, in der der demografische Wandel und neue Formen der Bewegung und Bewegungskultur berücksichtigt werden, eine Konzeption, in der auch ökologische Fragen wie Klimawandel und Klimaschutz mit bedacht und vor allem auch entwickelt werden. Ganzheitliche Aspekte aber haben in Ihrem Politikverständnis bekanntlich wenig Platz – warum sollte es gerade beim Sport anders sein, wo man so schön Erfolge, Titel und Athleten zählen kann?

Doch auch im organisierten Breitensport muss man leider feststellen: Es ist so, dass einige der zentralen politischen Projekte dieser Landesregierung dem Breitensport in Hessen nicht helfen, sondern ihm Schaden zufügen.

(Minister Boris Rhein: Ach du liebe Güte!)

Zum einen ist das die nicht überraschend vor dem Staatsgerichtshof beklagte Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs. Indem Sie die Mittel für die hessischen Gemeinden um rund 400 Millionen € reduzieren, verursachen Sie mittelbar einen katastrophalen Kahlschlag in den kommunalen Sportanlagen. Woher – der Kollege Rudolph hat es gesagt – sollen die anteiligen Gelder für deren Instandhaltung oder gar Ausbau kommen, wenn die Gemeinden gar nicht mehr in der Lage sind, überhaupt irgendwelche freiwilligen Leistungen zu erbringen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sportplätze und Räume für Sport sind aber für ganz viele und gerade für junge Menschen und speziell auch im ländlichen Raum von überragender Bedeutung, ganz besonders auch als kultureller und sozialer Ort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo keine Sportplätze existieren, ist auch kein Sport möglich. Wenn ich mir die nächste sportpolitisch wirksame Maßnahme dieser Landesregierung anschau, dann frage ich mich beinahe, ob hinter ihrer Politik nicht ein sportfeindlicher Plan steckt.

(Zurufe von der CDU: Uiuui! – Zuruf des Ministers Boris Rhein)

Frau Wolff, wenn Sie schon dafür sorgen, dass es für Kommunen so schwierig ist, Sportplätze zu erhalten, dann macht es keinen Sinn, dass es auch Sportler gibt; denn so existiert ein Mangel. Das ist genau das, was Ihre krachend gescheiterte Schulreform, bekannt unter dem Namen G 8, verursacht hat.

Eine Generation von Schülern hat keine Zeit mehr, sich im Sport zu engagieren – weder aktiv noch als Betreuerin oder Betreuer. Denn wer denselben Stoff in kürzerer Zeit bewältigen muss, der muss nicht nur nachmittags Unterricht besuchen, der muss auch erheblich mehr lernen – und das in jüngeren, aber sportlich entscheidenden Jahren. Wie die freiwilligen Leistungen der Kommunen bleiben bei den Kindern im Zweifel die freiwilligen Engagements insbesondere im Sportverein oder in der Musik auf der Strecke. – Meine Damen und Herren, G 8 war ein gigantischer Plan zur Vernichtung des Jugendlichensports.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Nancy Faeser (SPD) und Hermann Schaus (DIE LINKE) – Zuruf von der CDU)

Die Chance, schulische Nachmittagsangebote mit den Sportkreisen und -vereinen zu etablieren, sodass die Kinder wenigstens über solche die Möglichkeit haben, aktiv Sport zu treiben, hat Ihre Regierung auch nicht geschafft. Das haben Sie schön der lokalen Ebene überlassen: Wo es klappt, klappt es, und wo nicht – Pech gehabt.

Herr Minister, dass der Sport aber auch eine überragende soziale und ganz besonders integrierende Funktion hat, wissen Sie, das haben Sie gesagt. Dafür aber auch funktionierende Bedingungen zu schaffen, dazu sind Sie nicht bereit. Möglicherweise hat das viel weniger mit Ihnen selbst als vielmehr mit Ihrem Vorgänger, dem Herrn Ministerpräsidenten, zu tun.

(Minister Boris Rhein: Wenn der Rhein nicht schuld ist, ist der Bouffier schuld, wie?)

Meine Damen und Herren, ich fiel fast vom Glauben ab, als Volker Bouffier der besten deutschen Fußballnationalmannschaft seit 20 Jahren – gespickt mit großartigen Spielern mit Migrationshintergrund – vorgeworfen hat, dass nicht alle die deutsche Nationalhymne singen würden bzw. nicht laut mitgesungen hätten.

Meine Damen und Herren, dass die siegreichen Spanier alle nicht laut mitgesungen haben, weil ihre Hymne gar keinen Text hat, das haben Sie wohl vergessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Judith Lannert (CDU): Das ist etwas ganz anderes! – Minister Boris Rhein: Wir haben doch einen Text!)

– Ja, Herr Rhein, wir haben einen Text, wir haben einen Hymnentext. – Aber das war eine der unbedachtesten und gefährlichsten Aussagen, die ich je in diesem Zusammenhang von einem führenden Politiker einer demokratischen Partei gehört habe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In dieser Mannschaft haben deutsche Spieler mit Migrationshintergrund wie Mesut Özil oder Sami Khedira herausragende Rollen. Sie spielen schönen und erfolgreichen Fußball für Deutschland, weil sie sich dafür entschieden haben, für Deutschland zu spielen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Keiner hat sie dazu gezwungen, Herr Reif, im Gegenteil. Es gibt viele andere Spieler mit Migrationshintergrund, die ihren Eltern und Familien zuliebe für deren Herkunftsländer und eben nicht für Deutschland spielen. Mesut Özil ist aber der erste türkischstämmige Fußballer, der eine herausragende Rolle in der deutschen Nationalmannschaft spielt. Er wird nicht der letzte sein; denn da werden noch viele folgen. Aber nur dann, wenn wir ihnen zeigen und sagen, dass sie dazugehören, und sie eben nicht ausgrenzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Denn genau das tut Herr Bouffier, wenn er in der Hoffnung auf Zustimmung von rechts Spieler mit Migrationshintergrund kritisiert, die die deutsche Hymne nicht laut mitsingen. Sie sagen denen: Ihr gehört nicht dazu, wenn ihr nicht genau das macht, was wir so machen. – Da passt es wie die Faust aufs Auge, dass Sie sich weiterhin gegen eine Mehrstaatlichkeit für junge Deutsche mit Migrationshintergrund wenden, damit jeder Doppelstaatler, der nicht aktiv für den

deutschen Pass optiert, ihn verliert. Deutsch auf Zeit bedeutet das, und Sie rufen den Özils und Khediras von morgen zu: Ihr gehört nicht dazu, geht doch dorthin, wo ihr herkommt.

(Holger Bellino (CDU): Das stimmt jetzt aber nicht, gell? – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Bellino, das ist keine Integrationspolitik. Das ist auch keine gute Sportpolitik. Aber tatsächlich ist das Ausdruck der Sportpolitik dieser ideenlosen Landesregierung von gestern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Immerhin fallen hier Ihr unsägliches Gerede und Ihre Politik nicht auseinander; denn nichts liegt Ihnen ferner, als Integration im Sport zu fördern. Ich möchte hier ein paar Zahlen sprechen lassen.

(Holger Bellino (CDU): Wo leben Sie denn?)

– In Hessen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Holger Bellino (CDU): Damit wird der Unsinn nicht wahrer!)

Die Gesamtaufwendungen der Hessischen Landesregierung für den Sport betragen im Haushaltsjahr 2011 ca. 51 Millionen €.

(Holger Bellino (CDU): Wer hat Ihnen den Unsinn denn aufgeschrieben? Reden Sie einmal frei, vielleicht wird es dann besser! – Gegenrufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Jahr 2012, Herr Bellino, waren es 48 Millionen € einschließlich der Aufwendungen anderer Ressorts, beispielsweise beim Kultusministerium für den Schulsport und beim Wissenschaftsministerium für den Hochschulsport.

Herr Bellino, von den 51 Millionen € wurden für besondere Programme, also Sport und Gesundheit, Soziales und Integration, ganze 600.000 € im Jahr 2011 zur Verfügung gestellt. Wenn man aus den Reihen der Regierung noch einmal hört, der Sport leiste einen wichtigen Beitrag zur Integration, weiß man nicht, ob man lachen oder ob man weinen soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Immerhin ist es bei denen, die sich kompetent mit Sport befassen, bekannt. Ich zitiere aus der öffentlichen Anhörung der Enquetekommission „Migration“ Herrn Frank Eser von der Sportjugend Hessen:

Um auf die Mittel zurückzukommen ...: Das Programm „Integration durch Sport“ ist ein Bundesprogramm ... und wird zu 100 % aus Mitteln des BMI gefördert. Die Mittel, die wir aus dem erhalten, was die Hessische Landesregierung für die Integration von Kindern und Jugendlichen bereitstellt, sind eher bescheiden – um nicht zu sagen: nicht vorhanden.

Aua.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich frage mich auch, wo die Kampagne des Landes Hessen gegen Homophobie im Sport ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage mich, wo diese Kampagne ist. Das fängt bei den Vorbildern im Spitzensport an; denn die Beispiele von sich outenden aktiven Sportlerinnen und Sportlern kann man an einer Hand abzählen. Zur Fußball-WM der Frauen im vorletzten Jahr wurde eine repräsentative Umfrage

(Günter Schork (CDU): Wollen Sie jemanden zwingen?)

– wir wollen niemanden zwingen – veröffentlicht mit dem Ergebnis: 86 % ist es egal, ob eine Spielerin der deutschen Nationalmannschaft homosexuell ist. – Tatsächlich ist das auch Ausdruck der zeitgenössischen Fankultur, die Sie niemals als kreativen Teil des deutschen Sports erleben, sondern in Ihrer Panikmache nur als Sicherheitsrisiko wahrnehmen können, und der Sie mit den Mitteln des Zwangs begegnen statt mit Deeskalation und mit Mitteln des Dialogs.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Wenn das so einfach wäre!)

– Herr Müller, ich weiß, dass das nicht einfach ist. Aber ich weiß auch, dass die Kosten der Polizeieinsätze bei Profispielen in den vergangenen Jahren um 2,5 Millionen € gestiegen sind.

Ich weiß auch, dass ein Fanprojekt im Profifußball mindestens drei Personalstellen benötigt, aber dass die von Ihnen groß verkündete finanzielle Verbesserung der Fanprojekte dies nicht leistet, sondern ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn statt Prävention lassen Sie lieber Ganzkörperkontrollen durchführen, Intimkontrollen, bei denen nichts gefunden wird, stattdessen die Demütigung und Radikalisierung jugendlicher Fußballfans erreicht wird, wenn sie in Polizeizelten die Hosen runterlassen müssen.

Meine Damen und Herren, ich habe keine Lust, in der „Frankfurter Rundschau“ von Analkontrollen bei Fußballfans in Hessen lesen zu müssen.

(Jürgen Lenders (FDP): Das wird langsam unerträglich! – Judith Lannert (CDU): Das ist eine Ausdrucksweise!)

– Ich habe aus der „Frankfurter Rundschau“ zitiert, Frau Kollegin Lannert. – Wenn es darin steht, ist es ein sehr trauriger Fakt, obwohl in Wirklichkeit gerade einmal 1 % der Fußballfans überhaupt potenziell gewalttätig ist. Das ist 1 % zu viel, aber auch eine Quote, die beim Oktoberfest locker getoppt wird. Aber da ist die Hauptdiskussion bei Ihnen zur Sicherheit im Stadion.

Meine Damen und Herren, nichts gegen Meinungsstreit – aber wo soll es nun in der hessischen Fanpolitik langgehen? Sind wir uns nicht einig, dass die 6,2 Millionen € für die Polizeieinsätze im Rahmen von Fußballspielen zu hoch sind? Wollen Sie diese noch einmal erhöhen, damit jetzt überall Zelte für Ihre Nacktuntersuchungen aufgestellt werden können?

(Zuruf des Abg. Kurt Wiegel (CDU))

Waren die Intimkontrollen in Darmstadt nur ein Test in der 3. Liga? Soll es das demnächst auch bei Spielen von Eintracht Frankfurt geben?

(Alexander Bauer (CDU): Ist das seriös, was Sie sagen?)

Meine Damen und Herren, damit es klar ist: Diskriminierung, Rechtsextremismus und Gewalt haben beim Fußball nichts zu suchen. Das Abschießen von Feuerwerkskörpern ist verboten, und Gewalt muss verfolgt werden, und zwar mit rechtsstaatlichen Mitteln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Alexander Bauer (CDU): Also brauchen wir doch Polizei?)

– Ja, Herr Bauer, mit entschlossener Polizeiarbeit ohne Kollektivstrafen. Dialog und Prävention müssen im Vordergrund stehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man muss sich aufeinander zubewegen, um Gegensätze mittelfristig aufzubrechen. Herr Ministerpräsident – es ist schade, dass Sie nicht da sind –, Sie sagten in einem Interview des „Darmstädter Echos“ zur Fankultur,

(Günter Rudolph (SPD): Er ist meistens nicht da!)

man könne den Einsatz von Fußfesseln zur Vorbeugung diskutieren.

(Günter Rudolph (SPD): Oh! – Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uiuuiui!)

Damit stellen Sie Fußballfans auf eine Stufe mit verurteilten Verbrechern. Ich sage Ihnen: Hier wäre mehr Sachlichkeit angebracht. Weder Verharmlosung noch Dramatisierung hilft hier weiter. Das müssen Sie endlich einsehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Müller, wir lehnen eine überbordende Reglementierung für Fußballfans ab, da sie vor allem die ganz überwiegende Mehrheit friedlicher Besucher trifft. Durchgängige Leibesvisitationen und Nacktkontrollen sind unverhältnismäßig und nicht geeignet, die Sicherheit im Stadion objektiv zu erhöhen.

Das Zünden von Explosionskörpern und das verbotene Abrennen bengalischer Feuer müssen individuell unterbunden und verfolgt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Nancy Faeser (SPD) und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, das sehen wir genauso wie die GdP. Typisch ist, dass sich die Landesregierung jetzt hinstellt und sich im Abglanz der großen Sportler Hessens sonnt. Sie hat inhaltlich auch wenig zu bieten, dessen sie sich rühmen könnte. Dass gestern gerade der Innenminister eine Pressemitteilung mit der lächerlichen Überschrift „Sicherheit und Zukunft in der hessischen Sportpolitik“ verschickt, ist wirklich komisch. Zum einen fragt man sich, ob Sie wirklich so ideenlos und verbraucht sind,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

dass Sie jetzt sogar über eine Mitteilung zum Thema Sport groß „Sicherheit“ schreiben müssen. Ich frage mich, was das denn damit zu tun hat. Aber gut, es ist ja Wahljahr. Offenbar glauben Sie, durch die regelmäßige Wiederholung des Wortes Sicherheit gewinnen zu können. Herr Rhein, doch gerade bei Ihnen fragt man sich,

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Es gibt auch so etwas wie Planungssicherheit!)

ob Sie nie aus Ihren Fehlern lernen. Sie haben erst vor Jahresfrist in Frankfurt genau mit diesem Mantra „Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit“ als Werbespruch eine krachende Niederlage erlebt,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

weil Sie dort wie hier an den wahren Problemen der Menschen vorbeireden.

(Alexander Bauer (CDU): Das tun Sie schon seit einer Viertelstunde!)

Genauso erleben wir Sie hier in der hessischen Sportpolitik. Sie reden an den wahren Problemen und Herausforderungen vorbei, weil Sie diejenigen sind, die schuld daran sind: am G-8-Debakel, an der Integrationspolitik und am finanziellen Ausbluten der Kommunen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Bauer (CDU): Dass der Ball rund ist, ist auch noch unsere Schuld!)

– Herr Bauer, Hessen braucht neue Ideen und innovative Konzepte, um eine ganzheitliche Sportpolitik zum Erfolg zu führen. Von dieser Landesregierung ist es nicht zu erwarten. Die sonnt sich im Erfolg von anderen. Ihnen fällt dazu nichts ein. Ihr Eigenlob ist nicht weiter zu ertragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sportlich ist bei dieser Landesregierung nur der Umgang mit den eigenen Fehlern und Versäumnissen, und das taktische Foul ist mittlerweile zur gängigen politischen Praxis geworden. Um es mit einem großen Strategen zu sagen: Schwarz-Gelb hat fertig – die Regierung ist schwach wie Flasche leer. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Alfons Gerling (CDU): Gott sei Dank fertig! – Weitere Zurufe von der CDU)

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Mack. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Kollege Schaus zu Wort gemeldet.

### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schon in den vergangenen Monaten hatte die Landesregierung wenig Erfolg mit ihren auf den Landtagswahlkampf ausgerichteten Regierungserklärungen, und heute ist das nicht anders.

(Clemens Reif (CDU): Och!)

Mit dem Thema Sportpolitik versucht die Landesregierung Boden in der öffentlichen Meinung wieder gutzumachen,

den sie längst verloren hat. Sportpolitik scheint sich dafür besonders zu eignen; denn das Verbindende des Sports, das gesellschaftliche Ansehen und die unbestreitbaren Vorteile von Sport für Integration und Toleranz in unserer Gesellschaft sollen geschickt genutzt werden.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Hessische Landesregierung es so gedreht hat, dass die Konferenz aller Landessportminister in Hessen exakt neun Tage vor der Landtagswahl stattfindet. Sicherlich mit großem Brimborium und viel Öffentlichkeitsarbeit soll dann der letzte Sportfan angesprochen werden.

Herr Rhein, wenn es bei dieser Sportministerkonferenz aber auch so unkonkret bleibt wie die heutige eher kryptische Rede von Ihnen, dann werden Sie wohl wieder nur wenige überzeugen können. Wenden wir uns also dem Konkreten zu, dem, was die Sportlerinnen und Sportler interessiert und bewegt.

Da wären zunächst einmal der Zustand der Sportstätten, also der Sportplätze, Sporthallen, Schwimmbäder, und der Sportunterricht an den Schulen unter die Lupe zu nehmen.

Die Landesregierung lobt sich selbst für ihr Hallenbadinvestitionsprogramm mit dem bezeichnenden Namen HAI, mit dem sie in den letzten fünf Jahren 50 Millionen €, also 10 Millionen € pro Jahr, an Zuschüssen zur Verfügung gestellt hat und das Ende letzten Jahres ausgelaufen ist.

War es ausreichend, frage ich angesichts der Finanznot der Kommunen, bloß die dringend notwendigen Renovierungsarbeiten der Hallenbäder dadurch teilweise mitzufinanzieren, aber sie mit den Betriebskosten weiter alleine zu lassen und ihnen 344 Millionen € pro Jahr aus dem kommunalen Finanzausgleich zu entwenden?

Die laufenden Betriebskosten sind das Hauptproblem in den Kommunen. Und die führen dann zu erheblich steigenden Eintrittspreisen. Gleiches gilt für die Freibäder. Kleinverdienerinnen und -verdiener, Studentinnen und Studenten, Kinder, alle, die vielleicht nicht ihren Urlaub auf Mallorca oder in der Karibik verbringen können, sondern als Freizeitmöglichkeit vor allem das Schwimmbad nutzen müssen und wollen, erhalten z. B. im schwarz-grün regierten Frankfurt saftige Gebührenerhöhungen bis zu 33 %. Herr Minister, Sie kommen doch aus Frankfurt. Da können Sie doch einmal etwas für den Sport tun, finde ich.

(Beifall bei der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

Herr Minister, erst hat man nämlich dort den Rentnerinnen und Rentnern die Jahreskarte weggenommen und dann als Kompensation Monatskarten eingeführt. Jetzt werden die Monatskarten wieder abgeschafft. Dadurch wird der Besuch im Schwimmbad für Rentnerinnen und Rentner um ein Vielfaches teurer.

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

– Ich höre halt gern, bis Sie fertig sind. – Gerade für viele ältere Menschen ist Schwimmen eine Sportart, die auch mit körperlichen Einschränkungen noch ausgeführt werden kann. Viele werden sich einen Besuch nur noch seltener leisten können. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsvorsorge ist dies aber ein Schlag ins Gesicht. Herr Minister, ich empfehle Ihnen, darüber in der Arbeitsgruppe „Hessen IN FORM“ einmal intensiv nachzudenken.

Die Landesregierung hingegen rühmt sich, in den letzten zehn Jahren 133 Millionen € in Sportanlagen investiert zu

haben. Ziehen wir davon die 50 Millionen € aus dem Hallenbadinvestitionsprogramm HAI ab, dann bleiben pro Jahre gerade einmal 8,3 Millionen €.

(Norbert Kartmann (CDU): Wenn Sie die noch abziehen, haben Sie null!)

Das ist viel zu wenig angesichts eines Sanierungsstaus bei den Sportstätten, der für Hessen bei geschätzten 3 Milliarden € liegt – Herr Dr. Müller, 3 Milliarden €. Die rund 200.000 ehrenamtlich in den Sportvereinen Tätigen hätten mehr an Unterstützung und Anerkennung ihrer Arbeit verdient als den Verweis auf die bundesweite Anhebung der Übungsleiterpauschale oder der Ehrenamtspauschale, die wir auch für richtig halten, die aber sicher nicht ausreicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Förderung des Breitensports wäre ohne das intensive Engagement der vielen Ehrenamtlichen überhaupt nicht möglich. Ihnen gebühren Dank und Anerkennung für ihren persönlichen und oft auch finanziellen Einsatz. Wir müssen uns aber auch fragen, wie wir zukünftig sicherstellen können, dass die Vereine angesichts einer Gesellschaft, in der immer stärker rund um die Uhr an allen Tagen der Woche gearbeitet wird, über eine ausreichende Zahl an Betreuerinnen und Betreuern, Übungsleiterinnen und Übungsleitern, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern usw. verfügen.

Solche Fragen sollte sich die Landesregierung auch dann stellen, wenn sie wieder einmal dabei ist, die Sonntagsarbeit über eine Bedarfsgewerbeverordnung auszudehnen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Wir brauchen aber bessere Freistellungsregelungen für das Ehrenamt bis hin zu einer finanziellen Unterstützung bei Klein- und Mittelbetrieben. So greift nämlich das eine in das andere und hängt das eine mit dem anderen zusammen.

In der letzten Woche war in der „Offenbach-Post“ unter der Überschrift „Sportvereine atmen auf“ Folgendes zu lesen:

Die teilweise Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren (G 9) wird von den Hanauer Sportvereinen mit Erleichterung aufgenommen.

Nach Erkenntnissen des Sportkreises Hanau werten die meisten Sportvereine die Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit „als einen richtigen Weg für eine umfassende Bildung“ der Jugendlichen. ... Mit der Wiedereinführung von G 9 sähen die Sportvereine nun wieder eine Chance, Schüler mit Sport- und Freizeitangeboten bereits vor 16 Uhr zu werben.

Sportpolitik ist also auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Da bleibt es unverständlich, weshalb sich die Landesregierung angesichts der Forderung von über 90 % der hessischen Eltern weiterhin weigert, generell zu G 9 zurückzukehren.

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

Herr Minister, vielleicht sollten Sie als Sportminister einmal mit Frau Beer reden. Denn Sie sagen, die Kinder und Jugendlichen sollten im Mittelpunkt der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Breiten- und Leistungssport stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei dieser Gelegenheit wäre es sicherlich auch sinnvoll, gemeinsam Lösungen für das Problem zu entwickeln, wie die Situation hinsichtlich der knappen Hallenkapazitäten und der Trainingsmöglichkeiten, über die viele Vereine klagen, mit den Kommunen verbessert werden kann. Im Zuge der Schuldenbremsenpolitik ausgerechnet den Sportvereinen Gebühren für die Hallennutzung abknöpfen zu wollen ist und bleibt kontraproduktiv.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu haben Sie in Ihrem Beitrag natürlich nichts gesagt.

Uns, den LINKEN, geht es vorrangig um die Förderung des Breitensports. Dafür ist die Finanzausstattung der Kommunen deutlich zu verbessern. Wir wollen, dass die Zugangsbedingungen zum Sport für alle verbessert werden. Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und vom sozialen Status abhängen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein besonderes Augenmerk ist dabei auch auf den behindertengerechten und integrativen Sport zu richten. Ich möchte die integrative Arbeit der Sportvereine ausdrücklich hervorheben. Herr Minister, da sind wir uns einig: Sie ist von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Gerade in den Sportvereinen können durch das gemeinsame Miteinander Vorurteile abgebaut werden. Hier wirkt die Integration weit über das eigentliche Vereinsleben hinaus.

Miteinander Sport zu treiben heißt auch, miteinander zu leben. Mit dem Programm „Integration durch Sport“ fördert die Sportjugend Hessen Vereine und Verbände bei der Entwicklung der entsprechenden Rahmenbedingungen. In dem Arbeitsprogramm bis zum Jahr 2015 heißt es dazu – ich zitiere –:

Dabei verstehen wir Integration nicht als Anpassung an das deutsche Sportsystem, sondern als einen wechselseitigen Prozess der Annäherung, des gegenseitigen Verstehens und der gleichberechtigten Teilhabe und Einbindung in den organisierten Sport.

Ich möchte von dieser Stelle aus der Sportjugend Hessen ganz besonders dafür danken, dass sie sich neben ihrer Integrationsarbeit auch seit vielen Jahren in herausragender Weise in den Vereinen sowie gemeinsam mit dem Hessischen Jugendring stark beim Kampf gegen Gewalt und Rechtsextremismus engagiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Gewalt hat bei Sportveranstaltungen nichts zu suchen. Da sind wir uns alle einig. Auch der Gewaltbereitschaft der Zuschauer bei oder nach großen Sportveranstaltungen ist entgegenzuwirken. Ich warne aber vor Vorverurteilungen ganzer Fangruppen und den damit verbundenen polizeilichen Maßnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Einschränkungen bis hin zu Verboten, das Stadion zu besuchen, müssen mit Bedacht und dürfen nur in Ausnahmefällen ausgesprochen werden. Eine besondere Eingangskontrolle einzelner Personen oder von Fangruppen darf nicht die Würde verletzen. Herr Minister, sonst führt das genau zum Gegenteil dessen, was man erreichen will.

Herr Minister, natürlich sehen wir es als positiv an, dass Sie sich im Januar 2013 endlich mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fans der Eintracht und anderer hessischer Fußballvereine an einen Tisch gesetzt haben. Dass

Sie aber nach diesem Treffen betont haben, dass das DFL-Sicherheitspapier „Stadionerlebnis“, das bundesweit gelten solle, nicht weit genug gehen würde und Sie einen hessischen Weg finden möchten, ist erschreckend.

Mehr als 76.000 Menschen aus unterschiedlichen Vereinen haben auf der Seite „www.ich-fuehl-mich-sicher.de“ gegen dieses Papier unterschrieben. Über mehrere Wochen hinweg haben Fans beinahe ausnahmslos in allen Stadien aus Protest gegen die Verabschiedung des Papiers am 12.12.2012 für zwölf Minuten und zwölf Sekunden geschwiegen. Es herrschte in fast allen Stadien in dieser Zeit eine gespenstische Stille.

Natürlich gibt es Gewalt im Fußball. Es gibt sie genauso, wie sie auch sonst in der Gesellschaft existiert. Wenn man sich einmal sachlich und nüchtern mit den Zahlen beschäftigt, werden die Dimensionen auch recht schnell geradegerückt.

In der Saison 2011/2012 besuchten rund 18,8 Millionen Menschen die Spiele der 1. und 2. Fußball-Bundesliga. Nach Statistiken der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze der Polizei gab es dabei im Durchschnitt 1,5 verletzte Personen pro 16.400 Zuschauer. Dabei wurden keine Zahlen über die Verletzungsursachen oder die Schwere der Verletzungen ausgewiesen, sodass auch geringere Verletzungen oder aber Verletzungen, die z. B. bei einem Sturz entstanden sind, in diese Zahl einfließen.

Man kann diese Zahlen z. B. mit denen des Münchener Oktoberfestes vom Jahr 2011 vergleichen. Dort kam man auf 10.322 Verletzte bei rund 7 Millionen Besuchern. Das sind rund 600 verletzte Personen pro Tag des Oktoberfestes.

Genauso wie wir gemeinsam gegen Alkohol am Steuer oder die existierende Gewalt in der Gesellschaft kämpfen, muss natürlich auch die Gewalt im Umfeld der Fußballspiele bekämpft werden. Es gehört jedoch zur Ehrlichkeit in dieser Debatte, dieses Problem nicht künstlich aufzublasen, sondern sich sachlich gemeinsam mit den Fans damit auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Es gibt 53 Fachverbände in Hessen, in denen Sport getrieben wird! Sie reden über den Profifußball!)

– Das ist auch ein Thema des Sports. Herr Dr. Müller, wenn Sie genau zugehört haben, werden Sie gemerkt haben, dass ich nicht nur über den Profifußball rede, sondern ich rede sehr wohl auch über den Bereich, den Sie vertreten, der den Breitensport repräsentiert. Ich rede über alle 53 Verbände.

Der einzige Erfolg versprechende Weg bei solchen Auseinandersetzungen bleibt deshalb die Durchführung präventiver Maßnahmen. Das sind die Fanprojekte der Vereine. Sie müssen mit öffentlicher Unterstützung weiter ausgebaut werden.

Wer über Sport spricht, muss leider auch über Doping sprechen. Herr Minister, Sie haben das nicht getan. Viele glauben, das sei die Aufgabe der Sportverbände, und sie trügen die Hauptverantwortung im Kampf gegen Doping. Der ehemalige Radprofi und ARD-Experte Marcel Wüst hat einmal gesagt – ich zitiere –:

Im Radsport wie im Sport allgemein wird immer gedopt werden. Genauso wie in der Politik immer ge-

schmiert und in der Wirtschaft immer bestochen wird.

Nun wissen wir, dass seine Aussage sehr verkürzt ist, dennoch wächst das Dopingproblem und schadet dem Sport insgesamt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist erkennbar, dass der Sport das Dopingproblem nicht alleine lösen kann. Deshalb sehe ich hier auch den Staat, das Land, mit in der Pflicht. Dabei geht es mir nicht um den Eingriff in die Autonomie der Sportverbände, sondern um deren Unterstützung, z. B. durch ein Anti-Doping-Gesetz und die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

Zur reibungslosen Organisation der vielen Sportaktivitäten und der internen Verbandsarbeit sind auch hauptamtlich Beschäftigte notwendig. Herr Dr. Müller, wer weiß das besser als Sie? Ich denke dabei insbesondere an eine ausreichende finanzielle Unterstützung für den personellen Ausbau der Sportkreise. Denn durch den Wegfall der Zivildienstleistenden mussten manche Vereine ihr Angebot einschränken.

Aus all den genannten Gründen ist es notwendig, die Arbeit des Landessportbundes auf sichere finanzielle Füße zu stellen. Noch in den Zeiten, als die Ausschüttung bei den Lottomitteln gedeckelt war, haben wir die Initiative zur Aufhebung ergriffen, was zu einer „Anhebung des Deckels“ führte. Nun geht es aber darum, angesichts der weiter zurückgehenden Einnahmen einen festen Boden einzuziehen. Dazu liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, der bald verabschiedet werden sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss feststellen: In Hessen wie in 14 weiteren Bundesländern wurde die Förderung des Sports in die Landesverfassung aufgenommen, und das ist gut so. Art. 62a der Hessischen Verfassung lautet:

Der Sport genießt den Schutz und die Pflege des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Wir als LINKE stehen dafür, diese Verfassungsbestimmung stärker als bisher durch konkrete Maßnahmen und Leistungen des Landes mit Leben zu füllen. Nur dann gewinnen auch alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schaus. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Klee zu Wort gemeldet.

#### **Horst Klee (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren haben wir hin und wieder über den Sport gesprochen, und nach meiner Erinnerung auch vor 1999 immer in sehr sachlicher Form – nicht vergessend, dass Landespolitik nicht alles lösen kann und dass natürlich im Zusammenwirken von Landespolitik, der Förderungspolitik von Kommunen, Verbänden und Vereinen das Beste herausgeholt werden muss. Das ist nicht immer einfach.

Herr Mack, Ihren Redebeitrag kann ich nur als einen Frontalangriff auf alles, was sich bewegt, verstehen. Sie haben niemanden geschont. Sie haben Fakten genannt, die ich bezweifle; ich werde das in aller Ruhe nachlesen. Sie haben einen Tonfall angeschlagen, der mich veranlasst, zu glauben, dass bei Sportverbänden, die in Frankfurt oder in Grünberg tagen oder wo auch immer, jedes Mal die reine Revolution in diesem Land stattgefunden hätte und man gesagt hätte, diese Landesregierung leiste für den Sport überhaupt nichts. Das krasse Gegenteil ist der Fall, das krasse Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eines will ich vorausschicken: Der Redebeitrag des Kollegen Rudolph war weitgehend von Sachlichkeit geprägt

(Peter Beuth (CDU): Das war ungewöhnlich!)

– ich habe da doch gar keine Scheu –, ohne bestimmte Punkte auszusparen, die natürlich einer Lösung bedürfen. Wir haben doch keine Stunde null und können nicht das Ruder einfach herumwerfen und plötzlich alles anders machen.

Ich kann mich erinnern, in der Landesregierung hatten wir immer Minister, die dem Sport äußerst verbunden waren. Es beginnt mit Herbert Günther. Ich erinnere mich an Armin Clauss und an Gerhard Bökel. Was dann kam, nach 1999, das wurde hier schon aufgeführt. Mit dem ehemaligen Finanzminister Karlheinz Weimar hatten wir jemanden, der ebenfalls mit dem Sport sehr eng verbunden war – und das hat dem Sport in diesem Lande nicht geschadet.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich will Ihnen einmal etwas aus der Praxis erzählen, denn hier entsteht der Eindruck, wir wären bei der Integration in diesem Lande geradezu hinter dem Mond.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das gilt nur für einige in Ihrer Fraktion!)

– Ach, Herr Schaus, mit Ihrem Beitrag befasse ich mich schon gar nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Helmut von Zech (FDP) – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich weiß noch ganz genau, dass im Jahr 2009 das heutige SPD-Mitglied Benedetto, Ausländerbeirat, ausdrücklich die Anstrengungen zur Integration in diesem Land gelobt hat. Daran brauchen wir auch nicht zu rütteln.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, denn ich bin nahe am Vereinsleben: Ich kenne einen Verein, der hat 370 Kinder und Jugendliche als Mitglieder, davon sind etwas über 70 % Kinder von Eltern mit ausländischen Wurzeln. Bei den Betreuern finden Sie von Portugal über Spanien, Bosnien-Herzegowina bis nach Ghana alle Farben und alle Sorten. Im Vorstand dieses Vereins ist ein Türke in einer sehr verantwortlichen Funktion und ebenfalls ein Grieche. Wenn ich Integration abbilden will, dann kann ich nicht dabei bleiben, Kinder zu betutteln, sondern ich muss das im Gesamtverein abbilden: Das muss eine gelebte Integration sein. Dafür werbe ich immer wieder, und das wird auch von dieser Sportpolitik des Landes Hessen gesehen und gefördert.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vereine, die ein solches Programm auflegen – ohne dass man ihnen beständig Integrationspapiere vorliest, sondern die das machen, weil das aus ihrem Stadtteil heraus die Lebenswirklichkeit ist –, können sich über den Rahmen öffentlicher Förderung auch der Unterstützung versichern. Das ist der richtige Weg: Man muss das zusammen sehen.

Sie haben das Thema G 8/G 9 angeschnitten, die Ganztagschule. Das Thema Sport ist bei der Ganztagschule noch nicht befriedigend gelöst. Wir brauchen um 15 Uhr oder um 15:30 Uhr das verlässliche Ende der Ganztagschule, und am besten haben die Kinder dann auch schon die Hausaufgaben gemacht, sodass sie sich dann musischen oder sportlichen Interessen zuwenden können. Das ist auch die Aufgabe von Bildungspolitikern.

Da will ich mich gar nicht hineinhängen. Bei den Bildungspolitikern bin ich für das Konkclave,

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das wird nichts!)

aber wie ich die Bildungspolitikern kenne, sterben die lieber, statt dass weißer Rauch kommt.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Zurufe – Günter Rudolph (SPD): Ich klatsche wenigstens!)

Das Protokoll vermerkt: verstärkter Beifall des Kollegen Rudolph.

(Heiterkeit – Günter Rudolph (SPD): Der Rest traut sich nicht! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Ich klatsche da mit!)

Die Debatten, die wir im Hessischen Landtag hatten, waren aus den Themen der Landessportkonferenz und den Treffen der Freunde des Sports abgeleitet. Bei diesen Treffen sitzt nicht die Presse am Tisch, sondern dort orientiert man sich ausschließlich an der Sache. Dort hält man keine Fensterreden. Für mich war das heute vorgezogener Wahlkampf, in besonderer Weise vom Kollegen Mack. Vielleicht geht es dabei auch noch um einen besseren Listenplatz – was weiß ich. Der Grund ist mir auch egal. Aber das war an den eigentlichen Realitäten vorbei.

Beim Thema Sportpolitik kommt doch zum Ausdruck, dass wir die Gemeinsamkeiten betonen und dass bei den Vereinen draußen die Parteipolitik keine Rolle spielt. Es geht ausschließlich darum, seine Vereinsarbeit daran zu orientieren, wie man Unterstützung erhält: Gibt es den Nulltarif in den Gemeinden? Sind die Schwimmbäder noch da? Sind noch Wasserflächen vorhanden?

Wenn die Landesregierung heute hier vorträgt, welche Leistungen sie erbracht hat, dann muss man doch die Größe haben, einfach einmal zu sagen: Jawohl, das ist der richtige Weg in die richtige Richtung. – Mit Sicherheit ist es nicht genug.

Heute habe ich von irgendjemandem Wahlprüfsteine bekommen. Wenn ich einmal addiere, was die alles wollen und was in den nächsten Monaten noch auf uns zukommt, dann muss der Haushalt doppelt so hoch sein. Das wird er aber sicher nicht werden.

(Zurufe von der SPD – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie müssen die Einnahmen erhöhen!)

Darum müssen Prioritäten gesetzt werden.

Zum Thema Breiten- und Leistungssport will ich deutlich sagen: Beide leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die gesellschaftliche Entwicklung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Die Stärkung der Gemeinsamkeiten, eingeübte, praktizierte Fairness und menschliches und demokratisches Miteinander sind erstrebenswerte und gewollte Ziele. Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Schichten, Kulturen, Religion, unterschiedlichen Geschlechts, mit oder ohne Behinderungen finden in der sportlichen Betätigung Verbindungen, die für ihr Leben einen unverzichtbaren Wert haben. Mit diesen Idealen ist der Sport angetreten. Vielleicht sind das alte Kamellen, aber das ist heute noch so richtig und wichtig, wie das vielleicht vor Jahrzehnten formuliert wurde.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Über Generationen hinweg wird das freiwillige Engagement junger und älterer Sportbegeisterter gefördert. Meine Damen und Herren, oft wird das Wort von der Erschwernis des Ehrenamtes geprägt, und was alles damit zusammenhängt. Auch die Förderungsprogramme der Verbände, wie Ehrenamtler geschult werden, reichen dann nicht hin, wenn sie nicht genug Leute haben, die bereit sind, eine solche Aufgabe zu übernehmen. In unserer Event-Gesellschaft haben viele Tausend andere Beschäftigungen – ich denke nur an die Medien, an Facebook und Twitter; ich habe keine Freunde bei Facebook, und das ist gut so. Sie beschäftigen sich mit diesen Dingen und haben für anderes, manchmal sogar für eine normale Unterhaltung, keine Zeit. Darum werden die Leute von diesen Dingen abgelenkt.

(Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie heute jungen Menschen gegenüberstehen, die im Verein groß werden, und sie fragen, ob sie eine ehrenamtliche Aufgabe übernehmen, dann sind manche dazu bereit – partiell, aber nicht so langfristig, wie wir das in Vereinen und Verbänden brauchen. Es muss sich nämlich ein Erfahrungsschatz ansammeln, wie man einen Verein oder eine Gruppe führt oder wie man die Jugend betreut – und zwar in einer Gesellschaft, die heute auch davon geprägt ist, dass sie eine Leistungsgesellschaft ist und dass zum Teil die Leistung, die Spitzenleistung überdreht wird. Ich kenne ein Presseorgan, das zu lesen ich nicht bevorzuge, das den Medaillenspiegel der Olympischen Spiele bereits zu einem Zeitpunkt vermeldet, zu dem diese noch gar nicht angefangen haben.

Ich will damit sagen, welcher Eindruck bei solchen Dingen erzeugt wird. Diesem Leistungsdruck ist nicht jeder gewachsen. Wer junge Menschen fördern will, der muss auch auf die Bedürfnisse der jungen Menschen eingehen und muss ihnen ein Angebot machen. Ich habe kein Problem mit den Leistungszentren, weder bei Eintracht Frankfurt noch bei Wehen Wiesbaden. Aber die Jugendarbeit machen die kleinen Vereine, weil die großen in den Leistungszentren Auslese für den einen oder anderen Jahrgang betreiben, festgeschrieben von der deutschen Fußballliga; und alle, die nicht in das Konzept passen, werden in die Wüste geschickt.

Wenn Sie in einem Verein mit Kindern arbeiten, die neun oder zehn Jahre alt sind, und sie sich ansehen, wenn sie das erste Mal üben, dann stellen Sie schon fest, dass viele beim

besten Willen nie Fußballer werden. Aber diese Kinder suchen das Gemeinschaftserlebnis, das Miteinander mit den anderen. Da sind auch Dicke dabei, die werden es nie schaffen, aber sie sind froh, dass sie kommen können, auch sie tragen Trikots mit den Namen Lionel Messi oder Özil oder von sonst jemandem und freuen sich, wenn sie dabei sind. Teilweise sind die Trikots länger als die Kerle selbst.

(Heiterkeit)

Aber sie haben Spaß. Man muss im Vereinsleben natürlich auch zur Offenheit bereit sein. Wir haben bei uns auf der Homepage einen Satz, der lautet: Ob eine Mutter mit Kopftuch oder ohne ihr Kind zu uns bringt, ist uns egal; die Hauptsache ist, das Kind will Fußball spielen. – Das ist unsere Botschaft in Richtung Integration, denn wir brauchen jeden in diesem Land.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten einmal sehen, mit welcher Freude die Kinder dabei sind, wie sie sich freuen, dass sie zu uns kommen. Und wenn wieder einmal eine Weltmeisterschaft oder eine Europameisterschaft ansteht, bedrängen sie ihre Eltern, anzurufen und zu fragen: „Wann können wir denn unser Kind zu Ihnen bringen?“ Dann frage ich: „Wie alt ist es denn?“ – „Fünf Jahre alt. Aber er lässt uns von morgens bis abends keine Ruhe, er will Fußball spielen.“ – Das müssen wir einfach anbieten. Ich weiß, dass die Situation in den Ballungszentren eine völlig andere ist als auf dem Land. Das ist ganz klar. Dort ist es bei den Geburtenzahlen, die wir heute haben, schwierig, das alles abzubilden. Dabei geht es nicht nur um den Fußball, sondern auch um andere Sportarten.

Zum Thema Schule und Verein will ich etwas sagen. Es kommt ja immer das Schlagwort, die Vereine sollen in die Schulen gehen und sollen das mit den Schulen hinkommen. Das funktioniert an der einen oder anderen Stelle in der einen oder anderen Sportart. Aber bei Mannschaftssportarten und bei einem Schulsystem, bei dem die Kinder aus allen Ecken und Enden einer Stadt kommen, geht das nicht. Es gibt auch keine Ehrenamtler, die schon um 15 Uhr oder um 15:30 Uhr zur Verfügung stehen. Die Leute schaffen ja alle ihre Arbeit.

Ich will aber ein Plädoyer für das halten, was die Landesregierung an Förderungsmaßnahmen in Absprache mit den Verbänden und mit dem Landessportbund macht, und ich will gar nicht geringreden, was der Kollege Rudolph in Richtung Glücksspielstaatsvertrag gesagt hat. Zu diesem Staatsvertrag haben wir im Innenausschuss eine Anhörung beschlossen. Ich bin immer noch optimistisch und hoffe, dass wir das hinkommen, dass wir das Thema durchhacken, dass wir das lösen. Mein Ziel ist das auf jeden Fall. Ich weiß aber nicht, ob ich die Kraft habe, die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Es muss uns aber daran gelegen sein, eine einvernehmliche Lösung zu bekommen. Das haben wir in den letzten Jahren immer geschafft. Ich bin auch der Meinung, das ist des Schweißes der Edlen wert.

Ich will noch etwas zu den Fanprojekten und zum Thema Gewalt sagen. Ich will davon aus der Praxis berichten. In Wiesbaden hat kürzlich ein Fußballspiel zwischen zwei Verbandsligisten stattgefunden – alles friedlich, alles schiedlich, gar kein Problem. 20 Minuten vor Schluss in einer Ecke: elf junge Leute mit Bengalos, Feuerwerkskör-

pern usw. Gott sei Dank waren zwei Polizeibeamte in Zivil anwesend, weil wir ein Fußballspiel vorbereiten, das am Samstag stattfindet, und zwar gegen Kickers Offenbach. Die Polizeibeamten haben sofort zugegriffen, haben ein Handy beschlagnahmt, wo sie die Adressen der elf Leute gefunden haben. Wir haben dann festgestellt bzw. es wurde uns von der Polizei gemeldet, dass niemand dieser elf Leute mit den beiden Vereinen, die damals gegeneinander gespielt haben, irgendetwas zu tun hatte. Diese elf Leute sind von einem Verein in der Nachbarschaft nach Wiesbaden gekommen, ausschließlich mit dem Ziel, Randalen zu machen. Es ist jetzt gelungen, dass der Verein diesen elf Leuten, die er zum Teil schon kannte, ein Stadionverbot erteilt hat. Ich halte das für absolut richtig. Wer sich so verhält, hat auf dem Sportplatz nichts verloren. Man weiß vorher, was man da macht.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wenn ich daran denke, was uns am Samstag erwartet: Ein kleiner Verein muss einen Sicherheitsdienst ordern. Der kostet rund 2.000 €. Die Polizei wird eine starke Präsenz zeigen – alles nur deshalb, weil inzwischen bekannt ist, dass 600 Offenbacher kommen. Ich habe nichts gegen Offenbacher im Allgemeinen,

(Heiterkeit)

und der Kollege Lortz ist ja auch nicht da – zumindest im Moment.

(Große Heiterkeit)

Der hätte mir sofort einen Zwischenruf präsentiert.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Herr Grüttner ist doch da!)

– Herr Grüttner ist Wiesbadener. Er ist nur Leih-Offenbacher.

(Große Heiterkeit)

Ich will noch etwas berichten. Wir haben vor Jahrzehnten vor 3.000, 4.000, 5.000 Zuschauern gespielt auf einer ganz normalen Sportanlage mit zehn oder zwölf Platzordnern. Die Leute sind friedlich gekommen und friedlich wieder gegangen. Heute ist es so: kein Flaschenbier, alle Getränke in Bechern, Sicherheitsdienst, Polizei – bei einer zu erwartenden Zuschauerzahl von 1.200 bis 1.300 Leuten. Das ist auch für den Sport nicht einfach, und das ist eigentlich eine Sache, die man so nicht akzeptieren kann. Deshalb bin ich sehr dafür, da stimme ich Herrn Mack zu, dass die Leute, die dabei ertappt werden, dass sie nur Randalen machen wollen, einer Bestrafung zugeführt werden.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass es richtig ist, wenn wir den Breitensport in besonderer Weise fördern; denn dort erreichen wir viele, viele Menschen, die gutwillig sind, und wir erreichen auch die Eltern, die begriffen haben, dass sie ihrem Kind ein Stück Zukunft entziehen, wenn sie ihm die Möglichkeit der Bewegung entziehen. Es muss noch stärker in die Elternschaft hineingetragen werden, dass das einfach wichtig ist.

In der Sportpolitik gibt es keinen Punkt, wo man sagen kann, es ist alles schon zu 100 % erreicht. Wo gibt es das denn? Wir alle sind aufgerufen, uns im Rahmen unserer Möglichkeiten einzubringen. Einen Teil der Situationen,

die heute hier geschildert worden sind, müssen wir positiv besetzen und Lösungen auf den Weg bringen. Wenn ich hier für die CDU-Fraktion spreche, denke ich, sagen zu können: Wir sind bereit, mit allen, die gutwillig sind, an dieser Sache weiterzuarbeiten – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Jugend des Landes Hessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Verlagerung der Zuständigkeit nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz auf die Hessische Eichdirektion – Drucks. 18/7121 –**

Der Gesetzentwurf wird von der Landesregierung eingebracht. Herr Staatssekretär Weinmeister, bitte schön.

#### **Mark Weinmeister, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bringe heute den Entwurf für ein Gesetz ein, das die Zuständigkeit für die Überwachung nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz neu regelt. Bislang wurde dies nur im Einzelfall von den jeweiligen Kreisausschüssen bzw. den Magistraten der kreisfreien Städte überwacht.

Wir haben uns nach einer Änderung der europäischen Rechtsordnung, bei der es darum geht, dass die Produktkennzeichnungen hinsichtlich ihres Energieverbrauchs kontinuierlich überwacht werden müssen, dazu entschieden, die kommunale Familie von dieser Aufgabe zu entbinden, auch um zu einer stärkeren Bündelung zu kommen. Wir schlagen deswegen in unserem Gesetzentwurf vor, die Hessische Eichdirektion mit dieser Überwachung zu beauftragen.

Das ist ein Weg, bei dem wir auf der einen Seite eine Behörde haben, die das ordentlich umsetzen kann, weil sie über die notwendige Erfahrung verfügt, und auf der anderen Seite die Magistrate und die Kreisausschüsse von dieser Aufgabe entbinden. Das ist auch ein guter Beitrag zur Arbeit der Kommunen. Deswegen bitte ich Sie darum, sich in den Beratungen wohlwollend mit diesem Gesetzentwurf auseinanderzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Auf eine Aussprache wird verzichtet. Ich stelle fest, dass die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung durchgeführt worden ist.

Zur Vorbereitung der zweiten Lesung überweisen wir den Gesetzentwurf an den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. – Dem widerspricht keiner. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Abkommen zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik – Drucks. 18/7122 –**

(Günter Rudolph (SPD): Der Wirtschaftsminister ist zuständig! Wo ist er denn? Noch gibt es eine Zuständigkeit im Rahmen der Landesregierung! – Gegenrufe von der CDU)

– Herr Staatssekretär Saebisch ist anwesend und bringt den Gesetzentwurf ein. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

**Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude und Ehre, dass ich den Gesetzentwurf heute in den Hessischen Landtag einbringen kann.

(Dem Redner werden Unterlagen überreicht. – Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der SPD: Wie peinlich!)

– Dass der Herr Minister mir jetzt auch die Vorlage reicht, erhellt es umso mehr. – Ich darf Ihnen vortragen, dass wir in diesem Gesetzentwurf den Vollzug der Marktaufsicht über harmonisierte Bauprodukte und die Beseitigung von Hemmnissen für den freien Warenverkehr regeln. Ich glaube, uns alle in diesem Hause eint es, dass wir eine kostensparende Lösung und eine Erleichterung für die Länder erreichen wollen. Auch die zentrale Aufgabenwahrnehmung beim Deutschen Institut für Bautechnik in Berlin ist, denke ich, unstrittig. Daher sehen wir einer schnellen und effizienten Ausschussberatung und dann einem schnellen und erfolgreichen Abschluss dieses Gesetzgebungsverfahrens in unserem Haus entgegen. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Der Gesetzentwurf ist eingebracht. Auch hier haben wir vereinbart, dass wir auf eine Aussprache verzichten.

Wir überweisen den Gesetzentwurf in erster Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den zuständigen Wirtschaftsausschuss. – Dem widerspricht keiner. Somit ist das beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz über die Neuregelung schulischer Inklusion in Hessen (GENESIS) – Drucks. 18/7125 –**

Zur Einbringung erteile ich Frau Kollegin Habermann für die Fraktion der SPD das Wort.

**Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Inklusion von Kindern mit Förderbedarf droht in Hessen zu scheitern. Mit dem Schulgesetz und der Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung wurden Regelungen getroffen, die die inklusive Beschulung verhindern und die Akzeptanz bei Eltern und Schulen verringern. Diesen Befund teilen viele Förderzentren, Eltern und Schulen im Land. Diese können Sie auch nicht mit den im vergangenen Monat veröffentlichten Zahlen täuschen.

Die Anzahl der abgelehnten Anträge auf inklusive Beschulung sei von 260 im Schuljahr 2011/2012 auf 140 im Schuljahr 2012/2013 gesunken. Mit Verlaub, hier werden Äpfel mit Birnen verglichen; denn im Schuljahr 2011/2012 wurde kein Kind ohne eine Überprüfung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung in eine Förderschule überwiesen. Ab dem Schuljahr 2012/2013 können Kinder auch ohne diese Überprüfung direkt in der Förderschule angemeldet werden. Meine Damen und Herren, diese Kinder tauchen in ihrer Statistik nicht auf. Ihre Zahl ist bisher nicht bekannt.

(Günter Schork (CDU): Stimmt ja gar nicht!)

– Herr Schork, das habe ich mir nicht aus den Fingern gesogen, sondern diese Auskunft steht auf dem Papier, das uns das Kultusministerium selbst vorgelegt hat. – Ohne Vergleichbarkeit erfüllen Ihre Zahlen aber nur einen Zweck: Sie wollen Erfolge vorgaukeln, wo es keine gibt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bisher wurden 140 Anträge auf inklusive Beschulung abgelehnt – im laufenden Schuljahr sind einige Überprüfungsverfahren noch nicht abgeschlossen –, und zusätzlich wurden 378 Kinder auf Empfehlung des Förderausschusses an die Förderschule überwiesen. Über die Gründe dafür wissen wir allerdings nichts. Wenn man weiß, dass im vergangenen Schuljahr 60 % der Ablehnungen mit fehlender sächlicher und personeller Ausstattung begründet wurden, kann man sich aber vorstellen, dass auch hier der Ressourcenvorbehalt eine Rolle gespielt hat.

Dieser Ressourcenvorbehalt führt nämlich dazu, dass die Eltern auf ihren Wunsch nach inklusiver Beschulung verzichten und die Förderzentren sie darin noch bestärken müssen, weil sie die notwendige Förderung in der Regelschule nicht sichergestellt sehen und sie auch nicht bereitstellen können. Entgegen Ihren eigenen Veröffentlichungen war nämlich die Gesamtzuweisung für sonderpädagogische Förderung 2010 mit 1.651 Stellen höher als 2012 mit 1.604 Stellen. Meine Damen und Herren, wie man hiermit Inklusion bewerkstelligen will, sollten Sie uns noch einmal erklären.

(Beifall bei der SPD)

Ohne diese Förderung bereitzustellen, zerstören Sie aber bei den Eltern und in den Schulen die Bereitschaft und das Verständnis und belasten die überaus engagiert arbeitenden Förderzentren erheblich.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir das ändern. Die UN-Konvention definiert ein individuelles Recht des Kindes und damit die Verpflichtung der Länder, durch Bereitstellung der personellen Voraussetzungen dafür zu sorgen, dass Kinder mit Förderbedarf bestmöglich gefördert werden können, wenn sie die allgemeine Schule besuchen. Wir wollen, dass Eltern dieses Recht für ihre Kinder wahrneh-

men können. Deshalb müssen an den allgemeinen Schulen zusätzliche Stellen mit sonderpädagogischer Kompetenz eingerichtet werden. Bei geringer werdenden Schülerzahlen in den Förderschulen müssen diese Kapazitäten den Schulen und Förderzentren zur Erweiterung der Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Mit unserem Gesetzentwurf wird der Ressourcenvorbehalt aufgehoben, sodass die Eltern ein echtes Wahlrecht haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber der Übergang zu einem inklusiven Schulsystem erfordert nicht nur das Engagement des Landes, sondern auch eine regelmäßige und verbindliche Kooperation zwischen Schul- und Jugendhilfeträger und dem Land. Deshalb enthält unser Gesetzentwurf einen Passus, der diese Kooperation regelt, über ein Förderbudget die Förderung an den Schulen sicherstellt und gegebenenfalls Schwerpunktschulen für einen sukzessiven Übergang festlegt.

Wir wollen ausdrücklich auch Förderschulen ermuntern, als inklusive Schulen zu arbeiten und Kinder ohne Förderbedarf aufzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies sollte innerhalb der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt werden; denn oftmals verfügen Förderschulen bereits über notwendige therapeutische Einrichtungen und Förderinstrumente, die ohne zusätzliche Aufwendungen weiter genutzt werden können. Wir haben inzwischen zwei Schulen in Hessen, die sich als Förderschulen auf den Weg gemacht haben, inklusiv zu arbeiten, und die dies im letzten Schuljahr auch mit einem großen Zuspruch begonnen haben.

Inklusive Schule umsetzen heißt auch, eine Entwicklungsperspektive vorzugeben. Ich erinnere an den Prozess der sukzessiven Auflösung der Sonderkindertagesstätten in Hessen. Er dauerte damals zehn Jahre. Meine Damen und Herren, heute ist es selbstverständlich, dass Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam eine Kindertagesstätte besuchen können. Für die Schulen mit Schwerpunkt Lernen wollen wir ebenfalls eine solche zeitliche Perspektive vorgeben und ab dem Schuljahr 2015/2016 keine neuen Kinder in die Förderschulen mit Schwerpunkt Lernen aufnehmen. Lernhilfeschulen sind in vielen anderen Ländern völlig unbekannt. Mit der entsprechenden Ausstattung der Schulen können diese Kinder, deren Handicap oft nicht fehlende Auffassungsgabe, sondern fehlende Sozialisationserfahrung und mangelhafte Sprachkenntnisse sind, in einer allgemeinen Schule ebenfalls erfolgreich lernen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf wollen wir die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems im Interesse der Kinder unterstützen. Wir erwarten eine konstruktive Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Schork für die CDU-Fraktion.

#### **Günter Schork (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu dem, was die Kollegin Habermann gesagt hat, stelle ich fest, dass sich die Regelungen, die wir im Schulgesetz im Zusammenhang mit der Inklusion getroffen haben, bewährt haben und die Inklusion in Hessen und die inklusive Beschulung bei Weitem nicht gescheitert sind.

(Beifall bei der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Es wurde noch nicht einmal angefangen!)

Die Zahlen, die uns in der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses und auch schon davor als Antworten auf verschiedene Berichtsansträge vorgelegt wurden, belegen dies eindeutig. – Frau Kollegin, hören Sie zu; denn Sie haben gesagt, die Zahl hätten wir nicht genannt bekommen: In 378 Fällen ist nach Beratung die Entscheidung der Eltern so gefallen, dass die Kinder sofort und direkt in die Förderschule gegangen sind und dort den Unterricht aufgenommen haben.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

#### **Günter Schork (CDU):**

Nein. – Die Zahlen können Sie der Antwort auf den Berichtsanspruch, die uns vorgelegt wurde, entnehmen. In 204 Fällen haben die Staatlichen Schulämter eine Entscheidung zugunsten der inklusiven Förderung getroffen, obwohl im Förderausschuss in dieser Frage keine Einstimmigkeit vorhanden war. In 1.942 Fällen wurde einstimmig entschieden, eine inklusive Beschulung zu ermöglichen. Das heißt, insgesamt wurde in dem genannten Schuljahr in 2.146 Fällen eine Entscheidung zugunsten der inklusiven Beschulung getroffen. Da zu sagen, die Inklusion sei gescheitert, ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben ausgeführt, dass in Ihrem Gesetzentwurf kein Ressourcenvorbehalt enthalten ist. Schauen wir uns die einzelnen Bestimmungen an. Es fällt auf, dass insbesondere in dem § 50 von Ressourcen und Erfüllung des Auftrags der inklusiven Beschulung die Rede ist. Bezeichnenderweise werden über einen Bedarf an Personal- und Sachmitteln überhaupt keine Ausführungen gemacht.

In demselben Paragraphen führen Sie aus, dass regionale Förderbudgets gebildet werden sollen. Es gibt keine Aussage, wie sich die regionalen Förderbudgets zusammensetzen oder zusammensetzen sollen. Auch da ist klar, wenn dies zwischen zwei Beteiligten passiert, dass es dort einen Haushaltsvorbehalt geben muss. Damit ist auch klar, dass es dort einen Ressourcenvorbehalt gibt.

Dasselbe Problem taucht in Ihrem § 55 auf, in dem Sie im letzten Satz sagen:

Hierbei kann geregelt werden, dass die inklusive Beschulung in der allgemeinen Schule von einer angemessenen räumlichen Ausstattung abhängig gemacht werden kann.

Auch das ist klar und eindeutig ein Ressourcenvorbehalt. Sie widersprechen mit Ihrem vorgeschlagenen Text dem, was Sie in der Begründung dargelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben angesprochen, dass Sie die Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen zu einem bestimmten Zeitpunkt auslaufen lassen wollen und dort keine neuen Schülerinnen und Schüler mehr aufgenommen werden sollen. Es wird Sie nicht verwundern, dass wir das ablehnen. Sie widersprechen sich insbesondere, wenn Sie dann in § 49 Abs. 2 sagen:

Dem Wunsch der Eltern auf sonderpädagogische Förderung in Förderschulen in ihren verschiedenen Formen ist zu entsprechen.

Was gilt? Gilt § 49 Abs. 2, oder gilt: „Die Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen laufen aus“? Was machen Sie, wenn Eltern sagen: „Wir wollen unsere Kinder weiter in die Förderschulen mit Schwerpunkt Lernen schicken“? Lassen Sie dann die Schulen auslaufen? Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen, weil das der Ausgangspunkt dessen war, was ich ausgeführt habe: Mit Ihrem vorgeschlagenen Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs gehen Sie auf die alte Regelung zurück, wie sie vor unserer Neuregelung war. Sie machen ein Gutachten obligatorisch, und Sie bilden den Förderausschuss ohne die Schulleitung der allgemeinbildenden Schulen. Damit negieren Sie die positiven Erfahrungen, die wir mit unserer Gesetzesregelung gemacht haben. Ich habe ausgeführt, dass sich die neue Zusammensetzung des Förderausschusses und die abschließende Entscheidung durch das Staatliche Schulamt sehr bewährt haben.

Das mag an dem späten Dienstagabend als erste Stellungnahme zu Ihrem Gesetzentwurf genügen. Wir sehen dort keine Verbesserungen zu den bisherigen Regelungen. Wir werden in den Ausschussberatungen sehr intensiv weiter über diesen Gesetzentwurf diskutieren. Aber ich kann Ihnen schon jetzt signalisieren, dass aus unserer Sicht dieser Gesetzentwurf nicht weiterhilft und wir ihm deswegen negativ gegenüberstehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Habermann das Wort.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Herr Schork, ich hätte mich mit einer Zwischenfrage begnügt. Aber so muss ich Ihre Zeit noch einmal hier vorne in Anspruch nehmen. Wir haben uns beide auf den Bericht bezogen, den das Kultusministerium im Ausschuss vorgelegt hat. Wenn Sie den genau gelesen hätten und wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass auch ich von den 378 Kindern gesprochen habe, die nach der Entscheidung des Förderausschusses in die Förderschule gekommen sind. Die Kinder, die nicht erfasst sind – weswegen diese Zahlen auch nicht vergleichbar sind –, sind diejenigen Kinder, die nach dem neuen Schulgesetz sofort, ohne vorherige sonderpädagogische Überprüfung,

in der Förderschule angemeldet worden sind. Von diesen rede ich. Von denen wissen wir im Moment nicht, wie viele es sind und mit welcher Begründung die Eltern dies tun.

Sie müssen uns schon erklären, wie Sie diese Zahlen vergleichen können, wenn das Kultusministerium selbst sagt, diese Zahlen sind zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vergleichbar. Das heißt, die vermeintlichen Erfolge sind noch nicht nachweisbar und evaluierbar. Das sollten Sie bitte ehrlicher Weise hier vorne auch zugeben.

Herr Schork, alles Weitere werden die Ausschusssitzung und auch die Anhörung ergeben. Dann werden wir darüber reden, ob andere in diesem Land, die sich mit Inklusion beschäftigen, in diesem Gesetzentwurf Verbesserungen sehen oder nicht. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das Ergebnis anders ausfallen wird, als Sie hier prognostizieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Abg. Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Ich freue mich, dass wir noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz beraten können, das versucht, die groben Fehler des Schulgesetzes der Landesregierung da zu korrigieren, wo sie sich auf die schulische Inklusion beziehen. Daher erst einmal ein großes Lob. Allerdings muss ich gleich Wasser in den Wein gießen, weil es meines Erachtens kein großer Wurf ist und ich mir gewünscht hätte, dass die Chance genutzt wird, gleich einen wirklich guten Gesetzentwurf vorzulegen. In einigen Punkten läuft er unseres Erachtens sogar der UN-Behindertenrechtskonvention zuwider. Ich nehme an, dass so ähnlich auch der Tenor der Stellungnahmen mancher Anzuhörender sein wird.

Wie ist die eherne Regel für Rückmeldungen? – Man fängt mit dem Positiven an. Das tue ich gerne, nicht nur aus taktischen Gründen, weil man dann die folgende Kritik besser verknusen kann, sondern auch, weil es gegenüber dem jetzigen Gesetz wirklich ein großer Fortschritt für uns alle wäre, wenn dieses Gesetz, jedenfalls in Teilen, zur Anwendung käme.

Ich will die positiven Veränderungen kurz aufzählen. Am wichtigsten ist der Wegfall des Ressourcenvorbehalts. Wir wissen, dass er der Knock-out für eine verantwortungsbewusste integrative Arbeit ist, gerne als Ausrede für eine mangelnde Veränderungsbereitschaft dient und bei den Veränderungsbereiten und Befürwortern der Inklusion auch zur Selbstausbeutung führt, ebenso wie er die Verantwortung für eine Verweigerung auf die Schulen, Schulträger und Kommunen abwälzt. Also nix wie weg damit.

Dann die Neuordnung der Zusammenarbeit in der Region und die regionalen Förderbudgets. Diese ist wirklich dringend überfällig, allerdings sollte sie ergänzt werden durch eine Neuordnung der Zusammenarbeit der involvierten Ministerien, vor allem des Kultus- und des Sozialministeriums.

Ebenso ist es positiv, dass es endlich eine klare zeitliche Orientierung gibt, wann die Sonderschulen für Schülerinnen

nen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen beginnen auszulaufen, auch wenn wir denken, dass man da etwas anspruchsvoller hätte sein können. Warum erst in zwei Jahren beginnen, keine Schülerinnen und Schüler mehr einer Schulform zuzuweisen, die im Ausland völlig unbekannt ist?

Weiter ist es überfällig, dass die Eltern künftig einen Anspruch darauf haben, die Gutachten der Förderausschüsse ausgehändigt zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Schließlich ist es ebenfalls sinnvoll, dass Förderausschüsse für den weiteren Bildungsweg der Schüler verantwortlich bleiben – so interpretiere ich jedenfalls das Wort „begleiten“.

In die richtige Richtung geht sicherlich auch die Regelung, dass Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht mehr gegen den Willen der Eltern am Förderort Sonderschule beschult werden dürfen – wobei ich da gleich mit der Kritik ansetzen muss: Wir sehen es so, und sind uns da mit dem Institut für Menschenrechte einig, das den Umsetzungsprozess in Deutschland kontrolliert, dass der individuelle Rechtsanspruch des Kindes auf Nichtdiskriminierung, auf gemeinsames Lernen, auf Inklusion, absolute Gültigkeit hat und nicht relativiert werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Rechtsanspruch des Kindes kann unseres Erachtens auch mit einem Wahlrecht der Eltern auf Sonderbeschulung ihres Kindes, auf Exklusion also, nicht ausgehebelt werden – zumal dieser Elternwunsch auf Nachfrage in der Regel damit begründet wird, dass die Eltern Angst haben, ihre Kinder wären an den allgemeinen Schulen schlechter aufgehoben und würden schlechter gefördert.

Inklusion ist jetzt aber ein einklagbares Menschenrecht für jedes Kind, nicht nur für das mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen. Das bedeutet auch, jedes Kind lernt gemeinsam mit seinen Freunden und Nachbarkindern in der allgemeinen Schule. Zugleich sind ihm angemessene Vorkehrungen zur Verfügung zu stellen, damit es sich entsprechend seinen Möglichkeiten entfalten kann.

Die Orientierung auf das Wahlrecht der Eltern ist unseres Erachtens ein ganz grundlegender Fehler. Eltern haben als Sachwalter ihres Kindes, als diejenigen, die für das Wohl ihres Kindes zuständig sind, genau diesen Anspruch auf gemeinsames Lernen durchzusetzen. Das tun in vorbildlicher Weise bereits viele Eltern, die sich in regionalen Elternvereinigungen in Wiesbaden, Offenbach, Frankfurt und Gelnhausen – um nur einige in Südhessen zu nennen – zusammengeschlossen haben, um sich gegenseitig im Kampf gegen die Ausgrenzung ihrer Kinder zu unterstützen.

Da haben wir wieder einen der vielen grundlegenden Unterschiede zwischen unserer Fraktion und den anderen Fraktionen, auch in der Bildungspolitik: Schwarz und Gelb wollen Sondereinrichtungen erhalten und Sonderschulzuweisungen gegebenenfalls auch gegen den Willen der Eltern durchsetzen. GRÜNE und SPD wollen Sondereinrichtungen erhalten und begründen das mit dem Elternwahlrecht auf Sonderbeschulung. Nur wir, das kleine gallische Dorf, wollen wieder mal ganz etwas anderes, nämlich die Durchsetzung des Rechts auf inklusive Beschulung für alle Kinder – allerdings unter Gewährleistung all dessen, wessen sie bedürfen, um sich gut zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Was Sie, meine lieben Sozialdemokraten, liebe Heike, da vorlegen, das ist gleichbedeutend mit einem Bestandschutz für das Sonderschulwesen, und das können wir nicht unterstützen – da tröstet auch das Auslaufen der im europäischen Ausland völlig unbekanntem Sonderschulen für den Förderschwerpunkt Lernen nicht; schließlich ist das nur das absolute Minimum einer Veränderung. Einer Partei, die sich die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, ist ein solcher Entwurf unseres Erachtens nicht würdig.

Auf unserer Inklusionstagung vor einem Vierteljahr hatten wir viele Betroffene zu Gast, die betonten, Inklusion begäbe in den Köpfen und wäre ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Dieser Prozess, dieses grundsätzliche Umdenken kann aber nur Fuß fassen, wenn es auch ein gesamtgesellschaftliches Ja zu gemeinsamem Lernen und damit keine Sonderschulen mehr gibt.

Es gibt noch weitere Gründe, aus denen wir dem Gesetzentwurf in dieser Fassung jedenfalls nicht zustimmen könnten. Ich nenne sie nur kurz, ohne sie groß auszuführen; das können wir dann im Ausschuss besprechen:

Ungute Entwicklungen werden unseres Erachtens zementiert, z. B. dadurch, dass die in der inklusiven Beschulung tätigen Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen keine Lehrerinnen und Lehrer der allgemeinen Schulen sind; z. B. dadurch, dass es weiter eine Konzentration von Kindern mit Verhaltensstörungen in Kleinklassen geben wird; z. B. dadurch, dass weiterhin eine nicht zielgleiche Unterbringung den Anspruch auf Beschulung in einer allgemeinen Schule einschränkt, usw.

Ich denke sogar, dass der Entwurf auch Verschlechterungen gegenüber der jetzigen Situation bewirken kann, nämlich da, wo er ermöglicht, dass Förderschulen sogar in der Form von eigenen Klassen an allgemeinen Schulen geführt werden können. Wir wollen den Einfluss der Sonderbeschulung doch einschränken und nicht ausweiten. Da ist dann die Schulleitung für die ganze Schule, bis auf eine Klasse, zuständig? Das kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

All diese Punkte zeigen – es gibt, wie gesagt, noch weitere –: So geht es nicht. Es tut mir leid, sagen zu müssen: Das ist ein insgesamt enttäuschender, unausgeglichener Entwurf, auch mit Schritten nach vorne, aber zum Teil auch nicht akzeptabel oder zukunftstauglich, jedenfalls nicht, wenn man ihn an den Anforderungen der auch bei uns geltenden UN-Behindertenrechtskonvention misst.

Ich bin gespannt auf die Anhörung und die weiteren Beratungen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Wagner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Der Redner fährt das Rednerpult hoch.)

– Der langsame Aufzug. Nur Geduld. Herr Wagner, Sie sind zu groß – oder zu lang.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es, wenn wir über Inklusion reden? – Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der alle von Anfang an dazugehören, in der alle gemeinsam auf die allgemeine Schule gehen können? Oder wollen wir weiter in einer Gesellschaft leben, in der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen in der allgemeinen Schule so gut wie nicht vorkommen? – Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der alle dazugehören, in der alle Chancen haben und in der niemand ausgegrenzt wird, und das von Kindesbeinen an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deshalb geht es beim Thema Inklusion auch um die Frage: „Gibt es da eine UN-Behindertenrechtskonvention?“, auch um rechtliche Fragen. Aber es geht vor allem um zutiefst menschliche Fragen, um die Fragen des Miteinanders, der Organisation des Kitts in unserer Gesellschaft. Darum geht es vor allem, und das sollten wir in so einer Debatte voranstellen, vor alle rechtlichen Fragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben im Hessischen Landtag schon einmal über dieses Thema debattiert. Es gab einen Vorschlag von Schwarz-Gelb, wie man die Inklusion umsetzen könnte. Dieser Vorschlag ist jetzt leider Gesetz geworden. Es gab ein komplettes Schulgesetz der Kolleginnen und Kollegen der SPD mit guten Vorschlägen, wie die Inklusion geregelt werden könnte, und es gab einen Gesetzesvorschlag von uns GRÜNEN, wie es umgesetzt werden kann.

Nachdem das Gesetz von Schwarz-Gelb in Kraft ist, darf man einmal fragen: Was hat es der Inklusion eigentlich gebracht? Realisieren Sie damit wirklich diese Gesellschaft, wie ich sie eben beschrieben habe? – Darauf muss man leider ganz klar mit Nein antworten. Was Sie mit dem neuen Schulgesetz auf den Weg gebracht haben, ist ein Inklusionsverhinderungsgesetz, kein Inklusionsförderungsgesetz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dazu möchte ich drei konkrete Beispiele anführen. Vor Ihrem Gesetz war es üblich, die Klassengröße zu reduzieren, wenn Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen unterrichtet werden. Das haben Sie gestrichen. Vor Ihrem Gesetz war es üblich, dass es eine Doppelbesetzung in den Klassen gibt. Das haben Sie gestrichen. Vor Ihrem Gesetz war es üblich, dass die Förderschullehrerinnen und -lehrer Teil des Kollegiums der allgemeinbildenden Schule sind. Das haben Sie gestrichen. Sie haben den Begriff Inklusion genommen und das genaue Gegenteil umgesetzt, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deshalb ist es richtig, dass die SPD heute einen weiteren Anlauf nimmt, um beim Thema Inklusion Verbesserungen

zu erreichen. Wir müssen in Hessen endlich auch gesetzlich ein ganz einfaches Prinzip verankern, und dieses Prinzip heißt, dass Inklusion an unseren Schulen von der Ausnahme zur Regel werden muss – so einfach ist es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wenn wir dieses Prinzip realisieren wollen, muss ein zweiter Satz gelten. Dieser lautet: Die notwendige Förderausstattung muss dem Kind an die allgemeine Schule folgen, und nicht mehr das Kind der Förderung an die Förderschule. – Diesen einfachen Grundsatz brauchen wir auch in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was wir nicht brauchen, ist der Ressourcenvorbehalt von Schwarz-Gelb. Was bedeutet dieser Ressourcenvorbehalt? Machen wir es einmal ganz plastisch: Schwarz-Gelb legt fest, dass es zu Beginn eines Schuljahres exakt 40 zusätzliche Lehrerstellen für die Förderung von behinderten Schülerinnen und Schülern gibt. Es sind exakt 40, egal, wie der Bedarf aussieht oder was die Eltern wollen – Sie sagen, mehr als 40 Lehrerstellen gibt es nicht. Das widerspricht dem Grundsatz einer gelingenden Inklusion. Dann müssen nämlich die Förderlehrer den Schülerinnen und Schülern folgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Natürlich geht das nicht von heute auf morgen. Natürlich müssen wir bauliche Voraussetzungen Schritt für Schritt schaffen. Natürlich kann es auch einmal sein, dass Lehrerstellen nicht so schnell von der Förderschule an die allgemeinbildende Schule gehen können. Aber wenn man von vornherein sagt, es dürfen gar nicht mehr als 40 wechseln, dann ist das Inklusionsverhinderung, was Sie hier betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bevor wieder ein Popanz aufgebaut wird: Wir stehen – so habe ich auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD verstanden – für die Wahlfreiheit der Eltern, was den Förderort ihres Kindes angeht. Wenn Eltern die Förderschule wollen, wird es dieses Angebot natürlich auch geben. Aber die vielen Eltern, die sich die Förderung an der allgemeinbildenden Schule wünschen, müssen endlich ein Angebot bekommen. Ein Angebot setzt allerdings voraus, dass man sich darum kümmert, ein entsprechendes Angebot zu schaffen – und genau das tut Schwarz-Gelb nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt sagt Herr Schork, es gebe eine neue Statistik aus dem Kultusministerium, und alles sei ganz prima geworden. Herr Schork, was Sie nicht gesagt haben, ist, dass sich die Zahl der Anträge auf sonderpädagogische Förderung gegenüber dem Schuljahr davor halbiert hat. Das aber ist ein ganz wichtiger Hinweis, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit das, was Frau Kollegin Habermann gesagt hat, exakt zutrifft: Viele Kinder sind vor dem Förderantrag direkt an die Förderschule gegangen.

(Claudia Ravensburg (CDU): Das ist auch gut so!)

– Frau Kollegin Ravensburg sagt auch noch, das sei gut so. Nein, Frau Kollegin Ravensburg: Gut wäre es, wenn sich Eltern endlich frei entscheiden könnten, ob ihr Kind die allgemeinbildende Schule oder die Förderschule besucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Wir finden sehr viele Gemeinsamkeiten mit unseren Vorstellungen in dem Gesetzentwurf der SPD. Herr Kollege Pentz, wir sind ganz entspannt, was den Elternwillen angeht. Wer aber den Eltern ein Angebot vorenthält, der sollte nicht über den Elternwillen reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Judith Lannert (CDU): Das ist überhaupt nicht wahr, was Sie sagen!)

Wir reden jetzt einmal über die Leute, die etwas zu diesem Thema beizutragen haben. Sehr interessant am Vorschlag der SPD ist das gemeinsame Förderbudget. Das würde uns in der Tat weiterbringen und Eltern den Gang von einer Behörde zur nächsten ersparen. Worüber wir in der Anhörung sicher noch einmal diskutieren müssen, ist die Frage, ob wir wirklich in das Gesetz hineinschreiben, dass die Förderschule für Lernhilfe ab einem gewissen Datum ausläuft.

(Zuruf von der CDU)

Ob wir das wirklich machen sollten, muss diskutiert werden. Es ist ja nicht unser Entwurf, sondern der Entwurf der SPD. Es gibt viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. Die wesentliche Gemeinsamkeit ist, dass wir Inklusion wollen und Sie es verhindern wollen. Das sind ganz klare Unterschiede in diesem Haus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber werden wir noch einmal reden müssen. Aber es ist ein guter Aufschlag mit vielen Gemeinsamkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten im Detail. Und wie immer ist alles besser als Schwarz-Gelb.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Döweling, FDP-Fraktion.

#### **Mario Döweling (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Gesetzentwurf der SDP zum Thema Inklusion gesehen habe,

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

habe ich mich doch ernsthaft gefragt, warum die SPD jetzt ein solches Änderungsgesetz zum Hessischen Schulgesetz einbringt. Ich habe daraufhin den Gesetzentwurf studiert und nahm an, da käme etwas bahnbrechend Neues. Aber nach der Lektüre des Gesetzentwurfs habe ich mich noch mehr gefragt, warum die SPD ihn jetzt einbringt. Sind es möglicherweise die wirklich sehr guten Zahlen, die Kultusministerin Nicola Beer in der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des Landtags vorgestellt hat, welche die SPD so gegart haben und die sie gar nicht glauben

kann – das zieht sich ja bei vielen Zahlen der Landesregierung wie ein roter Faden durch diese Woche –, dass man sie einfach schlechtreden will und einen wirklich unausgegorenen und schlechten Gesetzentwurf einbringt? Ist es das, meine Damen und Herren? Ich hoffe, das ist es nicht. Aber wenn ich den Entwurf so lese, erweckt er doch sehr stark diesen Eindruck.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Döweling, einen Augenblick bitte. Ich möchte erst etwas mehr Ruhe für Sie haben.

#### **Mario Döweling (FDP):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Das Gesetz hat auch einen tiefschweifenden Namen, nämlich GENESIS. Das steht ja auch für Anfang, wenn man sich einmal damit beschäftigt. Es müsste also eigentlich ein Anfang, ein Neubeginn für die Inklusion in Hessen sein, wenn man das so sehen möchte. Aber ich muss Ihnen sagen: Was ich in diesem Gesetzentwurf finde, ist kein Anfang, sondern ein deutlicher Rückschritt hinter das, was wir schon vor der Schulgesetzänderung hatten.

Was wollen Sie denn? Sie wollen, dass Schülerinnen und Schüler wieder etikettiert und eingeordnet werden und sich die Förderung in Hessen daran orientiert. Das ist für eine Partei, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, keinen Einzelnen beschämen zu wollen, ein starkes Stück. Es geht weit hinter das zurück, was wir in Hessen erreicht haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Rede des Kollegen Wagner bot ein Beispiel an Solidarität mit dem möglichen Koalitionspartner, indem Sie das Elternwahlrecht gelobt haben – das Elternwahlrecht, das wir in Hessen mit dem Hessischen Schulgesetz von 2011 ermöglicht haben,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

wodurch Eltern entscheiden können, ob sie die Beschulung an einer der sehr vielen guten Förderschulen vorziehen oder ob sie eine inklusive Beschulung wollen. Sie sagen, das sei Teil des SPD-Gesetzentwurfs. Ich kann dazu nur sagen, dass es offensichtlich ein Elternwahlrecht erster und zweiter Klasse geben soll, da es für eine ganze Gruppe nicht gelten soll, nämlich die entsprechenden Erziehungshilfeschoolen für Lern- und Sprachbehinderungen. Wenn es nach Ihnen geht, werden diese aufgelöst. Da treten Sie aber dem entschiedenen Widerstand von CDU und FDP in diesem Hause entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Wenn man sich das ganze Verfahren anschaut, sieht man, dass es der Rückschritt in alte Verfahrensmuster ist. Man muss sagen, es ist ein Ausbund an Bürokratie, den Sie dort wieder aufbauen möchten. Sie möchten bewährte Instrumente wie die Förderausschüsse abschaffen. Sie möchten die Gutachten, die erstellt werden, wieder verpflichtend machen, also mehr Bürokratie statt weniger, und Sie machen es für Eltern und Schülerinnen und Schüler noch unübersichtlicher.

Sie sagen, sie würden mit Ihrem Gesetzentwurf den Ressourcenvorbehalt abschaffen. Gleichzeitig möchten Sie, dass es beim Schulträger angesiedelte Kommissionen gibt, die entscheiden sollen, wie gefördert werden soll. Da frage ich mich allen Ernstes: Wer entscheidet denn, wie viele Ressourcen dafür zur Verfügung stehen? Das ist doch nichts anderes als ein Ressourcenvorbehalt durch die Hintertür, und zwar dort abgeladen, wo er nicht hingehört, nämlich bei den Schulträgern.

Sie sagen immer, wir seien eine kommunalfeindliche Landesregierung. Aber das ist das Kommunalfeindlichste, was ich je auf dem Tisch liegen hatte: dieser Gesetzentwurf und die Regelungen, die Sie dort zur Inklusion in Hessen vorgesehen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Dann haben Sie vorhin in Ihrer Rede gesagt, Sie möchten, dass Stellen von den Förderschulen an die allgemeinbildenden Schulen gegeben werden. Man könnte sagen, das ist der Grundsatz „Ressource folgt Kind“. Da frage ich mich: Was läuft denn seit 2011? Genau diesen Grundsatz haben wir doch im Schulgesetz von CDU und FDP hier beschlossen: „Ressource folgt Kind“. Es wird nicht mehr starr auf Klassengrenzen geschaut, sondern es wird nach Förderbedarfen geschaut. Dementsprechend werden die Ressourcen im Rahmen des Möglichen umgeschichtet werden. Das ist doch genau das, was Sie hier postuliert haben. Das ist in Hessen schon längst Praxis, und das sollten Sie sich vielleicht noch einmal anschauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ganz klar muss man auch sagen: Förderschulen sollen aus Ihrer Sicht für die Inklusion geöffnet werden. Das ist ein Gedanke, dem man durchaus einiges abgewinnen kann. Da sind wir uns ausnahmsweise ein Stück weit einig. Da gibt es einige vielversprechende Pilotprojekte in Hessen. Die möchte ich mir sehr genau anschauen. Das sind aber hauptsächlich Schulen im privaten Bereich. Ich denke, wir sollten schauen, wie sich das in einigen Jahren entwickelt hat, ob wir das aufs reguläre Schulwesen übertragen können.

Das ist übrigens auch etwas, was ich Herrn Kollegen Wagner sehr stark zum Vorwurf machen muss. Sie haben selbst immer wieder in Ihren Landtagsreden gesagt: Inklusion ist ein Prozess, der mindestens zehn Jahre brauchen wird.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Zehn Jahre“ habe ich nicht gesagt!)

Eineinhalb Jahre, nachdem wir ein neues Hessisches Schulgesetz mit einer völlig neuen Systematik der Förderung, mit einem neuen einheitlichen System, mit Beratungs- und Förderzentren beschlossen haben, die wie ein Netz über das Land gelegt wurden, um die vielen positiven Ansätze, die wir dort haben, einheitlich zu organisieren und auszugestalten, stellen Sie sich hierhin und behaupten, es würde nichts laufen, diese Landesregierung verhindere Inklusion. Da muss man doch sagen: Das glaubt Ihnen kein Mensch.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

Schließlich braucht man für solche Sachen ein bisschen mehr Zeit zur Umsetzung als gerade einmal eineinhalb Jahre. Das sagen Ihnen auch alle Fachleute.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Von daher bleibt für mich eines festzuhalten: Dieser Gesetzentwurf ist nicht die Genesis, ist nicht der Anfang, sondern er wäre der Anfang vom Ende, wenn wir ihn so beschließen würden. Zwei Schritte zurück, damit ein Schritt nach vorne kommt, das ist die Logik der SPD. Das ist nicht die Logik von FDP und CDU in diesem Haus. Von daher freuen wir uns auf die Anhörung; denn ich denke, viele unserer Bedenken werden dort bestätigt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Beer.

#### **Nicola Beer, Kultusministerin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hessen möchte hin zu einem inklusiven Schulsystem, und Hessen ist bei dieser Absicht auf einem ausgesprochen guten Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin vor allem stolz auf die vielen Schulen, die sich sehr engagiert auf diesen Weg gemacht haben, die auf der Grundlage des neuen Hessischen Schulgesetzes und der dazugehörigen Verordnung ihre Verantwortung wahrnehmen, vor Ort eine inklusive Schule zu entwickeln in einer Schulgemeinde, in der Eltern, Lehrer und Schülerinnen und Schüler gemeinsam einen Gewinn darin sehen, Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen gemeinsam mit den anderen Kindern in der Regelschule zu beschulen, zu unterstützen, individuell zu fördern, aber auch zu fordern, damit sie ihre Potenziale entsprechend entwickeln können.

Meine Damen und Herren, gerade weil sich diese Schulen, weil sich die Eltern, weil sich die Lehrkräfte auf den Weg gemacht haben, beschulen wir so viele Schülerinnen und Schüler wie noch nie in der Regelschule, obwohl sie entsprechenden Förderbedarf haben oder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen zu kämpfen haben.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler steigt kontinuierlich. Es waren 14,8 % im Schuljahr 2010/2011, 17,3 % im Schuljahr 2011/2012, und nach den jetzt noch nicht endgültig bis auf die letzte Zahl vorliegenden Zahlen für das Schuljahr 2012/2013 werden wir bei rund 20 % bei der sogenannten Inklusionsquote liegen. Damit liegen wir nach dem Bericht der Bertelsmann Stiftung von dieser Woche unter den fünf Bundesländern mit der höchsten Steigerungsrate im Hinblick auf den Inklusionsanteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und absolut?)

Das zeigt auch, Herr Kollege Wagner, dass die Landesregierung ihren Auftrag ernst nimmt. Das haben auch schon die anderen Zahlen gezeigt, die hier bereits angesprochen worden sind. Die Zahl der Ablehnungen zur inklusiven Beschulung ist um mehr als die Hälfte gesunken. Es gab 2.320 einstimmige Verfahren im Hinblick auf die Beschulung, sei es bei ca. 2.000 Schülerinnen und Schülern im Bereich der inklusiven Beschulung, sei es der Fall, dass man sich einstimmig für die Förderschule entschieden hat.

Meine Damen und Herren, ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass die Eltern die freie Wahl haben müssen, ob sie ihr Kind an der Förderschule besser gefördert sehen oder ob sie der Meinung sind, dass sie ihr Kind lieber in einer Regelschule beschult haben möchten. Das hat, mit Verlaub, nicht alleine etwas mit der entsprechenden Ausstattung zu tun. Das hat auch etwas mit den Beeinträchtigungen, mit den Behinderungsformen des Kindes zu tun und mit der Frage, wo man für sein Kind die beste Förderung gegeben sieht.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig nimmt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in unserem Förderschulsystem ab, weil wir sukzessive umsteuern in die inklusive Beschulung in der Regelschule. Wir liegen mit der Quote der Beschulung in unseren Förderschulen auch weiter unter dem Bundesschnitt und sind natürlich noch ehrgeizig. Auch das möchten wir noch verbessern. Wir möchten diese Quote auf 4 % absenken.

Wir befinden uns aber zurzeit in diesem Umstrukturierungsprozess, und da tragen die neuen gesetzlichen Regelungen nicht von heute auf morgen, sondern das ist ein Prozess, der sich kontinuierlich entwickeln muss. Das ist ein Prozess, der organisch wachsen muss. Denn eines sollte in diesem Hause hoffentlich klar sein: Wenn wir das mit der Brechstange machen, wenn wir glauben, von Wiesbaden aus verordnen zu können, mit welcher Geschwindigkeit an welcher Stelle Inklusion stattzufinden hat, dann werden wir Widerstände produzieren. Dann wird es für keine Schule ein Vorteil sein, und es wird vor allem für die Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen und Behinderungen kein Vorteil sein. Nein, ihre Teilnahme in den Regelschulen soll ein Gewinn sein, und genau diese Gewinne müssen wir vor Ort entwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dass wir das so entwickeln, liegt auch daran, dass wir so viele Förderschullehrkräfte wie noch nie in der allgemeinen Schule zur sonderpädagogischen Unterstützung einsetzen. Frau Habermann, ich kann Ihnen nur sagen: Sie haben die völlig falschen Zahlen. Wir haben mehr als 2011, wir haben mehr als 2010. Es sind mehr als 1.600 Förderschullehrerstellen, die in der Regelschule eingesetzt sind, damit sie dort Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen unterstützen. Herr Kollege Wagner, hören Sie gut zu: Es kommen jedes Jahr nicht maximal 40 Stellen hinzu, sondern mindestens 40 Stellen. Das ist ein großer Unterschied,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee!)

weil wir eben sukzessive im System umsteuern, weil wir die entsprechenden Bedarfe beobachten und weil wir entsprechend flexibel nachsteuern. Das lässt sich auch untermauern, Herr Kollege Wagner; denn wir haben entsprechende Vorkehrungen getroffen.

Ich darf nur das Beispiel der Kinder mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung bringen, wo wir hessenweit die Grundunterrichtsversorgung der Förderschule umsteuern, entsprechend dem Anwahlverhältnis der Eltern, wo wir diese Regelung auch auf die blinden Schülerinnen und Schüler übertragen und wo wir sogar jetzt mit der ersten Modellregion Inklusion in Wiesbaden erproben, dass alle Stellen, die aus der Grundunterrichtsversorgung an Förderschulen frei werden, komplett in das System der Regelschule gehen. Das heißt, wir werden sicherlich mehr als 40 Stellen im Jahr für den inklusiven Unterricht obendrauf

legen und dementsprechend an dieser Stelle weiter voranschreiten.

Was Sie völlig unterschlagen – es ist schon bezeichnend, dass dieser Begriff in der Debatte weder bei Rot noch bei Grün, noch bei der LINKEN-Fraktion gefallen ist –, ist der große Anteil an Schülerinnen und Schülern, die wir präventiv in der Regelschule unterstützen. Über 22.000 Schülerinnen und Schüler werden präventiv von Förderschullehrerinnen und -lehrern unterstützt, auch in den Teams zusammen mit den Regelschullehrerinnen und -lehrern, wo wir dafür sorgen, dass ihre Probleme sich gar nicht erst zu einem festgestellten sonderpädagogischen Bedarf ausprägen, sondern dass sie so unterstützt werden, dass sie ihre Probleme überwinden können, dass sie ihre Situation verbessern und dementsprechend für das Leben fit gemacht werden.

Es ist eine Mär, dass wir in irgendeiner Weise Eltern, wie auch immer um die Ecke oder indirekt, wie das hier formuliert worden ist, zwingen würden, sich für das Förderschulsystem zu entscheiden. Meine Damen und Herren, Sie sind es, die in diesem Gesetzentwurf einen versteckten Ressourcenvorbehalt in § 55 aufnehmen, wohl wissend, dass auch Sie nicht das Geld im Keller drucken können. Sie machen aber den großen Fehler, das Verfahren wieder zu bürokratisieren, die Schule nicht mehr mitzunehmen, sondern die Entscheidung von der Schule wieder in die Behörde zurück zu verlagern.

Es war ein Riesengewinn, dass mit dem neuen Schulgesetz jetzt die Schule zuständig ist. Die Schule fühlt jetzt die Verantwortung. Die Schule will so agieren, dass es für alle Beteiligten ein Gewinn ist. Es ist nicht mehr eine anonyme Behörde, wie bei Ihnen, es ist nicht mehr so, dass der Schulleiter nicht Mitglied des Förderausschusses ist. Es ist die Schulgemeinde als solche, die sich auf den Weg gemacht hat, die diese inklusive Beschulung möchte, die auch vor Ort zusammen mit dem BFZ, mit dem Schulamt schaut, wie sie dies möglich machen kann. Meine Damen und Herren, sie nimmt vor allem die Eltern mit. Wir agieren nicht mehr so wie Sie gegen den Elternwillen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Kinder werden generell an der allgemeinen Schule angemeldet. Die Stimme der Eltern gibt im Förderausschuss den Ausschlag, denn ohne die Stimme der Eltern ist eine Einstimmigkeit, wie im Gesetz vorgesehen, nicht möglich.

Aber anders als bei Ihnen – Stichwort: Auflösung, und zwar schon festgelegte zeitliche Auflösung der Förderschule im Bereich Lernen – haben die Eltern bei uns wirklich die Auswahlmöglichkeit. Vielleicht haben Sie zu wenige Förderschulen besucht, um das vor Ort in der Praxis einschätzen zu können. Es kann sehr gute Gründe dafür geben, dass ich mein Kind in einer Förderschule beschulen lassen möchte. Ich nenne einfach ein Beispiel von einem jungen Mann, der mich sehr beeindruckt hat

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, die Redezeit, bitte.

**Nicola Beer, Kultusministerin:**

– ich komme zum Schluss –, der nach seinem Förderschulbesuch geschildert hat: „Nach Besuch der Praxisklasse an einer Förderschule machte ich meine Ausbildung als Kfz-

Lackierer und habe heute meinen eigenen kleinen Betrieb.“ – Der junge Mann, Tahir heißt er, ist jetzt 20 Jahre alt. Er hat genau das genossen, dass es ein besonderes Konzept der Berufsorientierung mit einem speziellen berufsorientierten Abschluss gibt, der die Menschen nicht nur fit für die Schule, sondern vor allem fit fürs Leben macht.

Nein, wir haben sehr gute gesetzliche Grundlagen, insbesondere auch in Bezug auf das Engagement unserer Schulen für ein inklusives Schulsystem. Ihr Gesetzentwurf ist mitnichten eine Weiterentwicklung, sondern er ist ein Rückschritt. Er etikettiert weiter Kinder, statt ein inklusives System zu denken, weil das gesamte System bedarfsgerecht mit den entsprechenden Ressourcen verknüpft wird.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, vor allem den Lehrkräften ein besonderes Lob auszusprechen. Meine Damen und Herren, da rede ich von allen Lehrkräften, sowohl von denen an der Regelschule als auch an den Förderschulen bzw. an den Berufs- und Förderzentren.

Es geht darum, das inklusive Schulsystem gemeinsam organisch weiterzuentwickeln, sonst werden wir Widerstände produzieren. Dafür müssen wir alle Eltern mitnehmen. Dafür müssen wir alle Lehrkräfte mitnehmen. Dafür müssen wir die Schülerinnen und Schüler mitnehmen, damit es möglichst bald überall heißt, dass Anderssein völlig normal ist.

Das ist Ziel der Teilhabe an der Gesellschaft. Ein inklusives Schulsystem kann einen großen Schritt leisten, kann

auch Vorreiter in der Gesellschaft sein. Aber es geht darum, nicht fit für die Schule zu machen, sondern wir müssen fit fürs Leben machen. Dementsprechend müssen wir die Gesellschaft als Ganzes mit nach vorne nehmen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die erste Lesung durchgeführt.

Wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Kulturpolitischen Ausschuss. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich darf Sie noch daran erinnern, dass hier im Haus ein parlamentarischer Abend der hessischen Hochschulen stattfindet. Ich empfehle Ihnen diese Veranstaltung und begrüße Sie morgen früh hoffentlich wieder in alter Frische. – Danke schön.

(Schluss: 19:05 Uhr)